



2025/1044

6.8.2025

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) 2025/1044 DER KOMMISSION

vom 23. Mai 2025

**zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates um
detaillierte Vorschriften und Verfahren für die Anerkennung von in Drittländern ausgestellten
Lizenzen und Zeugnissen für Fluglotsen**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 68 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verfügbarkeit von Fluglotsen in der Union sowie die begrenzte Flexibilität beim Einsatz der verfügbaren Fluglotsenressourcen wurden als Faktoren ermittelt, die die Kapazitäten der Anbieter von Flugsicherungsdiensten einschränken und somit zu Verspätungen des Flugverkehrs in der Union führen.
- (2) In der Verordnung (EU) 2015/340 der Kommission ⁽²⁾ sind die für die Lizenzen und Zeugnisse von Fluglotsen (Air Traffic Controllers, ATCO) geltenden technischen Vorschriften und Verwaltungsverfahren festgelegt. Die genannte Verordnung regelt jedoch nicht die Anerkennung von in Drittländern ausgestellten Lizenzen und Zeugnissen von Fluglotsen.
- (3) Zur Deckung der bestehenden und wachsenden Nachfrage nach ATCO-Kapazitäten in der Union sowohl in Bezug auf operative Fluglotsen als auch in Bezug auf Fluglotsen als praktische Ausbilder und Beurteiler für die Fluglotsenausbildung, sollten die nationalen Behörden die Möglichkeit haben, nach dem Recht eines Drittlands erteilte Lizenzen, Zeugnisse und andere einschlägige Dokumente, die die Einhaltung der Zivilluftfahrtvorschriften belegen, anzuerkennen. Zweck der Anerkennung dieser Dokumente ist es, die Erteilung von Lizenzen für Fluglotsen in der Ausbildung oder Organisationen, die über die Zertifizierung für die Erstausbildung von Fluglotsen verfügen, die Durchführung der Ausbildung und Beurteilung zu ermöglichen.
- (4) Ziel dieser Verordnung ist es, ein Sicherheitsniveau zu gewährleisten, das dem in den Verordnungen (EU) 2018/1139 und (EU) 2015/340 festgelegten Sicherheitsniveau gleichwertig ist.
- (5) Diese Verordnung sieht die Möglichkeit kürzerer Ausbildungszeiten vor der Erteilung einer Auszubildendenlizenz der Union für Fluglotsen sowie die Möglichkeit der Zuweisung zusätzlicher Ressourcen für die Durchführung der Erstausbildung vor. Dies würde den Anbietern von Flugsicherungsdiensten die Option eröffnen, bei Bedarf die Kapazität ihrer Dienste schneller zu erhöhen.
- (6) Werden nach Artikel 68 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1139 zwischen der Union und einem Drittland internationale Abkommen über den Gegenstand dieser Verordnung geschlossen, so haben diese Vorrang. In allen anderen Fällen gilt diese Verordnung —

⁽¹⁾ ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1139/oj>.

⁽²⁾ Verordnung (EU) 2015/340 der Kommission vom 20. Februar 2015 zur Festlegung technischer Vorschriften und von Verwaltungsverfahren in Bezug auf Lizenzen und Bescheinigungen von Fluglotsen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 923/2012 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 805/2011 der Kommission (ABl. L 63 vom 6.3.2015, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2015/340/oj>).

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Gegenstand

In dieser Verordnung werden detaillierte Vorschriften und Verfahren für die Anerkennung von im Einklang mit den Rechtsvorschriften eines Drittlands erteilten Lizenzen und Zeugnissen von Fluglotsen einschließlich zugehöriger Erlaubnisse und Befugnisse festgelegt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. „Antragsteller“ (applicant): ein Inhaber eines/einer gemäß den Rechtsvorschriften eines Drittlands ausgestellten Zeugnisses, einer Lizenz oder eines anderen Dokuments, der die Erteilung einer Auszubildendenlizenz für Fluglotsen gemäß dieser Verordnung oder die Anerkennung eines Zeugnisses zum Zwecke der Durchführung von Ausbildung und Beurteilungen beantragt;
2. „Zeugnis“ (certificate): ein gemäß den Rechtsvorschriften eines Drittlands ausgestelltes Dokument, mit dem die Einhaltung der Zivilluftfahrtvorschriften bescheinigt wird;
3. „Anrechnung“ (credit): die Anerkennung durch die zuständige Behörde der Ausbildung, die der Inhaber einer nach den Rechtsvorschriften eines Drittlands erteilten Fluglotsenlizenz absolviert hat, zum Zweck der Beantragung einer Auszubildendenlizenz für Fluglotsen gemäß dieser Verordnung.

Artikel 3

Anerkennung von in Drittländern erteilten Lizenzen und Zeugnissen für Fluglotsen

Unbeschadet internationaler Abkommen, die zwischen der Union und einem Drittland nach Artikel 68 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2018/1139 geschlossen wurden, können die Mitgliedstaaten

- a) Auszubildendenlizenzen für Fluglotsen nach Artikel 4 dieser Verordnung erteilen,
- b) Fluglotsenlizenzen und damit verbundene Erlaubnisse, Rechte oder Zeugnisse nach Artikel 5 dieser Verordnung anerkennen.

Artikel 4

Erteilung von Lizenzen

(1) Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats kann Auszubildendenlizenzen für Fluglotsen nach Anhang I (Teil ATCO) Teilabschnitt B Punkt ATCO.B.001 der Verordnung (EU) 2015/340 auf der Grundlage von Zeugnissen erteilen, die nach dem Recht eines Drittlands erteilt wurden, sofern der Antragsteller alle folgenden Bedingungen erfüllt:

- a) Er ist mindestens 18 Jahre alt.
- b) Er weist die Einhaltung der in Anhang I (Teil ATCO) Teilabschnitt D Abschnitte 1 bis 4 der Verordnung (EU) 2015/340 festgelegten einschlägigen Anforderungen nach.
- c) Er muss Inhaber eines gültigen nach Anhang IV (Teil-MED) der Verordnung (EU) 2015/340 ausgestellten Tauglichkeitszeugnisses sein.
- d) Er muss ein angemessenes Sprachniveau gemäß den Anforderungen in Anhang I (Teil ATCO) Teilabschnitt B Punkte ATCO.B.030 bis ATCO.B.040 der Verordnung (EU) 2015/340 nachweisen.

(2) Der Inhaber einer nach dem Recht eines Drittlands erteilten Fluglotsenlizenz kann bei der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats die Erteilung einer Auszubildendenlizenz für Fluglotsen beantragen, nachdem er eine Empfehlung einer Ausbildungsorganisation erhalten hat, die die Anforderungen von Anhang III (Teil ATCO.OR) der Verordnung (EU) 2015/340 erfüllt und für die Durchführung einer Erstausbildung zum Zwecke der Erteilung von Auszubildendenlizenzen für Fluglotsen gemäß der genannten Verordnung zugelassen ist.

(3) Gibt die Ausbildungsorganisation auf Antrag des Antragstellers eine Empfehlung nach Absatz 2 dieses Artikels ab, so muss diese Empfehlung Folgendes enthalten:

- a) eine Erläuterung des Umfangs der mit einer unter Absatz 2 genannten und von einem Drittland erteilten Fluglotsenlizenz verbundenen Rechte;
- b) Angaben dazu, für welche Anforderungen von Anhang I (Teil ATCO) der Verordnung (EU) 2015/340 Anrechnungen gewährt werden;
- c) eine Erläuterung der vom Antragsteller durchgeführten Zusatzausbildung, einschließlich der erforderlichen Prüfungen und Beurteilungen;
- d) eine Bestätigung, dass der Antragsteller die in der Empfehlung erläuterten Anforderungen an die Ausbildung, Prüfung und Beurteilung erfüllt und dies als mit dem erfolgreichen Abschluss der Erstausbildung, die gemäß der Verordnung (EU) 2015/340 für die Erteilung einer Auszubildendenlizenz für Fluglotsen erforderlich ist, gleichwertig angesehen werden kann;
- e) Kopien aller einschlägigen Belege, auch der einschlägigen Anforderungen und Verfahren des Drittlands, aus denen hervorgeht, wie die Ausbildungsorganisation die in den Buchstaben a bis d aufgeführten Elemente überprüft hat.

Die in Unterabsatz 1 Buchstabe c genannte Zusatzausbildung, einschließlich der geforderten Prüfungen und Beurteilungen, muss von einer Ausbildungsorganisation durchgeführt werden, die die Anforderungen von Anhang III (Teil ATCO.OR) der Verordnung (EU) 2015/340 erfüllt und gemäß jener Verordnung dafür zugelassen ist, die Erstausbildung zum Zwecke der Erteilung von Auszubildendenlizenzen für Fluglotsen anzubieten.

(4) Für die Zwecke der Erteilung von Auszubildendenlizenzen für Fluglotsen muss bei jeder von der zuständigen Behörde gewährten Anrechnung die in Absatz 2 genannte Empfehlung berücksichtigt werden.

Artikel 5

Anerkennung von Zeugnissen

(1) Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats kann gemäß dem Recht eines Drittlands erteilte Fluglotsenlizenzen und damit verbundene Erlaubnisse, Befugnisse oder Zeugnisse für die Zwecke der Durchführung von Ausbildung und Beurteilungen anerkennen, sofern der Antragsteller die beiden folgenden Bedingungen erfüllt:

- a) Er ist Inhaber einer Fluglotsenlizenz, die von einem Drittland gemäß Anhang 1 des am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt („Abkommen von Chicago“) erteilt wurde, und verfügt über eine Erlaubnis und gegebenenfalls eine Befugnis, die derjenigen entspricht, die ihm zur Durchführung von Ausbildung oder Beurteilungen berechtigt.
- b) Er hat gegenüber der in Artikel 6 der Verordnung (EU) 2015/340 genannten zuständigen Behörde nachgewiesen, dass er eine Ausbildung erhalten und erfolgreich Prüfungen und Beurteilungen bestanden hat, die den in Anhang I (Teil ATCO) Teilabschnitt D Abschnitt 5 der genannten Verordnung gleichwertig sind.

(2) Die in Absatz 1 genannten Rechte sind auf die Durchführung von Ausbildung und Beurteilung in Organisationen beschränkt, die über die Zertifizierung für die Erstausbildung von Fluglotsen verfügen.

Artikel 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. Mai 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN



2025/1556

6.8.2025

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/1556 DER KOMMISSION

vom 22. Juli 2025

zur Einreihung bestimmter Waren in die Kombinierte Nomenklatur

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 57 Absatz 4 und Artikel 58 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Um für eine einheitliche Anwendung der Kombinierten Nomenklatur im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates ⁽²⁾ zu sorgen, ist es notwendig, Maßnahmen in Bezug auf die Einreihung der im Anhang dieser Verordnung aufgeführten Waren zu erlassen.
- (2) In der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 sind allgemeine Vorschriften für die Auslegung der Kombinierten Nomenklatur festgelegt. Diese Vorschriften gelten auch für die Auslegung jeder anderen Nomenklatur, die die Kombinierte Nomenklatur — auch nur teilweise oder unter etwaiger Hinzufügung von Unterteilungen — übernimmt und die aufgrund besonderer Regelungen der Union aufgestellt wurde, um tarifliche oder sonstige Maßnahmen im Rahmen des Warenverkehrs anzuwenden.
- (3) In Anwendung dieser allgemeinen Vorschriften sollten die in Spalte 1 der Tabelle im Anhang dieser Verordnung genannten Waren aus den in Spalte 3 genannten Gründen in den in Spalte 2 der Tabelle angegebenen KN-Code eingereiht werden.
- (4) Es ist angemessen vorzusehen, dass die verbindlichen Zollarifauskünfte, die für die von dieser Verordnung betroffenen Waren erteilt wurden und mit dieser Verordnung nicht übereinstimmen, während eines bestimmten Zeitraums von dem Inhaber gemäß Artikel 34 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 weiterhin verwendet werden können. Dieser Zeitraum sollte auf drei Monate festgelegt werden.
- (5) Der Ausschuss für den Zollkodex hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitz gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Spalte 1 der Tabelle im Anhang beschriebenen Waren sind in der Kombinierten Nomenklatur in den in Spalte 2 der Tabelle genannten KN-Code einzureihen.

Artikel 2

Verbindliche Zollarifauskünfte, die mit dieser Verordnung nicht übereinstimmen, können gemäß Artikel 34 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 während eines Zeitraums von drei Monaten ab Inkrafttreten dieser Verordnung weiterhin verwendet werden.

⁽¹⁾ ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2013/952/oj>.

⁽²⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zollarif (ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/1987/2658/oj>).

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Juli 2025

*Für die Kommission,
im Namen der Präsidentin,
Gerassimos THOMAS
Generaldirektor
Generaldirektion Steuern und Zollunion*

ANHANG

Warenbeschreibung	Einreihung (KN-Code)	Begründung
(1)	(2)	(3)
Einwegartikel von etwa 28 cm Länge und 12 cm Breite, hergestellt aus einem schlauchförmigen, eng gewirkten Spinnstoff aus Chemiefasern. Die Ware ist an einem Ende mit einer Naht verschlossen. Am anderen Ende verfügt sie über eine Öffnung mit einer hochelastischen gesäumten Kante von etwa 3 cm Breite. Bei der Einfuhr wird die Ware als Vorfilter gestellt, d. h. als eine Art Filtereinsatz für Skimmerkörbe (Körbe aus Kunststoff mit einer netzförmigen Struktur, die in die Abflussöffnungen eines Schwimmbeckens eingesetzt werden, um Blätter und Schmutz aufzufangen, bevor das Wasser in die Filteranlage geleitet wird). (siehe Abbildung) (*)	5911 90 99	Einreihung gemäß den Allgemeinen Vorschriften 1 und 6 für die Auslegung der Kombinierten Nomenklatur, der Anmerkung 7 d) zu Abschnitt XI, der Anmerkung 8 b) zu Kapitel 59 sowie nach dem Wortlaut der KN-Codes 5911, 5911 90 und 5911 90 99. Aufgrund der Elastizität und des Durchmessers der gesäumten Kante ist die Ware für die Verwendung in Skimmerkörben mit verschiedenen Durchmessern geeignet. Dank ihrer länglichen Form und des flexiblen Materials werden die Körbe vollständig mit der Ware ausgekleidet. Der eng gewirkte, aber trotzdem (für eine effiziente Wasserfilterung) durchlässige Spinnstoff, der wasser- und chlorbeständig ist, ist geeignet, um Schmutz und Fremdkörper aus dem Wasser eines Schwimmbeckens zu filtern. Daher weist die Ware besondere objektive Merkmale auf, die erkennen lassen, dass sie zur Verwendung in Skimmerkörben zum Filtern von Schmutz und Fremdkörpern aus dem Wasser eines Schwimmbeckens im Sinne von Anmerkung 8 b) zu Kapitel 59 bestimmt ist. (Siehe auch Absatz 1 der Erläuterung zu Position 5911 des Harmonisierten Systems) Die Ware ist deshalb als „andere Erzeugnisse und Waren des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen, aufgeführt in Anmerkung 8 zu Kapitel 59“ in den KN-Code 5911 90 99 einzureihen.

(*) Die Abbildung dient nur zur Information.





2025/1717

6.8.2025

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/1717 DER KOMMISSION

vom 5. August 2025

zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Dekorpapier mit Ursprung in der Volksrepublik China

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽¹⁾ (im Folgenden „Grundverordnung“), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

1.1. Einleitung

- (1) Am 14. Juni 2024 leitete die Europäische Kommission (im Folgenden „Kommission“) nach Artikel 5 der Grundverordnung eine Antidumpinguntersuchung betreffend die Einfuhren von Dekorpapier mit Ursprung in der Volksrepublik China (im Folgenden „VR China“ oder „betroffenes Land“) in die Union ein. Sie veröffentlichte eine Einleitungsbekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* ⁽²⁾ (im Folgenden „Einleitungsbekanntmachung“).
- (2) Die Kommission leitete die Untersuchung auf einen Antrag hin ein, der am 2. Mai 2024 von vier Unionsherstellern von Dekorpapier (im Folgenden „Antragsteller“) eingereicht wurde. Der Antrag wurde im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung vom Wirtschaftszweig der Union für Dekorpapier gestellt. Die mit dem Antrag vorgelegten Beweise für das Vorliegen von Dumping und für eine dadurch verursachte bedeutende Schädigung rechtfertigten die Einleitung einer Untersuchung.

1.2. Zollamtliche Erfassung

- (3) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2024/2718 der Kommission (im Folgenden „Erfassungsverordnung“) ⁽³⁾ veranlasste die Kommission die zollamtliche Erfassung der Einfuhren der betroffenen Ware.

1.3. Vorläufige Maßnahmen

- (4) Nach Artikel 19a der Grundverordnung übermittelte die Kommission den Parteien am 16. Januar 2025 eine Übersicht über die vorgeschlagenen Zölle sowie Einzelheiten über die Berechnung der Dumpingspanne und der zur Beseitigung der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union geeigneten Spanne. Die interessierten Parteien wurden aufgefordert, innerhalb von drei Arbeitstagen zur Richtigkeit dieser Berechnungen Stellung zu nehmen.
- (5) Am 14. Februar 2025 wurde mit der Durchführungsverordnung (EU) 2025/291 der Kommission ⁽⁴⁾ (im Folgenden „vorläufige Verordnung“) ein vorläufiger Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Dekorpapier mit Ursprung in der Volksrepublik China eingeführt.

⁽¹⁾ ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1036/oj>.

⁽²⁾ Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Dekorpapier mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. C, C/2024/3695, 14.6.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/3695/oj>).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2024/2718 der Kommission vom 24. Oktober 2024 zur zollamtlichen Erfassung der Einfuhren von Dekorpapier mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L, 2024/2718, 25.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/2718/oj).

⁽⁴⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2025/291 der Kommission vom 13. Februar 2025 zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Dekorpapier mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L, 2025/291, 14.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2025/291/oj).

1.4. Weiteres Verfahren

- (6) Nach der Unterrichtung über die wesentlichen Tatsachen und Erwägungen, auf deren Grundlage ein vorläufiger Antidumpingzoll eingeführt wurde (im Folgenden „vorläufige Unterrichtung“), übermittelten mehrere Parteien innerhalb der in Artikel 2 Absatz 1 der vorläufigen Verordnung gesetzten Frist schriftliche Stellungnahmen zu den vorläufigen Feststellungen. Hierzu zählen:
- die Antragsteller,
 - Verwender der Ware: Interprint GmbH,
 - Industrieverbände: Chinesischer Nationaler Verband der Forstwirtschaft (China National Forest Products Industry Association – im Folgenden „CNFPIA“),
 - die in die Stichprobe einbezogenen chinesischen ausführenden Hersteller: Hangzhou Huawang New Material Technology Co. Ltd (im Folgenden „HUAWANG“) und Kingdecor Zhejiang Co. Ltd. (im Folgenden „KINGDECOR“).
- (7) Die Parteien, die einen entsprechenden Antrag stellten, wurden gehört. Es fanden Anhörungen mit dem CNFPIA, den Beschwerdeführern und KINGDECOR statt.
- (8) Die Kommission holte alle weiteren Informationen ein, die sie für ihre endgültigen Feststellungen benötigte, und prüfte sie. Bei ihren endgültigen Feststellungen berücksichtigte die Kommission die Stellungnahmen der interessierten Parteien und passte ihre vorläufigen Schlussfolgerungen gegebenenfalls an.
- (9) Die Kommission unterrichtete alle interessierten Parteien über die wesentlichen Tatsachen und Erwägungen, auf deren Grundlage sie einen endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Dekorpapier mit Ursprung in der Volksrepublik China in die Union einzuführen beabsichtigte (im Folgenden „endgültige Unterrichtung“). Nach der endgültigen Unterrichtung wurde allen Parteien eine Frist zur Stellungnahme eingeräumt.
- (10) Die Parteien, die einen entsprechenden Antrag stellten, erhielten zudem Gelegenheit zur Anhörung. Es fanden Anhörungen mit den Antragstellern und Kingdecor statt.

1.5. Vorbringen zur Einleitung der Untersuchung

- (11) Am 27. Januar 2025 übermittelte der CNFPIA als Reaktion auf die Ausführungen der Antragsteller vom 27. August 2024 seine Ausführungen. Die Stellungnahmen des CNFPIA wurden jedoch zu einem Zeitpunkt übermittelt, zu dem es nicht mehr möglich war, sie in die vorläufige Sachaufklärung einzubeziehen. Darüber hinaus betrafen seine Stellungnahmen die Ausführungen der Antragsteller gegenüber den Ausführungen der anderen interessierten Parteien in der Einleitungsphase und deckten daher hauptsächlich Aspekte im Zusammenhang mit dem Antrag ab. Angesichts der vorstehenden Faktoren wurden diese Stellungnahmen im Rahmen der vorläufigen Sachaufklärung unberücksichtigt gelassen, da diese Ausführungen die Feststellungen und Schlussfolgerungen der Kommission in diesem Stadium nicht berührt hätten.
- (12) In Bezug auf das Vorbringen des CNFPIA, dass die Ausführungen der Antragsteller vom 27. August 2024 von der Kommission hätten zurückgewiesen werden müssen, da sie nach Ablauf der Frist von 70 Tagen ab dem Datum der Veröffentlichung der Einleitungsbekanntmachung ⁽⁹⁾ eingereicht worden seien, wies die Kommission darauf hin, dass die Stellungnahmen der Antragsteller zwar im offenen Dossier zur Verfügung gestellt worden seien, sie jedoch bei der Erwiderung auf die Stellungnahmen zur Einleitung in der vorläufigen Verordnung durch die Kommission nicht berücksichtigt worden seien. In jedem Fall hätten weder die Ausführungen der Antragsteller vom 27. August 2024 noch die Ausführungen des CNFPIA vom 27. Januar 2025 Auswirkungen auf die Feststellungen und Schlussfolgerungen der Kommission in der vorläufigen Sachaufklärung gehabt, da beide Ausführungen die Feststellungen des Antrags betrafen.
- (13) Daher blieb die Kommission bei ihren Feststellungen in den Erwägungsgründen 7 bis 13 der vorläufigen Verordnung.

1.6. Stichprobenverfahren

- (14) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 14 bis 19 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

⁽⁹⁾ ABl. C, C/2024/3695, 14.6.2024.

1.7. Fragebogenantworten und Kontrollbesuche

- (15) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 20 bis 23 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

1.8. Untersuchungszeitraum und Bezugszeitraum

- (16) Da keine Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in Erwägungsgrund 24 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

2. UNTERSUCHTE WARE, BETROFFENE WARE UND GLEICHARTIGE WARE

- (17) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 25 bis 30 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

3. DUMPING**3.1. Verfahren zur Ermittlung des Normalwerts nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung**

- (18) Nach der vorläufigen Unterrichtung wiederholte der CNFPIA seine Stellungnahmen, dass die Anwendung des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung in diesem Fall nicht mit dem Antidumping-Übereinkommen der WTO (im Folgenden „Antidumping-Übereinkommen“) vereinbar und unzulässig sei, da die Kommission keine ausreichenden Beweise für das Vorliegen nennenswerter Verzerrungen im chinesischen Sektor für Dekorpapier vorgelegt habe.
- (19) Wie bereits in Erwägungsgrund 37 der vorläufigen Verordnung dargelegt, wies die Kommission darauf hin, dass nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a dritter Gedankenstrich der Grundverordnung die Inlandskosten herangezogen werden können, sobald die Kommission festgestellt hat, dass nennenswerte Verzerrungen vorliegen, jedoch nur sofern anhand zutreffender und geeigneter Beweise positiv festgestellt wird, dass sie nicht verzerrt sind. Was schließlich die angeblich uneinheitliche Anwendung von Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung im vorliegenden Fall und dessen Unvereinbarkeit mit dem Antidumping-Übereinkommen der WTO betrifft, verwies die Kommission zur Erläuterung auf die Abschnitte 3.2.1.9 und 3.2.1.10 der vorläufigen Verordnung.
- (20) Die vorläufigen Feststellungen der Kommission in Erwägungsgrund 41 der vorläufigen Verordnung werden daher bestätigt.

3.2. Normalwert**3.2.1. Vorliegen nennenswerter Verzerrungen**

- (21) Nach der vorläufigen Unterrichtung gingen bei der Kommission keine neuen Stellungnahmen zum Vorliegen nennenswerter Verzerrungen ein. Daher wurden die vorläufigen Feststellungen in den Erwägungsgründen 142 bis 144 der vorläufigen Verordnung bestätigt.

3.2.2. Repräsentatives Land

- (22) Nach der vorläufigen Unterrichtung führte Interprint GmbH hinsichtlich der Auswahl des repräsentativen Landes an, dass die Produktionsbedingungen, die Energie- und Rohstoffpreise und die Lohnstrukturen in Thailand nicht mit denen in China vergleichbar seien. Allerdings wurde dieses Vorbringen nicht mit Beweisen belegt.
- (23) Daher wurden die vorläufigen Feststellungen in Erwägungsgrund 157 der vorläufigen Verordnung bestätigt.

3.2.3. Für die Ermittlung unverzerrter Kosten verwendete Quellen**3.2.3.1. Rohstoffe**

- (24) Nach der vorläufigen Unterrichtung brachte Kingdecor vor, dass die Kommission die Kosten für von Kingdecor eingeführtes Titandioxid (im Folgenden „TiO₂“) als Ersatzwert für im Inland gekauft TiO₂ heranziehen müsse, da die eingeführten und die im Inland gekauften Waren identisch seien und Kingdecor einen erheblichen Teil seines TiO₂ aus Ländern eingeführt habe, die keinen Verzerrungen ausgesetzt seien.

- (25) Kingdecor argumentierte, dass es inländisches TiO_2 mit einer Reinheit von mehr als 90 % gekauft habe und dass das von ihm von Chemours Mexico und Kronos in Deutschland gekaufte TiO_2 einen ähnlichen TiO_2 -Gehalt aufweise. Darüber hinaus seien weitere Eigenschaften des eingeführten TiO_2 mit denen des im Inland bezogenen TiO_2 vergleichbar. Infolgedessen sei der Preis des eingeführten TiO_2 repräsentativ für das auf dem inländischen Markt gekaufte TiO_2 .
- (26) Die Antragsteller brachten vor, es sei unangemessen, die Preise heranzuziehen, zu denen Kingdecor TiO_2 eingeführt habe, und dass die Argumente von Kingdecor auf einer falschen Rechtsauslegung beruhen würden und irreführend seien. Nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung müsse die Kommission, wenn es aufgrund nennenswerter Verzerrungen nicht angemessen sei, die Inlandspreise und -kosten im Ausfuhrland heranzuziehen, den Normalwert ausschließlich anhand von Herstell- und Umsatzkosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte widerspiegeln, rechnerisch ermitteln.
- (27) Die Antragsteller brachten ferner vor, dass die Behauptung von Kingdecor, dass das aus Taiwan, Mexiko und Deutschland eingeführte TiO_2 „genau mit dem inländischen Bezug identisch“ sei, sachlich falsch sei, da Kingdecor zwei wichtige Eigenschaften von TiO_2 nicht berücksichtigt habe, nämlich ob das TiO_2 nach dem Sulfat- oder dem Chloridverfahren hergestellt wurde und wie die Moleküloberfläche behandelt wurde. Außerdem würden selbst die „höherwertigen“ TiO_2 -Produzenten in China im Vergleich zu den globalen Produzenten in Taiwan, Mexiko und Deutschland immer noch als minderwertig gelten. Nur TiO_2 , das in einer bestimmten Weise behandelt wurde, weise die besonderen Eigenschaften auf, die es für die Verarbeitung in Dekorpapier geeignet machen würden. Diese Typen seien als TiO_2 in Laminatqualität bekannt.
- (28) Die Antragsteller brachten ferner vor, dass die Hersteller von Dekorpapier nicht frei zwischen Chlorid- und Sulfat- TiO_2 wechseln könnten. Chlorid- TiO_2 habe in der Regel eine blauere Farbe, während Sulfat- TiO_2 einen gelblicheren Ton habe. Die fehlende Austauschbarkeit der beiden Sorten ließ die Kommission zuvor zu dem Schluss kommen, dass der Markt für TiO_2 auf Chloridbasis zur Verwendung in Hartpapier einen gesonderten Produktmarkt darstelle. Folglich können nach dem Sulfatverfahren hergestellte Waren nicht als „genau identisch“ mit nach dem Chloridverfahren hergestellten Waren angesehen werden.
- (29) Schließlich argumentierten die Antragsteller, dass, selbst wenn Kingdecor ausschließlich TiO_2 in Chloridqualität verwenden würde – was die Unionshersteller für äußerst unwahrscheinlich hielten –, TiO_2 in Chloridqualität, das innerhalb der VR China bezogen werde, nicht mit den aus anderen Ländern eingeführten hochwertigen Waren gleichgesetzt werden könne. Sie legten Veröffentlichungen von Marktexperten vor, denen zufolge globale Hersteller hochwertiger Waren als Hersteller der Klasse 1 gelten sollten. Zudem wurde die Auffassung vertreten, dass die von diesen Herstellern hergestellten Waren „hochwertig“ seien. Die Hersteller von TiO_2 in Laminatqualität, die ihre Waren aus Taiwan, Deutschland und Mexiko ausführen, d. h. Kronos und Chemours, wurden ausdrücklich als Teil dieser Klasse genannt. Im Gegensatz dazu wurden chinesische Hersteller von „höherwertigem TiO_2 “ nur als Hersteller der Klasse 2 betrachtet.
- (30) Von Anfang an stellte die Kommission fest, dass diese Vorbringen im Widerspruch zu den Feststellungen in Erwägungsgrund 167 der vorläufigen Verordnung stehen, wonach das Unternehmen erfolgreich behauptete und mit umfangreichen, vor Ort überprüften Beweisen belegte, dass es Qualitäten von Titandioxid einführe, die in China nicht verfügbar waren. Da keine neuen oder vor Ort überprüften Beweise vorlagen, die diese Feststellungen widerlegten, wies die Kommission das Vorbringen zurück. Unbeschadet dieser Feststellung ging die Kommission auch auf die Behauptung in der Sache ein. Wie in den Erwägungsgründen 25, 51 und 57 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/1923 der Kommission vom 10. Juli 2024 ⁽⁶⁾ festgestellt, ist die Kommission der Auffassung, dass verschiedene TiO_2 -Typen dieselben grundlegenden materiellen, chemischen und technischen Eigenschaften aufweisen und nicht als unterschiedliche Waren gelten. Die entsprechende Feststellung wurde in der Durchführungsverordnung (EU) 2025/4 der Kommission vom 17. Dezember 2024 ⁽⁷⁾ bestätigt.
- (31) Außerdem vertrat die Kommission die Auffassung, dass Kingdecor zwar Beweise dafür vorgelegt hat, dass die Qualität des im Inland hergestellten TiO_2 in den letzten Jahren gestiegen ist und dass mehrere technische Spezifikationen zwischen dem im Inland hergestellten TiO_2 und dem von ihm eingeführten TiO_2 vergleichbar sind, dass aber andere Parteien Beweise dafür vorgelegt haben, dass die Marktteilnehmer nach wie vor Qualitätsunterschiede sehen und weiterhin zwischen Klasse-1- und Klasse-2-Herstellern unterscheiden.

⁽⁶⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2024/1923 der Kommission vom 10. Juli 2024 zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Titandioxid mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L, 2024/1923, 11.7.2024, ELI http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/1923/oj).

⁽⁷⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2025/4 der Kommission vom 17. Dezember 2024 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Titandioxid mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L, 2025/4, 9.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2025/4/oj).

- (32) Die Kommission hielt es daher für richtig, nicht die Preise der Einfuhren von Kingdecor als Vergleichswert heranzuziehen, sondern den Normalwert ausschließlich anhand von Herstell- und Umsatzkosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte aus dem repräsentativen Land widerspiegeln, rechnerisch zu ermitteln.
- (33) Zu den Rohstoffen gingen keine weiteren Stellungnahmen ein. Die vorläufigen Feststellungen und vorläufigen Schlussfolgerungen in den Erwägungsgründen 163 bis 169 der vorläufigen Verordnung wurden daher bestätigt.
- (34) Nach der endgültigen Unterrichtung wiederholte Kingdecor, dass es keine Qualitätsunterschiede zwischen dem in der VR China und anderswo hergestellten TiO₂ gebe und dass die Eigenschaften der Ware und die Herstellungsverfahren nahezu identisch seien. Zur Untermauerung dieses Vorbringens legte das Unternehmen weitere Daten in Form von Laboranalysen vor. Darüber hinaus hielt Kingdecor an dem Argument fest, dass es hauptsächlich TiO₂ verwendet habe, das über das Chloridverfahren hergestellt wurde, und nicht über das Sulfatverfahren, das eine geringere Qualität erzeuge, und wies darauf hin, dass es in seiner Stellungnahme vom 28. März 2025 die entsprechenden Belege vorgelegt habe. Schließlich beanstandete Kingdecor, dass es nicht logisch sei, einen Vergleichspreis für die minderwertige inländische Ware festzulegen, der höher sei als der Preis für das hochwertigere eingeführte TiO₂.
- (35) Die Kommission wies dieses Vorbringen zurück und verwies auf die obigen Erwägungsgründe 30 bis 32. Der zugrunde gelegte Vergleichswert spiegelte die entsprechenden Kosten in Thailand wider, das als geeignetes repräsentatives Land angesehen wurde. Die Tatsache, dass der für TiO₂ verwendete Vergleichspreis höher war als die Einfuhrpreise von Kingdecor für eine Ware von angeblich höherer Qualität, beeinträchtigte die Aussagekraft dieses Vergleichspreises nicht. Es kann viele Gründe für Preisunterschiede geben, die nicht unbedingt mit Qualitätsfragen zusammenhängen. Daher hielt es die Kommission für richtig, den Normalwert ausschließlich anhand von Herstell- und Umsatzkosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte aus Thailand widerspiegeln, rechnerisch zu ermitteln und bei einer einzelnen Vorleistung nicht allein deshalb von dieser Methode abzuweichen, weil Kingdecor TiO₂ aus anderen Ländern einfuhrte.
- (36) Nach der endgültigen Unterrichtung machte Kingdecor geltend, dass die Methode der Kommission asymmetrisch sei, da sie die tatsächlichen inländischen Transportkosten auf der Ausfuhrseite akzeptiere, aber auf der Seite der inländischen Transportkosten für Rohstoffe die von den Herstellern angegebenen Beträge neu berechnet habe.
- (37) Die Kommission vertrat die Auffassung, dass die Anforderungen des Artikels 2 Absatz 6a erfüllt waren und dass der Normalwert anhand von Herstell- und Umsatzkosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte widerspiegeln, rechnerisch ermittelt wurde. Die Berechnung des Ausfuhrpreises auf die Stufe ab Werk ist eine andere Sachlage, die nicht unter diesen Artikel fällt. Das Vorbringen wurde daher zurückgewiesen.

3.2.3.2. Sonstige Produktionsfaktoren

- (38) Zu den sonstigen Produktionsfaktoren (Arbeit, Strom und Dampf) gingen keine Stellungnahmen ein. Die vorläufigen Feststellungen und vorläufigen Schlussfolgerungen in den Erwägungsgründen 170 bis 172 der vorläufigen Verordnung wurden daher bestätigt.

3.2.3.3. Herstellungsgemeinkosten, VVG-Kosten und Gewinne

- (39) Nach der vorläufigen Unterrichtung brachte Kingdecor vor, dass die von der Kommission verwendeten Vergleichswerte für die VVG-Kosten direkte Verkaufskosten enthalten würden und dass die Kommission für einen fairen Vergleich zwischen dem Ausfuhrpreis und dem rechnerisch ermittelten Normalwert sicherstellen müsse, dass die direkten Verkaufskosten vom rechnerisch ermittelten Normalwert abgezogen würden. Kingdecor verwies auf die Jahresabschlüsse eines thailändischen Unternehmens, das in den beschafften Orbis-Vergleichswert einbezogen sei, und auf die Website eines zweiten Unternehmens, auf der angegeben sei, dass die Unternehmen Transporte anbieten.
- (40) In Beantwortung der Stellungnahme von Kingdecor brachten die Antragsteller vor, dass die Vergleichswerte für die VVG-Kosten bei der rechnerischen Ermittlung des Normalwerts für Kingdecor keine Berichtigung erforderten, da Kingdecor seine Beweislast nicht erfüllt habe. Die Antragsteller machen geltend, dass Kingdecor zwar bestimmte Passagen der Websites der thailändischen Hersteller und interne Unterlagen zur Stützung ihres Antrags auf Berichtigung anführe, diese Verweise jedoch nicht beweisen würden, dass die direkten Ausgaben unter den „sonstigen Betriebsausgaben“ mehrerer dieser thailändischen Hersteller enthalten sind. Die von Kingdecor zur Verfügung gestellten Bilder von den Websites von Siam Kraft Industry und Thai Containers Group würden nur „Dienstleistungen“ zeigen, was weder beweise, dass diese Kosten für den Transport des betreffenden Produkts vom Standort des Exporteurs zu einem unabhängigen Käufer anfallen, noch dass diese Kosten unter „sonstige

Betriebskosten“ fallen. Der von Kingdecor zitierte Auszug von SIG Combibloc beziehe sich auf die Umweltberichterstattung, genauer gesagt auf die Scope-3-Emissionen. Diese Emissionen würden aus Tätigkeiten von Vermögenswerten stammen, die nicht im Eigentum oder unter der Kontrolle der meldenden Organisation stehen, sich aber indirekt auf ihre Wertschöpfungskette auswirken. Der Kontext der Umweltberichterstattung unterscheide sich erheblich von der Finanzberichterstattung, die für die rechnerische Ermittlung des Normalwerts relevant sei. Der Auszug könne daher nicht als Nachweis dafür akzeptiert werden, dass die „sonstigen Betriebsausgaben“ auch direkte Verkaufskosten umfassen.

- (41) Die Kommission wies das Argument zurück, dass die Vergleichswerte für die VVG-Kosten direkte Verkaufskosten in Form von Transportkosten enthalten würden. Kingdecor legte keine ausreichenden Beweise dafür vor, dass die Verkaufs- und Transportkosten tatsächlich in den verwendeten Orbis-Vergleichsdaten enthalten waren, und legte auch keine Quantifizierung für eine solche Behauptung vor.
- (42) Die Kommission stellte fest, dass für die aus der Datenbank entnommenen VVG-Kosten der betreffenden Unternehmen keine weitere Aufschlüsselung ohne Weiteres verfügbar war. Ferner stellte die Kommission fest, dass das Gericht in seinem Urteil in der Rechtssache CCCME⁽⁸⁾ zunächst festhielt, dass im Einklang mit der Rechtsprechung eine Partei, die Berichtigungen nach Artikel 2 Absatz 10 der Grundverordnung beantragt, um den Normalwert und den Ausfuhrpreis für die Zwecke der Ermittlung der Dumpingspanne vergleichbar zu machen, nachweisen muss, dass ihr Vorbringen gerechtfertigt ist. Die Beweislast dafür, dass die in Artikel 2 Absatz 10 Buchstaben a bis k der Grundverordnung aufgeführten spezifischen Berichtigungen vorzunehmen sind, liegt bei denjenigen, die sich darauf berufen wollen⁽⁹⁾. Daraus folgt, dass es in jenem Fall – ebenso wie in dieser Untersuchung – im Einklang mit dieser Rechtsprechung Sache der interessierten Parteien war, nachzuweisen, dass die beantragte Berichtigung zur Stützung der von ihnen während der Untersuchung vorgelegten Beweise erforderlich war⁽¹⁰⁾.
- (43) Das Gericht stellte sodann fest, dass sich zwar die Vornahme von Berichtigungen nach Artikel 2 Absatz 10 der Grundverordnung in der Praxis als notwendig erweisen kann, um Unterschiede zwischen dem Ausfuhrpreis und dem Normalwert zu berücksichtigen, die ihre Vergleichbarkeit beeinflussen; derartige Abzüge dürfen jedoch nicht an einem Wert vorgenommen werden, der rechnerisch ermittelt wurde und daher kein realer Wert ist. Dieser Wert wird grundsätzlich nicht durch Elemente beeinflusst, die seine Vergleichbarkeit beeinträchtigen könnten, da er als theoretischer Wert ermittelt wurde⁽¹¹⁾. Wie im Fall der CCCME umfasste die rechnerische Ermittlung des Normalwerts je Warentyp auf der Stufe ab Werk zudem einen angemessenen Betrag für VVG-Kosten, und es lagen keine Informationen vor, aus denen hervorging, dass die VVG-Kosten der betreffenden Unternehmen die in Rede stehenden Kosten umfassten. Vor dem Hintergrund des Ermessensspielraums der Kommission bei der Anwendung von Artikel 2 Absatz 10 der Grundverordnung⁽¹²⁾ entsprach der Ansatz der Kommission folglich der jüngsten Rechtsprechung zu unbegründeten Vorbringen, wonach in den bei der rechnerischen Ermittlung des Normalwerts nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a herangezogenen Beträgen für VVG-Kosten, die von der Kommission als für die Stufe ab Werk angemessen angesehen werden, Transportkosten enthalten sind.
- (44) Daher wurden die vorläufigen Feststellungen und Schlussfolgerungen in den Erwägungsgründen 173 bis 176 der vorläufigen Verordnung zum unverzerrten und angemessenen Betrag für Herstellungsgemeinkosten, VVG-Kosten und Gewinne, die auf der Grundlage der Finanzdaten von vier thailändischen Unternehmen ermittelt wurden, bestätigt.
- (45) Nach der endgültigen Unterrichtung brachte Kingdecor vor, dass bei einem der vier thailändischen Unternehmen, die für die Berechnung der repräsentativen VVG-Kosten und der Gewinnspanne herangezogen wurden, die verwendeten Daten nicht korrekt seien. Die Kommission akzeptierte das Vorbringen und verwendete für das Unternehmen Thai Containers Group Company Ltd. eine berichtigte Gewinnspanne von 3,82 % (anstelle von 3,97 %) und VVG-Kosten in Höhe von 10,68 % (statt 14,84 %). Diese Änderungen führten zu einer Senkung der Dumpingspannen um rund 0,9 %.
- (46) Nach der endgültigen Unterrichtung legte Kingdecor weitere Informationen zu den geprüften und öffentlich zugänglichen Daten von „Double A (1991) Public Company Limited“ vor, einem der vier Unternehmen, die zur Berechnung der gewogenen durchschnittlichen angemessenen Beträge für VVG-Kosten und Gewinnspannen herangezogen wurden, und wies nach, dass die von der Kommission für das Unternehmen verwendeten Zahlen auch Vertriebskosten („Verkauf und Vertrieb“) enthielten.

⁽⁸⁾ Urteil vom 2. Oktober 2024, CCCME u. a./Kommission, T-263/22, ECLI:EU:T:2024:663.

⁽⁹⁾ Urteil vom 2. Oktober 2024, CCCME u. a./Kommission, T-263/22, ECLI:EU:T:2024:663, Rn. 183.

⁽¹⁰⁾ Urteil vom 2. Oktober 2024, CCCME u. a./Kommission, T-263/22, ECLI:EU:T:2024:663, Rn. 185.

⁽¹¹⁾ Urteil vom 2. Oktober 2024, CCCME u. a./Kommission, T-263/22, ECLI:EU:T:2024:663, Rn. 188.

⁽¹²⁾ Urteil vom 2. Oktober 2024, CCCME u. a./Kommission, T-263/22, ECLI:EU:T:2024:663, Rn. 184.

- (47) Die Kommission stellte fest, dass die vorgelegten neuen Daten zwar zeigten, dass die Vertriebskosten enthalten waren, der feste Betrag dieser Vertriebskosten darin jedoch nicht ermittelt werden konnte. Darüber hinaus war nicht klar, was die Vertriebskosten in dieser Rubrik genau beinhalteten, und der Kommission lagen im Dossier keine Beweise dafür vor, dass sie nur Kosten enthielten, für die, wie in den Erwägungsgründen 188 und 189 der vorläufigen Verordnung erläutert, eine Berichtigung auf der Ausführseite vorgenommen wurde. Die Kommission hielt die auf der Grundlage dieser Spannen ermittelten Beträge für die Handelsstufe ab Werk, auf der der Normalwert ermittelt wurde, also nicht für unangemessen. Keine interessierte Partei legte Nachweise vor, die diese Bewertung infrage stellen würden. Daher wies die Kommission das Vorbringen zurück.
- (48) Nach einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen brachten die Antragsteller vor, dass die neue Quelle, die für die Finanzdaten der vier thailändischen Unternehmen verwendet werde, nicht zuverlässig sei, und führten unter Bezugnahme auf Erwägungsgrund 153 der vorläufigen Verordnung an, dass diese nach Ansicht der Kommission „unbrauchbar“ sei.
- (49) Die Kommission stellte fest, dass in Erwägungsgrund 153 der vorläufigen Verordnung auf das vom Antragsteller vorgelegte Excel-Dokument mit Finanzdaten eines thailändischen Unternehmens verwiesen wurde. Dieses Dokument konnte nicht auf der Website der Quelle überprüft werden und betraf nur das Jahr 2022, nicht den Untersuchungszeitraum. Die von der Kommission im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung herangezogenen Informationen, die Kingdecor übermittelte, decken die vollständigen Informationen von vier Unternehmen ab, die in derselben Datenbank erfasst sind und über das thailändische Referat für Unternehmensentwicklung im Handelsministerium abgerufen werden können. Darüber hinaus sind die Daten aktueller, und bei einem der Unternehmen – Thai Containers Group – wurden die Daten geprüft, was bei den zuvor verwendeten Informationen von Orbis nicht der Fall war. Daher wies die Kommission dieses Vorbringen zurück.

3.2.4. Berechnung des Normalwerts

- (50) Huawang wies darauf hin, dass die Kommission den Normalwert aufgrund der bei Ausfuhrverkäufen angefallenen, aber nicht erstatteten Mehrwertsteuer nach oben berichtigt habe, um einen gerechten Vergleich zwischen dem Ausfuhrpreis und dem Normalwert zu ermöglichen. Huawang war der Ansicht, dass diese Berichtigung rechtlich nicht begründet sei und entsprechend korrigiert werden sollte. Huawang brachte vor, die Kommission habe die Rechtsgrundlage für diese Berichtigung nicht erläutert, wobei davon ausgegangen wurde, dass dies nach Artikel 2 Absatz 10 Buchstabe b der Grundverordnung geschehen sei. Huawang argumentierte ferner, dass die Berichtigung nur vorgenommen werden könne, um einen Faktor zu neutralisieren, der nachweislich die Preise und die Vergleichbarkeit der Preise beeinflusse, was die Kommission nicht getan habe.
- (51) Die Kommission nahm die Berichtigung nach Artikel 2 Absatz 10 Buchstabe k der Grundverordnung für „Sonstige Faktoren“ vor, da der Ausfuhrpreis nicht erstattungsfähige Mehrwertsteuer umfasste und der Normalwert nach Artikel 2 Absatz 6a ohne diese erstattungsfähige Mehrwertsteuer rechnerisch ermittelt wurde. Dieser Ansatz wurde vom Gericht in der Rechtssache Sinopec bestätigt. In dieser Rechtssache wies das Gericht zunächst darauf hin, dass „die Kommission [...] zum einen feststellte, dass der Ausfuhrpreis der Erzeugnisse der Klägerinnen einen Betrag enthalte, der der nicht erstattungsfähigen Mehrwertsteuer entspreche, während der Normalwert ohne Mehrwertsteuer ermittelt worden sei, und zum anderen, dass diese Umstände es rechtfertigten, den Normalwert nach oben zu berichtigen, um einen gerechten Vergleich zu gewährleisten.“⁽¹³⁾ Auf der Grundlage dieses Verständnisses stellte das Gericht fest, dass „die Kommission nachgewiesen [hat], dass die Vornahme der [...] beanstandeten Berichtigung notwendig war.“⁽¹⁴⁾ Darüber hinaus befand das Gericht Artikel 2 Absatz 10 Buchstabe k der Grundverordnung als geeignete Rechtsgrundlage für diese Berichtigung⁽¹⁵⁾.
- (52) Daher wurden die Feststellungen in den Erwägungsgründen 177 bis 181 der vorläufigen Verordnung bestätigt.
- (53) Nach der endgültigen Unterrichtung wiederholte Huawang im Hinblick auf die Methode der Kommission zur Anwendung der Ausfuhrumsatzsteuerberichtigung von 13 % mit 0 % erstattungsfähiger Ausfuhrumsatzsteuer dieselbe Argumentation, wonach die Methode der Kommission seiner Ansicht nach fehlerhaft sei, und versuchte, einen Zusammenhang mit der Zollregelung für den eingeführten Halbstoff aus Holz (aktive Veredelung) herzustellen.

⁽¹³⁾ Urteil vom 21. Februar 2024, Sinopec Chongqing SVW Chemical Co. Ltd u. a./Europäische Kommission, T-762/20, ECLI:EU:T:2024:113, Rn. 155.

⁽¹⁴⁾ Urteil vom 21. Februar 2024, Sinopec Chongqing SVW Chemical Co. Ltd u. a./Europäische Kommission, T-762/20, ECLI:EU:T:2024:113, Rn. 156.

⁽¹⁵⁾ Urteil vom 21. Februar 2024, Sinopec Chongqing SVW Chemical Co. Ltd u. a./Europäische Kommission, T-762/20, ECLI:EU:T:2024:113, Rn. 157.

- (54) Die Kommission wiederholte, dass die Berichtigung in Bezug auf die Ausfuhrumsatzsteuer in Höhe von 13 % auf die betroffene Ware nicht mit der Zollregelung für die Rohstoffe (und somit der Umsatzsteuer auf die Rohstoffe) in Zusammenhang stand. Die Kommission nahm diese Berichtigung vor, um einen fairen Vergleich zwischen dem Ausfuhrpreis, der die nicht erstattungsfähige Umsatzsteuer enthält, und dem Normalwert, der ohne diese Umsatzsteuer rechnerisch ermittelt wurde, zu gewährleisten.
- (55) Daher wies die Kommission dieses Vorbringen zurück.

3.2.5. Ausfuhrpreis

- (56) Ferner verwies Kingdecor auf Erwägungsgrund 184 der vorläufigen Verordnung, in dem die Kommission darauf hinwies, dass sie im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung den Ansatz zur Ermittlung des Normalwerts für die Verkäufe über verbundene Unternehmen in der Union ändern könnte. Die Kommission wies in diesem Erwägungsgrund darauf hin, dass sie noch nicht alle Informationen über die Kosten der Weiterverarbeitung erhalten habe. Kingdecor brachte vor, dass es die Kommission gefragt habe, ob es solche Informationen erhalten wolle, und daher seiner Mitwirkungspflicht nachgekommen sei. Sie argumentierten, dass die Kommission daher ihren Ansatz nicht ändern und ihre Berechnung auf die Verrechnungspreise stützen sollte, die ihrer Meinung nach dem Fremdvergleichsgrundsatz entsprechen würden.
- (57) Die Antragsteller brachten in ihrer Antwort auf die Stellungnahmen vor, dass die Verkäufe von Kingdecor an die mit ihm verbundenen EU-Unternehmen nicht zu marktüblichen Bedingungen erfolgten und dass Kingdecor selbst eingeräumt habe, dass die den verbundenen und unabhängigen Käufern berechneten Preise nicht vollständig vergleichbar seien. Sie erklärten, auch wenn aus der Formulierung in den Ausführungen von Kingdecor nicht eindeutig zum Ausdruck kam, ob die Preise von Kingdecor für verbundene Käufer höher oder niedriger waren, gehe aus der früheren Entscheidungspraxis der Kommission und der Rechtsprechung klar hervor, dass entweder höhere oder niedrigere Preise bedeuten, dass die Preise als unzuverlässig angesehen werden können.
- (58) Die Kommission bestätigte, dass Kingdecor uneingeschränkt kooperiert und die erforderlichen Informationen geliefert hat. Die Kommission stellte klar, dass sie in Erwägungsgrund 184 der vorläufigen Verordnung dargelegt habe, dass sie aufgrund des Zeitpunkts der Überprüfung der verbundenen Unternehmen in der Union die bei diesen Unternehmen vor den endgültigen Verkäufen angefallenen Umwandlungskosten noch nicht angefordert, erhalten und überprüft hatte. Daher stützte sich die Kommission vorläufig auf die Verrechnungspreise als Grundlage für ihre Berechnung, ohne zu bestätigen, dass sie für die endgültige Sachaufklärung die Verrechnungspreise zu marktüblichen Bedingungen akzeptieren würde.
- (59) Nach der Überprüfung der von Kingdecor verbundenen Unternehmen in der Union vorgelegten Daten konnte die Kommission bestätigen, dass diese Geschäfte zu marktüblichen Bedingungen erfolgten. Aus den zusätzlich vorgelegten Beweisen ging hervor, dass zwischen Kingdecor und seinen verbundenen Unternehmen in der Union echte Preise und Bedingungen ausgehandelt wurden, und die überprüften Zahlen zeigten, dass diese ausgehandelten Preise im Vergleich zu den Preisen, die unabhängigen Parteien in Rechnung gestellt wurden, nicht durchweg niedriger oder höher sind. Die Kommission hielt daher an ihrem Ansatz zur Ermittlung des Normalwerts für die Verkäufe über ein verbundenes Unternehmen in der Union fest und wies die Argumente des Antragstellers zurück.
- (60) Daher wurden die Feststellungen in den Erwägungsgründen 182 bis 184 der vorläufigen Verordnung bestätigt.
- (61) Nach der vorläufigen Unterrichtung merkte Kingdecor an, dass die Kommission die Mengen fehlerhafter Waren von ihrer Berechnung des Ausfuhrpreises abziehen sollte.
- (62) Die Kommission prüfte die diesem Vorbringen zugrunde liegenden Daten und stimmte dieser Korrektur zu.
- (63) Nach der endgültigen Unterrichtung stellte Huawang klar, dass es eine Doppelzählung gegeben habe, da der Mehrwertsteuersatz zum Normalwert hinzugerechnet und gleichzeitig vom Ausfuhrpreis abgezogen worden sei. Die Kommission bestätigte den Fehler und berichtete ihn. Die neuen Spannen wurden am 17.7.2025 in einer weiteren endgültigen Unterrichtung erneut offengelegt, und den interessierten Parteien wurde eine Frist von einem Tag zur Stellungnahme eingeräumt. Die Frist stand im Einklang mit Artikel 20 Absatz 5 der Grundverordnung, wonach unter folgender Bedingung ein kürzerer Zeitraum als zehn Tage festgelegt werden kann: „Muss eine zusätzliche endgültige Unterrichtung erfolgen, kann eine kürzere Frist gesetzt werden.“
- (64) Es wurden keine weiteren aussagekräftigen Stellungnahmen zur zusätzlichen endgültigen Unterrichtung übermittelt.

3.2.6. Vergleich

- (65) Zum Vergleich gingen keine Stellungnahmen ein. Daher wurden die Feststellungen in den Erwägungsgründen 185 bis 189 der vorläufigen Verordnung bestätigt.

3.3. Dumpingspannen

- (66) Wie in Erwägungsgrund 62 dargelegt, akzeptierte die Kommission nach den Vorbringen interessierter Parteien zwei Vorbringen. Die Kommission hat daher die Dumpingspannen angepasst.
- (67) Die endgültigen Dumpingspannen, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Einfuhrpreises (Kosten, Versicherung, Fracht) frei Grenze der Union, unverzollt, werden wie folgt festgesetzt:

Unternehmen	Endgültige Dumpingspanne
Hangzhou Huawang New Material Technology Co., Ltd	26,4 %
Kingdecor (Zhejiang) Co., Ltd.	26,9 %
In Anhang I aufgeführte andere mitarbeitende Unternehmen	26,6 %
Alle übrigen Einfuhren mit Ursprung in der VR China	26,9 %

4. SCHÄDIGUNG

4.1. Definition des Wirtschaftszweigs der Union und der Unionsproduktion

- (68) Nach der vorläufigen Unterrichtung wiederholte der CNFPIA sein früheres Vorbringen, dass Felix Schoeller und Munksjö, zwei der vier Antragsteller, aufgrund ihrer Beziehungen zu chinesischen Unternehmen nicht in die Definition des Wirtschaftszweigs der Union nach Artikel 4 Absatz 1 der Grundverordnung einbezogen werden sollten. Der CNFPIA fügte hinzu, dass die Kommission gegen Artikel 6.9 des Antidumping-Übereinkommens der WTO (im Folgenden „Antidumping-Übereinkommen“) verstoßen habe, da sie die Einzelheiten der Geschäfte der verbundenen Parteien nicht offengelegt habe.
- (69) Die Kommission erinnerte daran, dass die Stellungnahmen zur Position der Antragsteller und ihrer verbundenen Unternehmen in der VR China bereits in Erwägungsgrund 9 der vorläufigen Verordnung behandelt und zurückgewiesen wurden. Der CNFPIA brachte diesbezüglich keine neuen Gesichtspunkte vor. In Bezug auf die Offenlegung des Volumens und des Wertes der Geschäfte mit den verbundenen chinesischen Unternehmen erinnerte die Kommission daran, dass Artikel 6.5 des Antidumping-Übereinkommens auch vorsieht, dass „[a]lle Informationen, die ihrer Natur nach vertraulich sind, [...] bei entsprechender Begründung von den Behörden vertraulich zu behandeln [sind]“. Daher wurden diese Vorbringen zurückgewiesen.
- (70) Nach der endgültigen Unterrichtung brachte der CNFPIA erneut seine Argumente zur Definition des Wirtschaftszweigs der Union vor und fügte hinzu, dass die Kommission es versäumt habe, ihren eigenen festgelegten Drei-Kriterien-Test aus dem Fall der Magnesia-Steine anzuwenden, in dem der Standort von HQ, FuE-Zentren und Produktionsstätten, die Menge/der Wert der Einfuhren im Vergleich zu den Gesamtverkäufen und die Auswirkungen der Einfuhren auf die Gesamtrentabilität der Unionsverkäufe untersucht wurden.
- (71) Erstens wies die Kommission darauf hin, dass das fragliche Beispiel bestätigte, dass Unionshersteller mit geringen Einfuhranteilen der untersuchten Ware von ihrem verbundenen Gemeinschaftsunternehmen in der VR China nach wie vor als Teil des Wirtschaftszweigs der Union angesehen wurden⁽¹⁶⁾. Daher wies die Kommission dieses Vorbringen zurück.
- (72) Die Kommission blieb somit bei ihren Feststellungen in den Erwägungsgründen 197 und 198 der vorläufigen Verordnung.

4.2. Bestimmung des relevanten Unionsmarktes

- (73) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 199 bis 203 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

4.3. Unionsverbrauch

- (74) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 204 bis 208 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

⁽¹⁶⁾ Verordnung (EG) Nr. 552/2005 der Kommission vom 11. April 2005 zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Magnesia-Steine mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L 93 vom 12.4.2005, S. 6), Erwägungsgründe 70 bis 75.

4.4. Einfuhren aus dem betroffenen Land

4.4.1. Menge und Marktanteil der Einfuhren aus dem betroffenen Land

- (75) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 209 bis 213 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

4.4.2. Preise der Einfuhren aus dem betroffenen Land und Preisunterbietung

- (76) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 214 bis 219 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

4.5. Wirtschaftliche Lage des Wirtschaftszweigs der Union

4.5.1. Allgemeine Bemerkungen

- (77) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 220 bis 224 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

4.5.2. Makroökonomische Indikatoren

4.5.2.1. Produktion, Produktionskapazität und Kapazitätsauslastung

- (78) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 225 bis 228 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

4.5.2.2. Verkaufsmenge und Marktanteil

- (79) Nach der vorläufigen Unterrichtung machte der CNFPIA geltend, dass die chinesischen Einfuhren angesichts ihres geringen Marktanteils nur geringfügige negative Auswirkungen auf den Unionsmarkt hätten, wodurch der ursächliche Zusammenhang zwischen den chinesischen Einfuhren und der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union aufgehoben würde. Die Kommission erinnerte daran, dass der Marktanteil nur einer von mehreren Indikatoren ist, die zur Bewertung der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union herangezogen werden, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Produktion, Produktionskapazität, Kapazitätsauslastung, Verkaufsmenge, Marktanteil, Wachstum, Beschäftigung, Produktivität und Höhe der Dumpingspanne. Daher wies die Kommission dieses Vorbringen zurück.

- (80) Die Kommission blieb somit bei ihren Feststellungen in den Erwägungsgründen 229 bis 231 der vorläufigen Verordnung.

4.5.2.3. Wachstum

- (81) Da keine Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in Erwägungsgrund 232 der vorläufigen Verordnung gezogenen Schlussfolgerungen.

4.5.2.4. Beschäftigung und Produktivität

- (82) Nach der vorläufigen Unterrichtung brachte der CNFPIA vor, dass sich die im Antrag enthaltenen Daten und die in der vorläufigen Verordnung auf der Grundlage des Fragebogens zu den makroökonomischen Daten übermittelten Daten unter anderem in Bezug auf die Beschäftigungszahlen und die Verkäufe unterschieden.

- (83) Erstens wies die Kommission darauf hin, dass der UZ im Antrag (d. h. vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023) und der UZ des Verfahrens (d. h. vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024) unterschiedlich waren und dass der Antrag keine Informationen über das gesamte Jahr 2023 enthielt, das außerhalb des UZ liegen würde. Zweitens waren die Zahlen aus dem Fragebogen zu den makroökonomischen Daten in der vorläufigen Verordnung von der Kommission überprüft und erforderlichenfalls berichtigt worden. Drittens enthielten die in Tabelle 6 der vorläufigen Verordnung angegebenen Verkaufsdaten Informationen, die nicht nur aus dem Fragebogen zu den makroökonomischen Daten, sondern auch aus den bereinigten Daten der mitarbeitenden chinesischen Hersteller und den bereinigten Eurostat-Daten stammten, wie unter Randnummer 204 und in den Fußnoten 126 und 127 der vorläufigen Verordnung erläutert. Daher wurden diese Vorbringen zurückgewiesen.

- (84) Da keine weiteren Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 233 bis 235 der vorläufigen Verordnung dargelegten Feststellungen.

4.5.2.5. Höhe der Dumpingspanne und Erholung von früherem Dumping

- (85) Da keine Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 236 und 237 der vorläufigen Verordnung getroffenen Feststellungen.

4.5.3. Mikroökonomische Indikatoren

4.5.3.1. Preise und preisbeeinflussende Faktoren

- (86) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 238 bis 241 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

4.5.3.2. Arbeitskosten

- (87) Da keine Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 242 und 243 der vorläufigen Verordnung getroffenen Feststellungen.

4.5.3.3. Lagerbestände

- (88) Nach der vorläufigen Unterrichtung brachte der CNFPIA vor, dass die Kommission keine Daten zu den Lagerbeständen vorgelegt habe, auch nicht indexiert. Die Kommission wies darauf hin, dass die Angaben zu den Lagerbeständen in Tabelle 10 zu den Endbeständen enthalten waren.
- (89) Da keine neuen Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 244 bis 247 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

4.5.3.4. Rentabilität, Cashflow, Investitionen, Kapitalrendite und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten

- (90) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 248 bis 255 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

4.6. Schlussfolgerung zur Schädigung

- (91) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 256 bis 260 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

5. SCHADENSURSACHE

5.1. Auswirkungen der gedumpten Einfuhren

- (92) Nach der endgültigen Unterrichtung brachte der CNFPIA vor, dass aufgrund des geringen Marktanteils der Einfuhren aus China kein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union und den Einfuhren aus der VR China bestehe. Darüber hinaus würden nur Einfuhren aus China und Drittländern mit der Unionsproduktion konkurrieren, und der Anstieg des Marktanteils der Einfuhren aus China würde dazu dienen, den Rückgang des Marktanteils der Einfuhren aus anderen Ländern auszugleichen. Ungeachtet dieser Faktoren betonte der CNFPIA, dass der Einfuhrpreis aus China in jedem Fall höher sei als der Einfuhrpreis aus anderen Ländern und daher nicht als Hauptfaktor für den Preisrückgang oder die Preisunterbietung des Wirtschaftszweigs der Union gewertet werden sollte.
- (93) Die Kommission wies darauf hin, dass der Marktanteil der VR China, wie in Erwägungsgrund 262 der vorläufigen Verordnung erläutert, im Bezugszeitraum um über 500 % gestiegen ist und sich die Einfuhrmengen aus China innerhalb eines Jahres fast verdoppeln konnten. Wie bereits in Erwägungsgrund 263 der vorläufigen Verordnung erläutert, lagen die Preise der Einfuhren aus der VR China durchweg unter den Herstellkosten des Wirtschaftszweigs der Union, wodurch Preiserhöhungen verhindert wurden, die sich auf die wirtschaftliche Lage des Wirtschaftszweigs der Union auswirkten. Die Tatsache, dass der Marktanteil der Einfuhren aus anderen Ländern im selben Zeitraum zurückging, änderte nichts an diesem Punkt. Darüber hinaus waren die durchschnittlichen chinesischen Preise zwar höher als die Preise aus anderen Drittländern, wie in den Erwägungsgründen 273 und 274 der vorläufigen Verordnung erläutert, aber nur ein Land hielt einen Marktanteil von über 1 %, und die Einfuhren aus anderen Drittländern gingen nach 2022 tatsächlich drastisch zurück. Daher zog die Kommission den Schluss, dass die Einfuhren aus anderen Ländern nicht zur Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union beitrugen. Auf der Grundlage der vorstehenden Beweise und aller anderen in Erwägungsgrund 79 genannten Indikatoren blieb die Kommission bei ihrer Auffassung, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der bedeutenden Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union und den gedumpten Einfuhren aus China im Sinne des Artikels 3 Absatz 6 der Grundverordnung besteht. Daher wurden diese Vorbringen zurückgewiesen.

- (94) Da keine neuen Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 261 bis 267 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

5.2. **Auswirkungen sonstiger Faktoren**

5.2.1. *Rückgang des Verbrauchs*

- (95) Da keine Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 269 und 270 der vorläufigen Verordnung getroffenen Feststellungen.

5.2.2. *Einfuhren aus Drittländern*

- (96) Nach der vorläufigen Unterrichtung machte der CNFPIA geltend, dass der ursächliche Zusammenhang zwischen der vom Wirtschaftszweig der Union erlittenen Schädigung und den Einfuhren aus China durch die Einfuhren aus anderen Drittländern aufgehoben sei, da ihr Marktanteil mit dem Marktanteil der chinesischen Einfuhren vergleichbar sei und die Preise der Einfuhren aus anderen Ländern niedriger seien als die der Einfuhren aus China.

- (97) Die Kommission wies darauf hin, dass der Marktanteil der Einfuhren aus anderen Drittländern nicht mit dem der Einfuhren aus der VR China vergleichbar sei, da beide eine entgegengesetzte Entwicklung zeigten. Einerseits stieg der Marktanteil der Einfuhren aus der VR China in die Union im Bezugszeitraum schnell und kontinuierlich, andererseits erreichten die Einfuhren aus anderen Drittländern, wie unter Randnummer 274 der vorläufigen Verordnung ausführlich erläutert, ihren Höhepunkt im Jahr 2021, als der Wirtschaftszweig der Union einen Nachfragespitzenwert verzeichnete, und im Jahr 2022, als die Restnachfrage des Marktes aus dem Vorjahr anhielt. Bis 2023 und im Untersuchungszeitraum ging ihr Marktanteil um 6 Prozentpunkte auf 3 % zurück. Ohne das Vereinigte Königreich ging der Marktanteil anderer Drittländer von 5 % auf 1 % zurück. Das Vorbringen wurde daher zurückgewiesen.

- (98) Da keine neuen Informationen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 271 bis 274 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

5.2.3. *Ausfuhrleistung des Wirtschaftszweigs der Union*

- (99) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 275 bis 278 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

5.2.4. *Gründe für die Schädigung im Jahr 2020*

- (100) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 279 bis 281 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

5.3. **Schlussfolgerung zur Schadensursache**

- (101) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 282 bis 285 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

6. **HÖHE DER MAßNAHMEN**

6.1. **Zielpreisunterbietungsspanne**

- (102) Wie in Erwägungsgrund 62 erläutert, akzeptierte die Kommission das Vorbringen von Kingdecor zu den fehlerhaften Waren. Der Abzug dieser Waren hatte jedoch keine Auswirkungen auf die im Rahmen der vorläufigen Sachaufklärung berechneten Preisunterbietungs- und Zielpreisunterbietungsspannen.

- (103) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 287 bis 296 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

6.2. **Prüfung der angemessenen Spanne zur Beseitigung der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union**

6.3. **Verzerrungen des Rohstoffangebots**

(104) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 298 bis 303 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

6.3.1. *Unionsinteresse nach Artikel 7 Absatz 2b der Grundverordnung*

6.3.1.1. **Kapazitätsreserven im Ausfuhrland**

(105) Nach der endgültigen Unterrichtung brachte der CNFPIA vor, dass die Nichtanwendung der Regel des niedrigeren Zolls nicht gerechtfertigt sei, da keine Bewertung der Auswirkungen der bestehenden Ausfuhrlicenzen der VR China für die Ausfuhr von TiO₂ vorgenommen worden sei. Der CNFPIA behauptete ferner, dass die VR China erhebliche Mengen in andere Länder ausführe und dass dies zeige, dass die Ausfuhrlicenzen keine Auswirkungen gehabt hätten.

(106) Die Kommission stellte fest, dass das Vorliegen von Ausfuhrlicenzen eine der in Artikel 7 Absatz 2a der Grundverordnung ausdrücklich genannten Beschränkungen ist und dass es keine rechtliche Verpflichtung gibt, die Auswirkungen der Beschränkungen als solche zu quantifizieren. In jedem Fall wurde die Tatsache, dass der Preis von TiO₂ auf dem Inlandsmarkt in der VR China etwa halb so hoch war wie der Preis des eingeführten TiO₂ auf allen anderen Märkten, als weiteres starkes Indiz für die Verzerrungen bei diesem Rohstoff angesehen. Die Tatsache, dass die VR China erhebliche Mengen TiO₂ ausfuhrte, belegte nicht, dass die fragliche Beschränkung keine Auswirkungen auf den Inlandsmarkt hatte.

(107) Da keine weiteren Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 305 bis 306 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

6.3.1.2. **Wettbewerb um Rohstoffe**

(108) Nach der vorläufigen Unterrichtung brachte Kingdecor vor, dass die Kommission die Regel des niedrigeren Zolls anwenden sollte, da die Unionshersteller aufgrund der Auswirkungen der geltenden Antidumpingzölle⁽¹⁷⁾ auf diesen Rohstoff und nicht aufgrund der Ausfuhrbeschränkungen in China bei der Beschaffung von Titandioxid („TiO₂“) aus China benachteiligt seien.

(109) Die Kommission wies darauf hin, dass der Stückpreis für Titandioxid in der VR China, wie in Erwägungsgrund 302 der vorläufigen Verordnung erläutert, fast die Hälfte des Stückpreises in repräsentativen Ländern, einschließlich Thailand, betrug, was sich auch in dem von einem der ausführenden Hersteller der Stichprobe vorgelegten Vergleich der Inlands- und Einfuhrpreise für Titandioxid widerspiegelte. Folglich kam die Kommission zu dem Schluss, dass bei Titandioxid eine Verzerrung im Sinne von Artikel 7 Absatz 2a der Grundverordnung vorliegt (Erwägungsgrund 303 der vorläufigen Verordnung).

(110) Daher bestätigte die Kommission ihre Feststellungen in den Erwägungsgründen 307 bis 310 der vorläufigen Verordnung.

6.3.1.3. **Auswirkungen auf die Lieferketten der Unternehmen der Union**

(111) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 311 bis 319 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

6.3.1.4. **Sonstige Faktoren**

(112) Da keine Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 320 und 321 der vorläufigen Verordnung getroffenen Feststellungen.

⁽¹⁷⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2025/4 der Kommission vom 17. Dezember 2024 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Titandioxid mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L, 2025/4, 9.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2025/4/oj).

6.3.2. Schlussfolgerungen zum Unionsinteresse nach Artikel 7 Absatz 2b der Grundverordnung

- (113) Nach der vorläufigen Unterrichtung brachte der CNFPIA vor, dass die Einführung von Antidumpingzöllen zu einer Verknappung des Dekorpapierangebots in der Union führen, die Kosten für Einführer und Verwender in der Union erhöhen und deren Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen werde.
- (114) Erstens betonte die Kommission, dass sie die Ansichten der Verwender bereits in den Erwägungsgründen 314 bis 321 der vorläufigen Verordnung berücksichtigt habe. Die Analyse der Auswirkungen von Antidumpingzöllen auf die Lieferketten für Unternehmen in der Union ergab, dass der Wirtschaftszweig der Union seine Kapazität noch nicht voll ausschöpft und in der Lage sein wird, die künftige Nachfrage zu decken; darüber hinaus schätzte die Kommission, dass deren Produktionskosten im gewichteten Durchschnitt um weniger als 2 % steigen würden, wenn bei ansonsten gleichbleibenden Bedingungen Zölle in vorgeschlagener Höhe eingeführt werden (Erwägungsgrund 328 der vorläufigen Verordnung). Daher wurden diese Vorbringen zurückgewiesen.
- (115) Interprint GmbH brachte vor, dass die Preise der Lieferanten in der Union im Untersuchungszeitraum in einigen Fällen niedriger gewesen seien als die Preise chinesischer Lieferanten, und wirft der Kommission vor, diese Tatsachen außer Acht gelassen zu haben. Die Kommission wies darauf hin, dass die Stellungnahmen von Interprint allgemeiner Natur und unbelegt seien. Die Untersuchung ergab jedoch, dass die Durchschnittspreise der chinesischen Lieferanten durchweg niedriger waren als die Preise des Wirtschaftszweigs der Union, wie auch in der in den Erwägungsgründen 217 bis 219 der vorläufigen Verordnung dargelegten Analyse der Preisunterbietung gezeigt wurde. Das Vorbringen wurde daher zurückgewiesen.
- (116) Die Kommission blieb somit bei ihren Feststellungen in Erwägungsgrund 322 der vorläufigen Verordnung.

7. UNIONSINTERESSE NACH ARTIKEL 21 DER GRUNDVERORDNUNG

7.1. Interesse des Wirtschaftszweigs der Union

- (117) Da keine weiteren Stellungnahmen vorlagen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 323 bis 326 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

7.2. Interesse der Verwender und der unabhängigen Einführer und Händler

- (118) Nach der endgültigen Unterrichtung brachte Interprint vor, dass die Produktionskapazität in der Union im Vergleich zu den Feststellungen zum Untersuchungszeitraum erheblich zurückgegangen sei, dass die Preise für Dekorpapier von Unionsherstellern seit Mitte 2024 im Gegensatz zu den Vorleistungspreisen erheblich gestiegen seien und dass es angesichts der Größe der Verwenderindustrie und der Auswirkungen von Antidumpingzöllen auf die Produktions- und Verkaufspreise nicht im Interesse der Union läge, Maßnahmen gegenüber Dekorpapier aus China einzuführen.
- (119) Die Kommission wies darauf hin, dass Antidumpingmaßnahmen nicht darauf abzielen, die Einfuhren von Dekorpapier aus China zu unterbinden, sondern gleiche Wettbewerbsbedingungen wiederherzustellen. Darüber hinaus spiegelten die Stellungnahmen von Interprint die besondere Situation des Unternehmens wider, und da keine weiteren Stellungnahmen der Verwender eingingen und die unabhängigen Einführer und Händler nicht mitarbeiteten, war die Kommission nicht in der Lage, zu beurteilen, ob die von Interprint vorgelegten Beweise und die Umstände des Unternehmens für den Wirtschaftszweig der Verwender repräsentativ waren. In jedem Fall stünden den Verwendern, unabhängigen Einführern und Händlern neben den Einfuhren von chinesischen ausführenden Herstellern zu nicht gedumpten Preisen auch dann, wenn der Wirtschaftszweig der Union in Zukunft seine Kapazitäten voll auslasten würde, andere Bezugsquellen wie Kanada, Brasilien und Indien zur Verfügung.
- (120) In Bezug auf die Bewertung der Herstellkosten wies die Kommission darauf hin, dass diese unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Antidumpingzölle (unabhängig davon, ob sie in Höhe der Dumpingspanne oder der Schadensspanne festgesetzt wurden) auf die Gesamtherstellkosten berechnet wurden. Für Interprint allein würde der Anstieg weniger als 1 % betragen, während er für die mitarbeitenden Verwender, die einen Verwenderfragebogen ausgefüllt haben, insgesamt weniger als 2 % betragen würde. Darüber hinaus wies die Kommission darauf hin, dass keine unabhängigen Einführer und Händler an dieser Untersuchung mitgearbeitet hatten und dass die Behauptung, die Verwenderindustrie beschäftige wahrscheinlich mehr Personal als der Wirtschaftszweig der Union, allgemein und unbegründet war. Daher wies die Kommission diese Vorbringen zurück.

- (121) Für den Fall, dass Antidumpingzölle bestätigt würden, brachte Interprint vor, dass diese in Höhe der Schadensspanne festgesetzt werden sollten und die Kommission daher angesichts der Auswirkungen auf die Lieferkette die Regel des niedrigeren Zolls anwenden sollte. Um dies zu bewerten, forderte Interprint die Kommission auf, die wahrscheinlichen (und unterschiedlichen) Auswirkungen der Antidumpingmaßnahmen auf der Höhe der Dumping- und Schadensspannen eingehender zu analysieren und zu berücksichtigen, dass die Verwenderindustrie wahrscheinlich mehr Personal beschäftigen würde als der Wirtschaftszweig der Union.
- (122) Schließlich machte Interprint geltend, dass die Kommission, falls sie die Einführung von Antidumpingmaßnahmen beschließen sollte, diese Maßnahmen mit Wirkung vom Tag des Inkrafttretens der endgültigen Maßnahmen aussetzen sollte. Der Grund für eine solche Aussetzung wäre, dass sich die Marktbedingungen aufgrund der im vorstehenden Erwägungsgrund 118 genannten Umstände, die auf eine Verbesserung der Gesamtlage des Wirtschaftszweigs der Union hindeuteten, vorübergehend geändert hätten und dass eine erneute Schädigung aufgrund der Aussetzung der Maßnahmen unwahrscheinlich wäre.
- (123) Die Kommission vertrat die Auffassung, dass die vom Wirtschaftszweig der Union vorgelegten Daten über seine Produktionskapazität und seinen Auslastungsgrad belegten, dass seine Produktionskapazität nach Einleitung der Untersuchung nicht erheblich zurückgegangen war, wie von Interprint behauptet, und dass sein Auslastungsgrad es dem Wirtschaftszweig der Union ermöglichte, den Anstieg der Nachfrage zu decken. Darüber hinaus waren nach der Einleitung der Untersuchung die durchschnittlichen Stückpreise der chinesischen ausführenden Hersteller im Vergleich zum Untersuchungszeitraum gesunken (siehe Erwägungsgrund 146). Außerdem reicht ein angeblicher Preisanstieg der Preise des Wirtschaftszweigs der Union nicht aus, um zu dem Schluss zu gelangen, dass sich die wirtschaftliche Lage des Wirtschaftszweigs der Union nach dem Untersuchungszeitraum verbessert hatte. Daher war das Kriterium, dass eine erneute Schädigung infolge der Aussetzung unwahrscheinlich wäre, angesichts der schwierigen Lage des Wirtschaftszweigs der Union im Untersuchungszeitraum und des anhaltenden Rückgangs der durchschnittlichen Stückpreise der Einfuhren aus China nicht erfüllt.
- (124) Da keine weiteren Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 327 bis 329 der vorläufigen Verordnung dargelegten Schlussfolgerungen.

7.3. Schlussfolgerung zum Unionsinteresse

- (125) Da keine Stellungnahmen eingingen, bestätigte die Kommission ihre in den Erwägungsgründen 330 und 331 der vorläufigen Verordnung getroffenen Feststellungen.

8. ENDGÜLTIGE ANTIDUMPINGMAßNAHMEN

8.1. Endgültige Maßnahmen

- (126) Angesichts der Schlussfolgerungen zu Dumping, Schädigung, Schadensursache, Höhe der Maßnahmen und Unionsinteresse sollten nach Artikel 9 Absatz 4 der Grundverordnung endgültige Antidumpingmaßnahmen eingeführt werden, um eine weitere Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union durch die gedumpten Einfuhren der betroffenen Ware zu verhindern.
- (127) Auf dieser Grundlage sollten folgende endgültige Antidumpingzölle, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, eingeführt werden:

Unternehmen	Dumpingspanne (in %)	Schadensspanne (in %)	Endgültiger Antidumpingzoll (in %)
Hangzhou Huawang New Material Technology Co., Ltd	26,4 %	29,0 %	26,4 %
Kingdecor (Zhejiang) Co., Ltd.	26,9 %	23,0 %	26,9 %
Im Anhang aufgeführte andere mitarbeitende Unternehmen	26,6 %	27,0 %	26,6 %
Alle übrigen Einfuhren mit Ursprung in der VR China	26,9 %	29,0 %	26,9 %

- (128) Die in dieser Verordnung aufgeführten unternehmensspezifischen Antidumpingzollsätze wurden anhand der Feststellungen dieser Untersuchung festgesetzt. Mithin spiegeln sie die Lage der betreffenden Unternehmen während dieser Untersuchung wider. Diese Zollsätze gelten daher ausschließlich für die Einfuhren der untersuchten Ware mit Ursprung im betroffenen Land, die von den namentlich genannten juristischen Personen hergestellt wurden. Einfuhren der betroffenen Ware, die von anderen, nicht im verfügenden Teil dieser Verordnung ausdrücklich genannten Unternehmen, einschließlich der mit den ausdrücklich genannten Unternehmen verbundenen Unternehmen, hergestellt werden, unterliegen nicht diesen Sätzen, sondern dem für „alle übrigen Einfuhren mit Ursprung in der Volksrepublik China“ geltenden Zollsatz.
- (129) Ein Unternehmen kann die Anwendung dieser unternehmensspezifischen Antidumpingzollsätze beantragen, falls es später seinen Namen ändert. Der Antrag ist an die Kommission zu richten⁽¹⁸⁾. Er muss alle maßgeblichen Informationen enthalten, aus denen hervorgeht, dass die Änderung nicht das Recht des Unternehmens berührt, von dem für ihn geltenden Zollsatz zu profitieren. Wenn die Namensänderung des Unternehmens dieses Recht nicht berührt, wird eine Verordnung über die Namensänderung im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.
- (130) Um das aufgrund der unterschiedlichen Zollsätze bestehende Umgehungsrisiko zu minimieren, sind besondere Vorkehrungen zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Erhebung der unternehmensspezifischen Antidumpingzölle erforderlich. Die Anwendung unternehmensspezifischer Antidumpingzölle ist nur möglich, wenn den Zollbehörden der Mitgliedstaaten eine gültige Handelsrechnung vorgelegt wird. Die Rechnung muss den Vorgaben in Artikel 1 Absatz 3 dieser Verordnung entsprechen. Bis eine solche Rechnung vorgelegt wird, sollten die Einfuhren dem Antidumpingzoll unterliegen, der für „alle übrigen Einfuhren mit Ursprung in der Volksrepublik China“ gilt.
- (131) Auch wenn die Vorlage dieser Rechnung erforderlich ist, damit die Zollbehörden der Mitgliedstaaten die unternehmensspezifischen Antidumpingzölle auf die Einfuhren anwenden können, stellt diese Rechnung nicht das einzige von den Zollbehörden zu berücksichtigende Element dar. So sollten die Zollbehörden der Mitgliedstaaten – auch wenn ihnen eine Rechnung vorgelegt wird, die alle in Artikel 1 Absatz 3 dieser Verordnung dargelegten Anforderungen erfüllt – ihre üblichen Prüfungen durchführen, und sie können, wie in allen anderen Fällen, zusätzliche Dokumente (Versandpapiere usw.) verlangen, um die Richtigkeit der Angaben in der Erklärung zu überprüfen und sicherzustellen, dass die anschließende Anwendung des Zollsatzes unter Einhaltung der Zollvorschriften gerechtfertigt ist.
- (132) Sollten sich die Ausfuhren eines der Unternehmen, die in den Genuss niedrigerer unternehmensspezifischer Zollsätze gelangen, nach der Einführung der betreffenden Maßnahmen beträchtlich erhöhen, so könnte allein schon der mengenmäßige Anstieg als Veränderung des Handelsgefüges aufgrund der Einführung von Maßnahmen im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 der Grundverordnung interpretiert werden. Unter diesen Umständen kann, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, eine Umgehungsuntersuchung eingeleitet werden. Im Rahmen dieser Untersuchung kann unter anderem geprüft werden, ob es notwendig ist, den/die individuellen Zollsatz/Zollsätze aufzuheben und stattdessen einen landesweiten Zoll einzuführen.
- (133) Damit die ordnungsgemäße Einziehung der Antidumpingzölle gewährleistet ist, sollte der Antidumpingzoll für alle anderen Einfuhren mit Ursprung in der Volksrepublik China nicht nur für die ausführenden Hersteller mit mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit bei dieser Untersuchung gelten, sondern auch für die Hersteller, die im Untersuchungszeitraum keine Ausfuhren in die Union getätigt haben.
- (134) Ausführende Hersteller, die die betroffene Ware im Untersuchungszeitraum nicht in die Union ausgeführt haben, sollten bei der Kommission beantragen können, dass der Antidumpingzollsatz für mitarbeitende, aber nicht in die Stichprobe einbezogene Unternehmen angewandt wird. Die Kommission sollte diesem Antrag stattgeben, sofern drei Bedingungen erfüllt sind. Der neue ausführende Hersteller muss nachweisen, dass i) er die betroffene Ware im Untersuchungszeitraum nicht in die Union ausgeführt hat, ii) er nicht mit einem ausführenden Hersteller verbunden ist, der die betroffene Ware im Untersuchungszeitraum in die Union ausgeführt hat, und iii) er die betroffene Ware danach ausgeführt hat oder eine unwiderrufliche vertragliche Verpflichtung dazu in erheblichen Mengen eingegangen ist.

⁽¹⁸⁾ E-Mail: TRADE-TDI-NAME-CHANGE-REQUESTS@ec.europa.eu; Europäische Kommission, Generaldirektion Handel, Direktion G, Rue de la Loi/Wetstraat 170, 1040 Brüssel, Belgien.

8.2. Endgültige Vereinnahmung der vorläufigen Zölle

- (135) Angesichts der festgestellten Dumpingspannen und des Ausmaßes der dadurch verursachten Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union sollten die Sicherheitsleistungen für die mit der vorläufigen Verordnung eingeführten vorläufigen Antidumpingzölle bis zu der mit dieser Verordnung festgesetzten Höhe endgültig vereinnahmt werden.

8.3. Rückwirkung

- (136) Wie in Abschnitt 1.2 erwähnt, veranlasste die Kommission die zollamtliche Erfassung von Einfuhren der untersuchten Ware.
- (137) Wie in Erwägungsgrund 341 der vorläufigen Verordnung dargelegt, konnte die Kommission in dieser Phase der Untersuchung keine Entscheidung über eine mögliche rückwirkende Anwendung von Antidumpingmaßnahmen treffen. Daher muss die Kommission nach Artikel 10 Absatz 4 der Grundverordnung entscheiden, ob endgültige Antidumpingmaßnahmen rückwirkend auf die Einfuhren im Zeitraum der zollamtlichen Erfassung erhoben werden sollen.
- (138) Im Rahmen der endgültigen Sachaufklärung wurden die im Kontext der zollamtlichen Erfassung erhobenen Daten ausgewertet. Die Kommission prüfte, ob die Kriterien für die rückwirkende Vereinnahmung endgültiger Zölle nach Artikel 10 Absatz 4 der Grundverordnung erfüllt waren.
- (139) Die vier kumulativen Kriterien für die Vereinnahmung von Zöllen im Zeitraum der zollamtlichen Erfassung sind in Artikel 10 Absatz 4 der Grundverordnung festgelegt.
- (140) Die Bedingung aus Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe a der Grundverordnung ist erfüllt, da die Einfuhren nach Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung zollamtlich erfasst wurden.
- (141) Die Einführer erhielten nach der Veröffentlichung der Erfassungsverordnung sowie der vorläufigen Verordnung nach Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe b der Grundverordnung Gelegenheit zur Stellungnahme.
- (142) Nach Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe c der Grundverordnung muss „schon früher Dumping über einen längeren Zeitraum“ vorgelegen haben oder der Einführer muss „nach dem Ausmaß des Dumpings und der angeblichen oder festgestellten Schädigung von dem Dumping Kenntnis“ gehabt haben oder haben müssen.
- (143) Ferner muss nach Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe d der Grundverordnung „zusätzlich zu der Höhe der Einfuhren, die die Schädigung im Untersuchungszeitraum verursachten, ein erheblicher Anstieg der Einfuhren“ zu verzeichnen sein, der in Anbetracht der Zeitspanne und des Volumens und sonstiger Umstände die Abhilfewirkung des anzuwendenden endgültigen Antidumpingzolls wahrscheinlich ernsthaft untergraben wird.
- (144) Nach den vorläufigen Maßnahmen brachten die Antragsteller vor, dass alle Bedingungen für die rückwirkende Erhebung von Zöllen erfüllt seien und dass die chinesischen Dekorpapiereinfuhren in die Union nach dem Ende des UZ und seit der Einleitung der Dekorpapieruntersuchung im Juni 2024 erheblich gestiegen seien. Die Einfuhrmengen für 2024 wurden vom Antragsteller auf der Grundlage der Differenz zwischen den Einfuhrmengen unter den KN-Codes 48025400, 480255, 48059100 und 48116000 und den in der Untersuchung der Kommission für den Zeitraum 2020-UZ ermittelten Einfuhrmengen für Dekorpapier berechnet.
- (145) Die Analyse der Kommission ergab allerdings keinen erheblichen Anstieg der Einfuhren zusätzlich zu der Höhe der Einfuhren, die die Schädigung im Untersuchungszeitraum verursachten, wie in Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe d der Grundverordnung vorgeschrieben. Für diese Analyse verglich die Kommission die durchschnittlichen monatlichen Einfuhrmengen der betroffenen Ware im Untersuchungszeitraum⁽¹⁹⁾ mit den durchschnittlichen monatlichen Einfuhrmengen im Zeitraum ab dem Monat nach der Einleitung dieser Untersuchung bis zum letzten vollen Monat vor der Einführung der vorläufigen Maßnahmen. Auch beim Vergleich der durchschnittlichen monatlichen Einfuhrmengen der betroffenen Ware im Untersuchungszeitraum mit den durchschnittlichen monatlichen Einfuhrmengen im Zeitraum ab dem Monat nach der Einleitung dieser Untersuchung bis einschließlich zu dem Monat, in dem die vorläufigen Maßnahmen eingeführt wurden, konnte kein weiterer wesentlicher Anstieg festgestellt werden:

⁽¹⁹⁾ Die Methode zur Berechnung der durchschnittlichen monatlichen Einfuhrmengen der betroffenen Ware im Untersuchungszeitraum entsprach der in der vorläufigen Verordnung angewandten Methode (Fußnote 125). Auf die mitarbeitenden ausführenden Hersteller entfielen 90 % der Einfuhren im Untersuchungszeitraum. Daher wurde die Einfuhrmenge berichtigt, indem 10 % zu den von den in die Stichprobe einbezogenen chinesischen ausführenden Herstellern angegebenen Werten hinzuaddiert wurden.

Tabelle 1

Vergleich mit dem vollständigen UZ	Menge (kg)	Monatlicher Durchschnitt	Durchschnittspreis (in EUR/kg)	Volumenänderung gegenüber dem UZ	Veränderung des durchschnittlichen Einheitspreises gegenüber dem UZ
UZ ⁽¹⁾	23 615 753	1 967 979	1,93	-	-
Zeitraum B1 (Juli 2024-September 2024) ⁽²⁾	1 501 280	500 427	1,49	- 75 %	- 23 %
Zeitraum B2 (Juli 2024-Januar 2025)	4 189 398	598 485	1,65	- 70 %	- 15 %

Quelle: Eurostat

(¹) Wie in Erwägungsgrund 62 dargelegt, akzeptierte die Kommission nach den Vorbringen von Kingdecor ein Vorbringen. Dies wirkte sich somit auf die Gesamtmengen und den Durchschnittspreis aus, die für die Einfuhren aus der VR China berechnet wurden.

(²) Die Kommission legte den Zeitraum B1 so fest, dass er mit dem ersten vollen Monat nach der Einleitung beginnt und mit dem letzten vollen Monat endet, in dem die vorläufige Verordnung veröffentlicht wurde. Anschließend untersuchte die Kommission auch den Zeitraum B2, der im ersten vollen Monat nach der Einleitung begann und im Monat vor dem Inkrafttreten vorläufiger Maßnahmen endete.

(146) Beim Vergleich der beiden Zeiträume (B1 oder B2) mit dem gesamten Untersuchungszeitraum sanken die durchschnittlichen Einfuhrmengen aus China, und zwar um rund 70 bis 75 %, während die Preise zwischen 15 und 23 % zurückgingen.

Tabelle 2

Vergleich der gleichen Zeiträume	Menge (kg)	Monatlicher Durchschnitt	Durchschnittspreis (in EUR/kg)	Veränderung des Volumens im UZ	Veränderung des durchschnittlichen Stückpreises im UZ
UZ gleicher Zeitraum B1 (Juli 2023-September 2023)	5 559 532	1 853 177	1,99	—	—
Zeitraum B1 (Juli 2024-September 2024)	1 501 280	500 427	1,49	- 73 %	- 25 %
UZ gleicher Zeitraum B2 (Juli 2023-Januar 2024)	12 237 081	1 748 154	1,93	—	—
Zeitraum B2 (Juli 2024-Januar 2025)	4 189 398	598 485	1,65	- 66 %	- 15 %

Quelle: Eurostat

- (147) Für den Zeitraum ab dem ersten vollen Monat nach der Einleitung der Untersuchung und einschließlich des Monats, in dem die Kommission die zollamtliche Erfassung der Einfuhren von Dekorpapier vorgenommen hat (d. h. Juli 2024 bis September 2024), ergab sich eine durchschnittliche monatliche Einfuhrmenge von 500 427 kg, was 73 % unter dem Monatsdurchschnitt im selben Zeitraum des Untersuchungszeitraums liegt.
- (148) Der Vergleich vom ersten vollen Monat nach der Einleitung bis zu dem Monat, in dem vorläufige Maßnahmen eingeführt wurden (d. h. Juli 2024 bis Januar 2025), ergab ebenfalls einen Rückgang der Einfuhren aus China um 66 % im Vergleich zum monatlichen Durchschnitt im selben Zeitraum des Untersuchungszeitraums.
- (149) Wie bereits in Erwägungsgrund 145 dargelegt, zeigen beide Analysen, dass die Einfuhrmengen nach der Einleitung des Verfahrens nicht wesentlich gestiegen sind.
- (150) Daher kam die Kommission zu dem Schluss, dass die vier kumulativen Bedingungen für eine rückwirkende Erhebung nicht erfüllt sind.

9. SCHLUSSBESTIMMUNG

- (151) Nach Artikel 109 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁰⁾ wird, wenn ein Betrag infolge einer Entscheidung des Gerichtshofes der Europäischen Union erstattet werden muss, der von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegte Zinssatz angewandt, der am ersten Kalendertag jedes Monats im *Amtsblatt der Europäischen Union*, Reihe C, veröffentlicht wird.
- (152) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen stehen im Einklang mit der Stellungnahme des mit Artikel 15 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/1036 eingesetzten Ausschusses —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Auf die Einfuhren von Dekorpapier, das derzeit in die KN-Codes ex 4802 54 00, ex 4802 55, ex 4805 91 00 und ex 4811 60 00 (TARIC-Codes 4802 54 00 10, 4802 55 15 10, 4802 55 25 10, 4802 55 30 10, 4802 55 90 10, 4805 91 00 10 und 4811 60 00 10) eingereiht wird und folgende Eigenschaften aufweist, wird ein endgültiger Antidumpingzoll eingeführt:
- ein Quadratmetergewicht von 30-150 g, ein Aschegehalt zwischen 5 % und 50 %,
 - eine Saughöhe nach Klemm von mindestens 12 mm pro 10 Minuten oder eine Harzaufnahme von 20 % bis 200 %,
 - eine Nassfestigkeit von 6 bis 12 Newton (N) je 15 mm,
 - eine Luftdurchlässigkeit nach Gurley von 3 bis 80 Sekunden je 100 ml,
 - eine Glätte nach Bekk von 20 bis 300,
 - in Rollen mit einer Breite von bis zu 300 cm,
 - auch vorimprägniert mit einer Kombination aus Latex oder natürlichen Bindemitteln (z. B. Stärke),
 - ausgenommen Papiertapeten und ähnliche Wandverkleidungen,
 - ausgenommen mit Lösungen aus Melaminharz, Harnstoffharz, Phenolharz oder aus anderen duroplastischen oder thermoplastischen Harzen gesättigtes Papier,
 - und mit Ursprung in der Volksrepublik China.
- (2) Für die in Absatz 1 beschriebenen und von den nachstehend aufgeführten Unternehmen hergestellten Waren gelten folgende endgültige Antidumpingzollsätze auf den Nettopreis frei Grenze der Union, unverzollt:

Unternehmen	Endgültiger Antidumpingzoll	TARIC-Zusatzcode
Hangzhou Huawang New Material Technology Co., Ltd	26,4 %	89LJ
Kingdecor (Zhejiang) Co., Ltd.	26,9 %	89LK
In Anhang I aufgeführte andere mitarbeitende Unternehmen	26,6 %	
Alle übrigen Einfuhren mit Ursprung in der VR China	26,9 %	8999

⁽²⁰⁾ Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L, 2024/2509, 26.9.2024).

(3) Die Anwendung der unternehmensspezifischen Zollsätze für die in Absatz 2 genannten Unternehmen setzt voraus, dass den Zollbehörden der Mitgliedstaaten eine gültige Handelsrechnung vorgelegt wird; diese muss eine Erklärung enthalten, die von einer dafür zuständigen, mit Name und Funktion ausgewiesenen Person des rechnungsstellenden Unternehmens datiert und unterzeichnet wurde und folgenden Wortlaut hat: „Der/Die Unterzeichnete versichert, dass die auf dieser Rechnung aufgeführten und zur Ausfuhr in die Europäische Union verkauften [Menge in der verwendeten Einheit] [betroffene Ware] von [Name und Anschrift des Unternehmens] ([TARIC-Zusatzcode]) in [betroffenes Land] hergestellt wurden und dass die Angaben auf dieser Rechnung vollständig und richtig sind.“ Bis zur Vorlage dieser Rechnung gilt der für alle übrigen Einfuhren mit Ursprung in der Volksrepublik China geltende Zollsatz.

(4) Sofern nichts anderes bestimmt ist, finden die geltenden Zollvorschriften Anwendung.

Artikel 2

Die Sicherheitsleistungen nach Maßgabe der Durchführungsverordnung (EU) 2025/291 der Kommission werden endgültig vereinnahmt. Die Sicherheitsleistungen, die die endgültigen Antidumpingzölle übersteigen, werden freigegeben.

Artikel 3

Artikel 1 Absatz 2 kann geändert werden, um neue ausführende Hersteller aus der Volksrepublik China hinzuzufügen und für sie den entsprechenden gewogenen durchschnittlichen Antidumpingzollsatz für mitarbeitende, aber nicht in die Stichprobe einbezogene Unternehmen einzuführen. Ein neuer ausführender Hersteller muss Beweise dafür vorlegen, dass

- a) er die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Waren im Untersuchungszeitraum (1. April 2023 bis 31. März 2024) nicht ausgeführt hat,
- b) er nicht mit einem Ausführer oder Hersteller verbunden ist, der den mit dieser Verordnung eingeführten Maßnahmen unterliegt und der bei der Ausgangsuntersuchung hätte mitarbeiten können, und dass
- c) er die betroffene Ware nach dem Ende des Untersuchungszeitraums tatsächlich in die Union ausgeführt hat oder eine unwiderrufliche vertragliche Verpflichtung zur Ausfuhr einer bedeutenden Menge in die Union eingegangen ist.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. August 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Andere mitarbeitende Unternehmen

Name des Unternehmens	TARIC-Zusatzcode
Sunshine Oji (Shouguang) Specialty Paper Co., Ltd	89LL
ZIBO OU-MU SPECIAL PAPER CO., LTD	89LM
Winbon Technocell New Materials Co., Ltd.	89LN



2025/1718

6.8.2025

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/1718 DER KOMMISSION

vom 5. August 2025

zur zollamtlichen Erfassung der Einfuhren von 1,4-Butandiol mit Ursprung in der Volksrepublik China, Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten von Amerika

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽¹⁾ (im Folgenden „Grundverordnung“), insbesondere auf Artikel 14 Absatz 5,

nach Unterrichtung der Mitgliedstaaten,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 6. Juni 2025 veröffentlichte die Europäische Kommission (im Folgenden „Kommission“) im *Amtsblatt der Europäischen Union* eine Bekanntmachung über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von 1,4-Butandiol mit Ursprung in der Volksrepublik China, Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten von Amerika in die Union ⁽²⁾.
- (2) Dieses Verfahren wurde auf einen Antrag hin eingeleitet, der am 24. April 2025 von INEOS Solvents SA im Namen von Herstellern eingereicht wurde, auf die mehr als 25 % der gesamten Unionsproduktion von 1,4-Butandiol entfallen.

1. ZOLLAMTLICH ZU ERFASSENDE WARE

- (3) Bei der zollamtlich zu erfassenden Ware (im Folgenden „betroffene Ware“) handelt es sich um 1,4-Butandiol, das in der Regel unter der CAS-Nummer 110-63-4 des Chemical Abstracts Service erfasst und in der Regel im Europäischen Verzeichnis der auf dem Markt vorhandenen chemischen Stoffe (EINECS) in die EG-Nummer 203-786-5 und derzeit in die KN-Codes 2905 39 26 und 2905 39 28 eingereiht wird. Die KN-Codes werden nur informationshalber und unbeschadet einer späteren Änderung der zolltariflichen Einreihung angegeben.

2. ZOLLAMTLICHE ERFASSUNG

- (4) Nach Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung können die Einfuhren der betroffenen Ware zollamtlich erfasst werden, damit, falls die Untersuchungsergebnisse zur Einführung von Antidumpingzöllen führen, diese Zölle bei Erfüllung der nötigen Voraussetzungen nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften rückwirkend auf die zollamtlich erfassten Einfuhren erhoben werden können.
- (5) Die Kommission hat nach Artikel 14 Absatz 5 der Grundverordnung auf eigene Initiative beschlossen, die Einfuhren der betroffenen Ware zollamtlich zu erfassen. Die Voraussetzungen für die rückwirkende Erhebung von Zöllen werden in der etwaigen Verordnung zur Einführung endgültiger Zölle geprüft.
- (6) Eine etwaige künftige Zollschuld ergibt sich aus den Feststellungen der Antidumpinguntersuchung.
- (7) Den im Antrag auf Einleitung einer Antidumpinguntersuchung bereitgestellten Berechnungen zufolge werden bei der betroffenen Ware für den Zeitraum vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2024 die Dumpingspanne auf 27 % bis 87 % und die Schadensbeseitigungsschwelle auf [70 % bis 115 %] ⁽³⁾ geschätzt. Der Betrag der möglichen künftigen Zollschuld würde nach Artikel 7 Absatz 2 der Grundverordnung üblicherweise in Höhe des jeweils niedrigeren der beiden genannten Werte festgesetzt.

⁽¹⁾ ABL L 176 vom 30.6.2016, S. 21, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1036/oj>.

⁽²⁾ ABL C, C/2025/3135, 6.6.2025, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2025/3135/oj>.

⁽³⁾ Aus Gründen der Vertraulichkeit werden die Beträge in Spannen angegeben.

- (8) Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Kommission jedoch nicht in der Lage, den Betrag der möglichen zukünftigen Zollschild zu schätzen. Die im Antrag genannten Beträge dienen somit nur Informationszwecken und können keine Erwartungen hinsichtlich der tatsächlichen Höhe der Zollschild begründen, die sich aus der Untersuchung ergeben wird.

3. VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

- (9) Alle im Rahmen dieser zollamtlichen Erfassung erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁴⁾ verarbeitet —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die Zollbehörden werden nach Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2016/1036 angewiesen, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Einfuhren von 1,4-Butandiol, das in der Regel unter der CAS-Nummer 110-63-4 des Chemical Abstracts Service erfasst und in der Regel im Europäischen Verzeichnis der auf dem Markt vorhandenen chemischen Stoffe (EINECS) in die EG-Nummer 203-786-5 und derzeit in die KN-Codes 2905 39 26 und 2905 39 28 eingereiht wird und seinen Ursprung in der Volksrepublik China, Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten von Amerika hat, in die Union zollamtlich zu erfassen.

(2) Die zollamtliche Erfassung endet neun Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. August 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

⁽⁴⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union und zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj>).



2025/1725

6.8.2025

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/1725 DER KOMMISSION

vom 4. August 2025

**zur Änderung des Anhangs I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 mit besonderen
Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 71 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Afrikanische Schweinepest ist eine ansteckende Viruserkrankung, die gehaltene Schweine und Wildschweine befällt und schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffene Tierpopulation sowie die Rentabilität der Landwirtschaft haben kann, was zu Störungen bei Verbringungen von Sendungen dieser Tiere und daraus gewonnener Erzeugnisse innerhalb der Union sowie bei Ausfuhren dieser Sendungen in Drittländer führen kann.
- (2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 der Kommission ⁽²⁾ enthält besondere Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest, die für einen begrenzten Zeitraum von den Mitgliedstaaten, die in deren Anhängen I und II gelistet sind oder die über in den genannten Anhängen gelistete Gebiete verfügen (im Folgenden „betroffene Mitgliedstaaten“), anzuwenden sind. Die genannte Durchführungsverordnung enthält Vorschriften für die Listung auf Unionsebene von Sperrzonen I, II und III nach Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest in Anhang I sowie Vorschriften für die Listung auf Unionsebene nach einem Ausbruch dieser Seuche in einem zuvor seuchenfreien Mitgliedstaat oder einer zuvor seuchenfreien Zone in Anhang II der genannten Verordnung.
- (3) Nachdem sich die Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Kroatien und Polen geändert hatte, wurde Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 zuletzt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2025/1543 der Kommission ⁽³⁾ geändert.
- (4) Seit dem Erlass der Durchführungsverordnung (EU) 2025/1543 wurden neue Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in Italien und Polen sowie Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in Kroatien, Estland, Lettland, Litauen und Polen gemeldet.
- (5) Änderungen an der Listung der Sperrzonen I, II und III in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 müssen sich auf die Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in den von dieser Seuche betroffenen Gebieten, die allgemeine Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in dem betroffenen Mitgliedstaat sowie auf das Risikoniveau hinsichtlich der weiteren Ausbreitung dieser Seuche stützen. Sperrzonen stützen sich auch auf wissenschaftlich anerkannte Grundsätze und Kriterien für die geografische Abgrenzung von Zonen aufgrund der Afrikanischen Schweinepest gemäß der Bekanntmachung der Kommission über die Leitlinien für die Prävention, Bekämpfung und Tilgung der Afrikanischen Schweinepest in der Union (ASP-Leitlinien) und tragen internationalen Standards wie dem Gesundheitskodex für Landtiere der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) sowie den von den zuständigen Behörden des betroffenen Mitgliedstaats vorgelegten Begründungen für die Abgrenzung der Zonen Rechnung.

⁽¹⁾ ABL L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 der Kommission vom 16. März 2023 mit besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 (ABL L 79 vom 17.3.2023, S. 65, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2023/594/oj).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2025/1543 der Kommission vom 23. Juli 2025 zur Änderung des Anhangs I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 mit besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest (ABL L 2025/1543, 25.7.2025, http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2025/1543/oj).

- (6) Im Juli 2025 wurde ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in der Gespanschaft Osječko-Baranjska in Kroatien in einem in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone I gelisteten Gebiet festgestellt. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Zum Zweck der Sicherstellung der territorialen Kontinuität gemäß Artikel 7 Absatz 2 der genannten Durchführungsverordnung sollte dieses Gebiet in Kroatien, das derzeit als Sperrzone I gelistet und von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, in dem genannten Anhang daher nun stattdessen als Sperrzone III gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen III und I neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.
- (7) Außerdem wurden im Juli 2025 mehrere Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in den Kreisen Tartu und Rapla in Estland in Gebieten festgestellt, die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzonen II gelistet sind. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Daher sollten diese derzeit als Sperrzonen II aufgeführten Gebiete in Estland, die von diesen jüngsten Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest betroffen sind, in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzonen III aufgeführt werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen II neu festgelegt werden, um diesen Ausbrüchen Rechnung zu tragen.
- (8) Außerdem wurden im Juli 2025 zwei Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in den Regionen Toskana und Emilia-Romagna in Italien in Gebieten festgestellt, die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzonen II gelistet sind, sich aber in unmittelbarer Nähe von Gebieten befinden, die in dem genannten Anhang als Sperrzone I gelistet sind. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Diese derzeit als Sperrzonen I gelisteten Gebiete in Italien sollten in dem genannten Anhang daher nun stattdessen als Sperrzonen II gelistet werden; zudem müssen auch die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen II und I neu festgelegt werden, um diesen Ausbrüchen Rechnung zu tragen.
- (9) Darüber hinaus wurde im Juli 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen im Bezirk Bauskas in Lettland in einem in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone II gelisteten Gebiet festgestellt. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dieses derzeit als Sperrzone II gelistete Gebiet in Lettland, das von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, sollte in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone III gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzone II neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.
- (10) Außerdem wurde im Juli 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in der Gemeinde Šiauliai in Litauen in einem in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone II gelisteten Gebiet festgestellt. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dieses derzeit als Sperrzone II gelistete Gebiet in Litauen, das von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, sollte in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone III gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzone II neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.
- (11) Außerdem wurde im Juli 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in der Gemeinde Šiauliai in Litauen in einem in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone I gelisteten Gebiet festgestellt. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Zum Zweck der Sicherstellung der territorialen Kontinuität gemäß Artikel 7 Absatz 2 der genannten Durchführungsverordnung sollte dieses Gebiet in Litauen, das derzeit als Sperrzone I gelistet und von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, in dem genannten Anhang daher nun stattdessen als Sperrzone III gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzone I neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.

- (12) Darüber hinaus wurde im Juli 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in der Woiwodschaft Pommern in Polen in einem Gebiet festgestellt, das in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone I gelistet ist. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Zum Zweck der Sicherstellung der territorialen Kontinuität gemäß Artikel 6 Absatz 2 der genannten Durchführungsverordnung sollte dieses Gebiet in Polen, das derzeit als Sperrzone I gelistet und von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, in dem genannten Anhang daher nun stattdessen als Sperrzone II gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen II und I neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.
- (13) Schließlich wurde im Juli 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in der Woiwodschaft Westpommern in Polen in einem Gebiet festgestellt, das in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone II gelistet ist. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dieses derzeit als Sperrzone II gelistete Gebiet in Polen, das von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, sollte in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone II gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen II und I neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.
- (14) Um den jüngsten Entwicklungen der Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union Rechnung zu tragen und die mit der Ausbreitung dieser Seuche verbundenen Risiken proaktiv anzugehen, sollten in Kroatien, Estland, Lettland, Litauen, Italien und Polen neue, ausreichend große Sperrzonen abgegrenzt und als Sperrzonen I, II und III in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelistet werden.
- (15) Da sich die Lage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union laufend ändert, wurde bei der Abgrenzung dieser neuen Sperrzonen der Seuchenlage in den umliegenden Gebieten Rechnung getragen.
- (16) Angesichts der Dringlichkeit der Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest ist es wichtig, dass die mit der vorliegenden Verordnung an Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 vorzunehmenden Änderungen so bald wie möglich wirksam werden.
- (17) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594

Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 erhält die Fassung des Anhangs der vorliegenden Verordnung.

*Artikel 2***Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 4. August 2025

Für die Kommission

Die Präsidentin

Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 erhält folgende Fassung:

„ANHANG I

SPERRZONEN I, II UND III

TEIL I

1. Deutschland

Die folgenden Sperrzonen I in Deutschland:

Bundesland Brandenburg:

— Landkreis Märkisch-Oderland:

- Gemeinde Bleyen-Genschmar mit Teilen der Gemarkungen Bleyen und Genschmar, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Küstriner Vorland mit der Gemarkung Neu Manschnow und mit Teilen der Gemarkungen Gorgast, Manschnow und Küstrin-Kietz,
- Gemeinde Alt Tucheband mit Teilen der Gemarkung Rathstock,
- Gemeinde Reitwein mit Teilen der Gemarkung Reitwein,
- Gemeinde Podelzig mit Teilen der Gemarkung Podelzig,
- Gemeinde Lebus mit Teilen der Gemarkungen Lebus und Wüste Kunersdorf,
- Stadt Bad Freienwalde mit den Gemarkungen Altgietzen, Hohenwutzen, Hohensaaten und mit Teilen der Gemarkungen Bralitz, Schiffmühle und Neuenhagen,
- Gemeinde Oderaue mit den Gemarkungen Neuküstrinchen, Neurüdnitz, Zäckericker Loose und mit Teilen der Gemarkungen Neuranft, Neuwustrow, Altwustrow, Neureetz und Altreetz,
- Gemeinde Neulewin mit der Gemarkung Güstebieser Loose und mit Teilen der Gemarkungen Neulietzegöricke, Karlshof, Kerstenbruch und Neulewin,
- Gemeinde Letschin mit Teilen der Gemarkungen Ortwig, Neubarnim, Zelliner Loose, Mehrin Graben, Ortwig Graben, Sophienthal, Kienitz und Groß Neuendorf, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Zechin mit Teilen der Gemarkung Zechin,

— Landkreis Barnim:

- Gemeinde Lunow-Stolzenhagen,
- Gemeinde Parsteinsee,
- Gemeinde Oderberg,
- Gemeinde Liepe,
- Gemeinde Hohenfinow (nördlich der B167),
- Gemeinde Niederfinow,

- Gemeinde (Stadt) Eberswalde mit den Gemarkungen Eberswalde nördlich der B167 und östlich der L200, Sommerfelde und Tornow nördlich der B167,
- Gemeinde Chorin mit den Gemarkungen Brodowin, Chorin östlich der L200, Serwest, Neuehütte, Buchholz, Sandkrug östlich der L200,
- Gemeinde Ziethen,
- Landkreis Uckermark:
 - Stadt Schwedt/Oder mit den Gemarkungen Briest, Passow, Schönow, Grünow, Schönermark, Landin nördlich der B2, Felchow westlich der B2,
 - Gemeinde Angermünde mit den Gemarkungen Frauenhagen, Mürow, Angermünde nördlich und nordwestlich der B2, Dobberzin nördlich der B2, Kerkow, Welsow, Bruchhagen, Greiffenberg, Günterberg, Biesenbrow, Görlsdorf, Wolletz und Altkünkendorf,
 - Gemeinde Zichow,
 - Gemeinde Casekow mit den Gemarkungen Blumberg, Wartin, Luckow-Petershagen und den Gemarkungen Biesendahlshof und Casekow westlich der L272 und nördlich der L27,
 - Gemeinde Hohenselchow-Groß Pinnow mit der Gemarkung Hohenselchow nördlich der L27,
 - Gemeinde Tantow,
 - Gemeinde Mescherin mit der Gemarkung Radekow, der Gemarkung Rosow südlich der K 7311 und der Gemarkung Neurochlitz westlich der B2,
 - Gemeinde Gartz (Oder) mit der Gemarkung Geesow westlich der B2 sowie den Gemarkungen Gartz und Hohenreinkendorf nördlich der L27 und der B2 bis zur Kastanienallee, dort links abbiegend dem Schülerweg folgend bis Höhe Bahnhof, von hier in östlicher Richtung den Salveybach kreuzend bis zum Tantower Weg, diesen in nördlicher Richtung bis zu Stettiner Straße, diese weiter folgend bis zur B2, dieser in nördlicher Richtung folgend,
 - Gemeinde Pinnow nördlich und westlich der B2,
- Landkreis Oder-Spree:
 - Gemeinde Brieskow-Finkenheerd mit Teilen der Gemarkung Brieskow-Finkenheerd,
 - Stadt Eisenhüttenstadt mit Teilen der Gemarkung Eisenhüttenstadt,
 - Gemeinde Lawitz mit Teilen der Gemarkung Lawitz,
 - Gemeinde Neißemünde mit den Gemarkungen Breslack, Coschen, Ratzdorf und Teilen der Gemarkung Wellmitz,
 - Gemeinde Neuzelle mit der Gemarkung Steinsdorf und Teilen der Gemarkung Neuzelle,
 - Gemeinde Vogelsang mit Teilen der Gemarkung Vogelsang,
 - Gemeinde Wiesenau mit Teilen der Gemarkung Wiesenau,
 - Gemeinde Ziltendorf mit Teilen der Gemarkung Ziltendorf,
- Teile der kreisfreien Stadt Frankfurt/Oder,
- Teile der kreisfreien Stadt Cottbus mit Teilen der Gemarkungen Kiekebusch, Kahren, Gallinchen und Groß Gaglow,

- Landkreis Spree-Neiße:
 - Gemeinde Kolkwitz mit Teilen der Gemarkungen Hänchen und Klein Gaglow,
 - Gemeinde Schenkendöbern mit Teilen der Gemarkungen Grano, Schenkendöbern, Atterwasch, Kerkwitz und Groß Gastrose,
 - Gemeinde Guben mit Teilen der Gemarkung Guben und den Gemarkungen Bresinchen, Deulowitz und Schlagsdorf,
 - Gemeinde Jänschwalde mit Teilen der Gemarkung Griefen,
 - Stadt Forst mit Teilen der Gemarkungen Horno, Briesnig, Weißagk, Klein Bademeusel, Bohrau, Groß Bademeusel, Forst (Lausitz) und Naundorf und den Gemarkungen Mulknitz, Klein Jamno und Groß Jamno,
 - Gemeinde Wiesengrund mit Teilen der Gemarkung Gosda und Jethe und den Gemarkungen Gahry, Trebendorf und Mattendorf,
 - Gemeinde Neuhausen/Spree mit Teilen der Gemarkungen Roggosen und Sergen und den Gemarkungen Groß Döbbern, Klein Döbbern, Groß Oßnig, Frauendorf, Koppatz, Komptendorf, Gablenz, Drieschnitz, Kahsel, Bagenz, Neuhausen und Laubsdorf,
 - Gemeinde Groß Schacksdorf-Simmersdorf,
 - Gemeinde Neiße-Malxetal mit den Gemarkungen Preschen, Jochsdorf, Klein Kölzig, Groß Kölzig und Teile der Gemarkung Järischke,
 - Gemeinde Jämlitz-Klein Düben mit einem Teil der Gemarkung Jämlitz,
 - Gemeinde Tschernitz mit einem Teil der Gemarkung Tschernitz,
 - Gemeinde Döbern mit einem Teil der Gemarkung Döbern,
 - Gemeinde Felixsee mit der Gemarkung Bloischdorf und Teilen der Gemarkungen Bohlsdorf, Klein Loitz, Friedrichshain und Reuthen,
 - Gemeinde Spremberg mit den Gemarkungen Hornow, Wadelsdorf, Groß Luja, Türkendorf, Sellessen, Bühlow, Groß Buckow, Klein Buckow, Straußdorf, Radewise, Stradow und Wolkenberg und Teilen der Gemarkungen Schönheide, Graustein, Spremberg, Terpe, Pulsberg und Jessen,
 - Gemeinde Welzow mit der Gemarkung Welzow und mit Teilen der Gemarkungen Haidemühl und Proschim,
 - Gemeinde Drebkau mit den Gemarkungen Jehserig und Kausche und mit Teilen der Gemarkungen Schorbus, Leuthen, Laubst, Drebkau und Domsdorf,
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz:
 - Gemeinde Schwarzheide,
 - Gemeinde Schipkau mit den Gemarkungen Annahütte, Drochow, Klettwitz, Meuro und Schipkau,
 - Gemeinde Großräschen mit den Gemarkungen Saalhausen, Barzig, Freienhufen, Großräschen, Woschkow, Dörrwalde und Allmosen,
 - Teil der Gemeinde Frauendorf,
 - Gemeinde Ruhland mit einem Teil der Gemarkung Arnisdorf,
 - Gemeinde Hermsdorf mit Teilen der Gemarkungen Hermsdorf und Jannowitz,
 - Teil der Gemeinde Kroppen,

- Gemeinde Ortrand mit der Gemarkung Ortrand und einem Teil der Gemarkung Burkersdorf,
- Gemeinde Großmehlen mit Teilen der Gemarkungen Großmehlen und Kleinkmehlen,
- Teil der Gemeinde Lindenau,
- Gemeinde Neu-Seeland mit den Gemarkungen Leeskow, Lubochow, Ressen, Lindchen und Bahnsdorf,
- Gemeinde Neupetershain,
- Gemeinde Hohenbocka,
- Gemeinde Grünewald,
- Gemeinde Guteborn,
- Gemeinde Schwarzbach,

Bundesland Sachsen:

- Landkreis Bautzen:
 - Gemeinde Burkau,
 - Gemeinde Crostwitz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Demitz-Thumitz mit den Gemarkungen Cannewitz, Medewitz, Pohla, Pottschaplitz, Rothнауßlitz, Stacha, Thumitz, Wölkau,
 - Gemeinde Doberschau-Gaußig mit den Gemarkungen Doberschau, Drauschkowitz, Grubschütz, Preuschwitz, Techritz, Zockau,
 - Gemeinde Göda,
 - Gemeinde Großdubrau, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Kubschütz mit den Gemarkungen Kreckwitz, Litten, Purschwitz,
 - Gemeinde Malschwitz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Nebelschütz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Neukirch mit den Gemarkungen Gottschdorf, Neukirch, Schmorkau,
 - Gemeinde Panschwitz-Kuckau,
 - Gemeinde Radibor, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Schwepnitz,
 - Gemeinde Stadt Bautzen mit den Gemarkungen Basankwitz, Bautzen, Bolbritz, Burk, Großwelka, Kleinseidau, Kleinwelka, Löschau, Lubachau, Malsitz, Nadelwitz, Niederkaina, Oehna, Rattwitz, Salzenforst, Schmochtitz, Seidau, Stiebitz, Teichnitz, Temritz,
 - Gemeinde Stadt Bischofswerda mit der Gemarkung Schönbrunn,
 - Gemeinde Stadt Elstra,
 - Gemeinde Stadt Kamenz,
 - Gemeinde Stadt Königsbrück mit der Gemarkung Königsbrück-Land,
 - Gemeinde Stadt Weißenberg nördlich der BAB 4,

- Landkreis Görlitz:
 - Gemeinde Hähnichen,
 - Gemeinde Hohendubrau,
 - Gemeinde Horka,
 - Gemeinde Kodersdorf nördlich der BAB 4 und östlich des Verlaufes der Torgauer Straße in südliche Richtung beginnend mit Kreuzungspunkt der BAB4 in Richtung Osten (Rengersdorf), östlich der Kunnersdorfer Straße,
 - Gemeinde Königshain östlich des Verlaufes der Verbindungsstraße von Liebstein in südliche Richtung nach Königshain bis zum Abzweig der K8402 in östliche Richtung (Girbigsdorfer Straße), dann nördlich der K8402 in östliche Richtung,
 - Gemeinde Krauschwitz i.d. O.L., sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Kreba-Neudorf, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Markersdorf südöstlich des Verlaufes der Verbindungsstraße zwischen K8402 und Thomas-Münzer-Siedlung bis Schlesischer Weg, weiter entlang des nördlichen Verbindungsweges der Siedlung Am Schöps zur B6, auf der B6 in westliche Richtung bis zum Abzweig Am Schöps in Richtung Kirchmühle, südwestlich der Straße Am Schöps in Markersdorf bis zum Abzweig der Tennishalle und der folgenden Verbindungsstraße von der B6 nach Gersdorf in südöstliche Richtung, südlich dieser Verbindungsstraße bis zum Abzweig Richtung Gersdorf bis zur Straße Im Niederdorf, in Gersdorf südwestlich des nördlichsten Straßenverlaufs von Im Niederdorf über Feldstraße bis Im Oberdorf und Ortsstraße in südliche Richtung bis zur Kreuzung S 111, dann östlich des Verbindungsweges von S111 nach Friedersdorf bis Am Kieferberg und Kreuzung der K8403, östlich der K8403 in südliche Richtung,
 - Gemeinde Mittelherwigsdorf östlich des Verbindungsweges zwischen Wittgendorf und Zittau bis zur K8636 (Geschwister Scholl-Straße), südlich der K8636 in westliche Richtung bis Abzweig Neue Straße, östlich Neue Straße bis Schillerstraße,
 - Gemeinde Mücka,
 - Gemeinde Neißeau,
 - Gemeinde Olbersdorf östlich des Mittelweges (Verbindungsweg von Zittau bis Olbersdorfer Feldgrenzweg (Niederer Grüneplanweg)),
 - Gemeinde Oybin südlich des Olbersdorfer Feldgrenzweges (Niederer Grüneplanweg) in westliche Richtung bis Waldweg, östlich des Verlaufes in südliche Richtung von Waldweg über Olbersdorfer Flügelweg entlang des Goldbachs bis zum Biersteig (Teufelsmühle) an der S133, östlich der S133 in südliche Richtung bis zum ersten Abzweig der Bürgerallee, östlich der Bürgerallee in südliche Richtung über den Fürstensteig bis Brandsteinweg, südlich des Brandsteinweges in Richtung Westen bis zur S133 (Kammstraße), östlich der S133 in südliche Richtung bis zur Landesgrenze,
 - Gemeinde Quitzdorf am See,
 - Gemeinde Rietschen, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen östlich der K8403 (Friedersdorfer Straße) in südliche Richtung zur S128 in Schönau Bertzdorf a.d. Eigen, östlich der S128 in südliche Richtung bis Obere Straße und Abzweig am Klärwerk Kiesdorf, nördlich des Verbindungsweges Richtung Leuba bis Abzweig des Verbindungsweges in südliche Richtung zur S129, östlich des Ostritzer Stadtwaldes,

- Gemeinde Schöpstal östlich des Verlaufes der Kunnersdorfer Straße von Rengersdorf in südliche Richtung über Liebstein bis Richtung Königshain sowie östlich des Verlaufes der K8402 in östliche Richtung (Girbigsdorfer Straße) bis zum Abzweig der Verbindungsstraße in südliche Richtung zur Thomas-Münzer-Siedlung, östlich der Verbindungsstraße zur Thomas-Münzer-Siedlung,
- Gemeinde Stadt Bad Muskau, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Stadt Bernstadt a. d. Eigen östlich des Ostritzer Stadtwaldes und des Klosterwaldes,
- Gemeinde Stadt Görlitz,
- Gemeinde Stadt Niesky,
- Gemeinde Stadt Ostritz östlich des Verbindungsweges von der S128 Richtung Leuba bis Abzweig des Verbindungsweges in südliche Richtung zur S129, östlich des Ostritzer Stadtwaldes und des Klosterwaldes,
- Gemeinde Stadt Rothenburg/O.L.,
- Gemeinde Stadt Zittau östlich des Ostritzer Stadtwaldes bis zum Abzweig Grenzviebig, östlich des Grenzviebig in südliche Richtung bis zur Dorfstraße K8630, südlich K8630 in westliche Richtung bis zum Verbindungsweg Am Schloss in Schlegel, östlich dieses Verbindungsweges in südliche Richtung zur K8631, östlich des weiteren Verlaufs dieses Verbindungsweges von der K8631 in südliche Richtung über Wittgendorfer Feld bis zur K8633 (Hauptstraße), südlich der K8633 in westliche Richtung bis Abzweig Verbindungsweg Richtung Radgendorf und B178 zur K8636 (Geschwister Scholl-Straße) in Zittau, südlich der K8636 in westliche Richtung bis Abzweig Neue Straße, östlich der Zittauer Straßenverläufe in Richtung Süden über Neue Straße - Schillerstraße - Theaterring - Klosterstraße - Johannisstraße - Böhmisches Straße - Hochwaldstraße - Mittelweg,
- Gemeinde Vierkirchen nördlich der BAB 4,
- Gemeinde Waldhufen nördlich der BAB 4,
- Gemeinde Weißkeißel, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,

Bundesland Mecklenburg-Vorpommern:

- Landkreis Vorpommern Greifswald:
 - Gemeinde Penkun,
 - Gemeinde Nadrensee,
 - Gemeinde Krackow,
 - Gemeinde Glasow,
 - Gemeinde Grambow,
 - Gemeinde Ramin mit der Gemarkung Bismark östlich der B113 bis Ortslage Linken, nordwestlich der Ortslage Linken nördlich der B104 (Flur 6) und nördlich Flur 6 in 500m Abstand zur deutsch-polnischen Grenze auf Flur 102 sowie 103 bis Gemeindegrenze Ramin-Blankensee,

- Gemeinde Blankensee mit der Gemarkung Blankensee nördlich der Gemeindegrenze Ramin-Blankensee in 1000 m Abstand zur deutsch-polnischen Grenze über die Fluren 5, 6 und 3 bis einschließlich Ortslage Blankensee sowie nördlich der Ortslage Blankensee zwischen der deutsch-polnischen Grenze bis 10 m westlich der Kreisstraße K81 bis Gemarkungsgrenze Blankensee-Pampow und der Gemarkung Pampow nördlich der Gemarkungsgrenze Blankensee-Pampow von der deutsch-polnischen Grenze bis 10 m westlich der Kreisstraße K81 bis einschließlich Ortslage Pampow sowie nordwestlich der Ortslage Pampow nördlich der Kreisstraße K80 mit den Fluren 8, 9, 101, 102, 103, 104, 106 sowie 7 (Ost),
- Gemeinde Hintersee mit der Gemarkung Hintersee mit den Fluren 1, 4 und 10,
- Gemeinde Luckow mit der Gemarkung Luckow mit den Fluren 2 und 6, mit der Gemarkung Rieth mit den Fluren 1, 2 und 3 sowie mit der Gemarkung Riether Werder mit der Flur 1,
- Gemeinde Altwarp-Fischerdorf mit der Gemarkung Altwarp mit den Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10,
- Gemeinde Vogelsang-Warsin mit der Gemarkung Vogelsang mit den Fluren 1, 2, 3 und 5,

Bundesland Hessen:

- Landkreis Rheingau-Taunus-Kreis:
 - Teile der Gemeinde Taunusstein,
 - Gemeinde Niedernhausen,
 - Teile der Gemeinde Schlangenbad,
 - Teile der Gemeinde Bad Schwalbach,
 - Teile der Gemeinde Hohenstein,
 - Teile der Gemeinde Idstein,
 - Teile der Gemeinde Heidenrod,
 - Teile der Gemeinde Oestrich-Winkel,
 - Teile der Gemeinde Geisenheim,
 - Gemeinde Rüdesheim,
 - Teile der Gemeinde Lorch,
- Landkreis Hoch-Taunus-Kreis:
 - Stadt Königstein im Taunus,
 - Stadt Kronberg im Taunus,
 - Stadt Steinbach (Taunus),
 - Teile der Gemeinde Glashütten,
 - Teile der Stadt Oberursel im Taunus,
- Landkreis Main-Taunus-Kreis:
 - Stadt Eppstein,
 - Stadt Kelkheim (Taunus),
 - Stadt Bad Soden am Taunus,
 - Gemeinde Liederbach am Taunus,

- Gemeinde Sulzbach (Taunus),
- Stadt Schwalbach am Taunus,
- Stadt Eschborn,
- Teile der Stadt Hofheim am Taunus,
- Stadt Offenbach am Main:
 - Teile des Stadtteils Rosenhöhe,
 - Teile des Stadtteils Tempelsee,
 - Teile des Stadtteils Buchrain,
- Landkreis Offenbach:
 - Teile der Stadt Dreieich,
 - Stadt Dietzenbach,
 - Teile der Stadt Neu-Isenburg,
 - Teile der Stadt Rödermark,
 - Stadt Heusenstamm,
 - Teile der Stadt Obertshausen,
 - Teile der Stadt Rodgau,
 - Teile der Gemeinde Hainburg,
 - Teile der Stadt Seligenstadt,
 - Teile der Gemeinde Mainhausen,
- Landkreis Odenwaldkreis:
 - Stadt Breuberg,
 - Gemeinde Höchst i. Odw.,
 - Teile der Gemeinde Lützelbach,
 - Teile der Stadt Bad König,
 - Gemeinde Brombachtal,
 - Teile der Gemeinde Brensbach,
 - Teile der Gemeinde Reichelsheim (Odenwald),
 - Gemeinde Mossautal,
 - Teile der Stadt Erbach,
 - Teile der Stadt Michelstadt,
 - Teile der Stadt Oberzent,
- Landkreis Darmstadt-Dieburg:
 - Teile der Gemeinde Eppertshausen,
 - Teile der Stadt Babenhausen,
 - Teile der Gemeinde Münster (Hessen),

- Gemeinde Schaafheim,
- Teile der Stadt Groß-Umstadt,
- Teile der Gemeinde Otzberg,
- Landkreis Bergstraße:
 - Teile der Gemeinde Fürth,
 - Teile der Gemeinde Grasellenbach,
 - Teile der Gemeinde Wald-Michelbach,
 - Stadt Hirschhorn (Neckar),
 - Gemeinde Michelbuch,
 - Stadt Neckarsteinach,
- Stadt Wiesbaden:
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Rambach,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Heßloch,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Naurod,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Dotzheim,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Nordost,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Bierstadt,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Sonnenberg,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Kloppenheim,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Auringen,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Medenbach,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Klarenthal,
- Stadt Frankfurt am Main:
 - Stadtteil Niederrad,
 - Bezirk 32,
 - Bezirk 33,
 - Stadtteil Oberrad,
 - Stadtteil Nied,
 - Stadtteil Griesheim,
 - Bezirk 16,
 - Bezirk 15,
 - Bezirk 9,
 - Bezirk 10,
 - Bezirk 17,
 - Bezirk 18,

- Bezirk 11,
- Bezirk 1,
- Bezirk 12,
- Bezirk 13,
- Bezirk 14,
- Bezirk 19,
- Bezirk 20,
- Bezirk 21,
- Bezirk 22,
- Bezirk 23,
- Bezirk 24,
- Bezirk 25,
- Bezirk 26,
- Stadtteil Sossenheim,
- Stadtteil Nied,
- Stadtteil Rödelheim,
- Stadtteil Bockenheim,
- Stadtteil Praunheim,
- Stadtteil Hausen,
- Stadtteil Eschersheim,
- Stadtteil Eckenheim,
- Stadtteil Heddernheim,
- Stadtteil Niederursel F.,
- Stadtteil Niederursel H.,
- Teile des Stadtteils Wald,
- Teile des Stadtteils Schwanheim,
- Teile des Stadtteils Höchst,
- Teile des Stadtteils Unterliedbach,

Bundesland Rheinland-Pfalz:

- Landkreis Mainz-Bingen:
 - Stadt Bingen, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Münster-Sarmsheim,
 - Gemeinde Niederheimbach,
 - Gemeinde Trechtingshausen,
 - Gemeinde Waldalgesheim,

- Gemeinde Weiler bei Bingen,
- Gemeinde Appenheim,
- Gemeinde Essenheim,
- Gemeinde Stackeden-Elsheim,
- Gemeinde Bubenheim,
- Gemeinde Nieder-Hilbersheim,
- Gemeinde Ober-Hilbersheim,
- Gemeinde Ockenheim,
- Gemeinde Engelstadt,
- Gemeinde Jugenheim in Rheinhessen,
- Gemeinde Aspisheim,
- Gemeinde Gensingen,
- Gemeinde Grolsheim,
- Gemeinde Horrweiler,
- Gemeinde Sankt Johann,
- Gemeinde Sprendlingen,
- Gemeinde Welgesheim,
- Gemeinde Wolfsheim,
- Gemeinde Zotzenheim,
- Gemeinde Nieder-Olm, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Ober-Olm, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Landkreis Alzey-Worms:
 - Gemeinde Partenheim,
 - Gemeinde Saulheim,
 - Gemeinde Udenheim,
 - Gemeinde Vendersheim,
 - Gemeinde Gau-Weinheim,
 - Gemeinde Wallertheim,
 - Gemeinde Sulzheim,
 - Gemeinde Wörrstadt,
 - Gemeinde Schornsheim,
 - Gemeinde Gau-Bickelheim,
 - Gemeinde Armsheim,
 - Gemeinde Ensheim,
 - Gemeinde Spiesheim,

- Gemeinde Gabsheim,
- Gemeinde Gumbsheim,
- Gemeinde Wöllstein,
- Gemeinde Siefersheim,
- Gemeinde Eckelsheim,
- Gemeinde Flonheim,
- Gemeinde Biebelnheim,
- Gemeinde Bornheim,
- Gemeinde Lonsheim,
- Gemeinde Bermersheim v.d. Höhe,
- Gemeinde Albig,
- Stadt Alzey,
- Gemeinde Gau-Heppenheim,
- Gemeinde Mauchenheim,
- Gemeinde Freimersheim,
- Gemeinde Wahlheim,
- Gemeinde Kettenheim,
- Gemeinde Esselborn,
- Gemeinde Dintesheim,
- Gemeinde Eppelsheim,
- Gemeinde Hangen-Weisheim,
- Gemeinde Hochborn,
- Gemeinde Flomborn,
- Gemeinde Ober-Flörsheim,
- Gemeinde Gundersheim,
- Gemeinde Bermersheim,
- Gemeinde Mölsheim,
- Gemeinde Flörsheim-Dalsheim,
- Gemeinde Gundheim,
- Gemeinde Mörsstadt,
- Gemeinde Wachenheim,
- Gemeinde Monsheim,
- Gemeinde Hohen-Sülzen,
- Gemeinde Offstein,

- Landkreis Bad Dürkheim:
 - Stadt Bad Dürkheim östlich der S-Bahnlinie bis zur B 37, nördlich der B 37 und A 650,
 - Stadt Grünstadt mit den Gemarkungen RLP. 853 und Gemarkung 1420 Asselheim,
 - Gemeinde Dackenheim mit Gemarkung RLP. 2118,
 - Gemeinde Ebertsheim,
 - Gemeinde Freinsheim mit Gemarkung RLP. 1655,
 - Gemeinde Herxheim am Berg,
 - Gemeinde Kirchheim mit Gemarkung RLP. 191,
 - Gemeinde Neuleiningen nördlich der L 453/Tiefenthaler Straße/Schlossberg/Sausenheimer Straße, nördlich der Mittelgasse und östlich der Verbindung zwischen Mittelgasse und Talstraße,
 - Gemeinde Quirnheim,
 - Gemeinde Weisenheim am Sand mit Gemarkung RLP. 806,
 - Gemeinde Bockenheim,
 - Gemeinde Dirmstein,
 - Gemeinde Obrigheim,
 - Gemeinde Kindenheim,
 - Gemeinde Bissersheim,
 - Gemeinde Ellerstadt in Teilen,
 - Gemeinde Erpolzheim mit Gemarkung RLP. 1454,
 - Gemeinde Gönnheim,
 - Gemeinde Gerolsheim,
 - Gemeinde Großkarlbach,
 - Gemeinde Laumersheim,
 - Gemeinde Obersülzen,
 - Gemeinde Mertesheim,
 - Gemeinde Sausenheim,
 - Gemeinde Kleinkarlbach,
- Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis:
 - Gemeinde Heuchelheim bei Frankenthal,
 - Gemeinde Heßheim,
 - Gemeinde Lambsheim,
 - Gemeinde Maxdorf,
 - Gemeinde Birkenheide,
 - Gemeinde Fußgönnheim,

- Gemeinde Mutterstadt,
 - Gemeinde Limburgerhof,
 - Gemeinde Neuhofen,
 - Gemeinde Altrip,
 - Stadt Frankenthal (Pfalz), sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Otterstadt,
 - Gemeinde Schifferstadt: Gebiet im Westen an Grenze nach Böhl-Iggelheim das Gebiet nördlich der L454 bis zum Kurzgraben und dann dem Scheidegraben nach Süden folgend bis zur A 61 nach Süden folgend bis zum Staudamm Rehbach/ Neugraben. Dann dem Neugraben nach Südosten folgend der bebauten Grenze von Schifferstadt entlang bis zur Waldseer Straße im Osten folgend. Entlang der Waldseer Straße nach Osten bis zur südlichen Grenze des Kiesabgrabungsgebietes (Flurbezeichnung Heuplatte) folgend bis zum Ranschgraben. Dem Ranschgraben nach Nordosten folgend bis zur Gemeindegrenze Neuhofen,
 - Gemeinde Waldsee,
 - Stadt Ludwigshafen am Rhein, sofern nicht Teil der Sperrzone II,
 - Stadt Speyer, gesamtes Gebiet nördlich der AB61, sowie das Teichgebiet südlich der AB61, westlich begrenzt durch Spitzenreierhofgraben und Franzosengraben, einschließlich Steinhäuserwühlsee, Wammsee und Kläranlage der Stadt Speyer,
 - Landkreis Donnersbergkreis:
 - Gemeinde Ilbesheim,
 - Gemeinde Stetten,
 - Gemeinde Albisheim,
 - Gemeinde Einselthum,
 - Gemeinde Zellertal mit den Ortsteilen Zell, Harxheim und Niefernheim,
 - Gemeinde Bubenheim,
 - Gemeinde Immesheim,
 - Gemeinde Morschheim,
 - Gemeinde Rittersheim,
 - Gemeinde Gauersheim,
 - Gemeinde Ottersheim,
 - Gemeinde Rüßingen,
 - Gemeinde Biedesheim,
 - Gemeinde Lautersheim,
- Bundesland Baden-Württemberg:
- Stadt Heidelberg:
 - Gesamtes Stadtgebiet,

- Landkreis Rhein-Neckar-Kreis:
 - Gemeinde Brühl,
 - Stadt Schwetzingen,
 - Gemeinde Plankstadt,
 - Stadt Eppelheim,
 - Gemeinde Ketsch,
 - Gemeinde Oftersheim,
 - Stadt Hockenheim,
 - Stadt Leimen (Stadt),
 - Stadt Leimen (St. Ilgen),
 - Gemeinde Sandhausen,
 - Gemeinde Gaiberg,
 - Gemeinde Bammental,
 - Stadt Neckargemünd,
 - Gemeinde Wiesenbach,
 - Gemeinde Schönaue,
 - Gemeinde Heddesbach,
 - Gemeinde Schönbrunn (Schönbrunn),
 - Gemeinde Schönbrunn (Moosbrunn),
 - Stadt Eberbach (Pleutersbach),
 - Stadt Eberbach (Brombach),
 - Stadt Eberbach (Gebiet westlich der B45),

Bundesland Nordrhein-Westfalen:

- Kreis Olpe:
 - Teile der Hansestadt Attendorn,
 - Teile der Gemeinde Finnentrop,
 - Teile der Gemeinde Kirchhundem,
 - Teile der Stadt Lennestadt,
 - Teile der Stadt Olpe,
- Hochsauerlandkreis:
 - Teile der Gemeinde Eslohe (Sauerland),
 - Teile der Stadt Meschede,
 - Teile der Stadt Schmallenberg,
 - Teile der Stadt Sundern (Sauerland),
 - Teile der Stadt Winterberg,

- Kreis Siegen-Wittgenstein:
 - Teile der Stadt Bad Berleburg,
 - Teile der Stadt Bad Laasphe,
 - Teile der Gemeinde Erndtebrück,
 - Teile der Stadt Hilchenbach,
 - Teile der Stadt Kreuztal,
 - Teile der Stadt Netphen,
 - Teile der Stadt Siegen.

2. Estland

Die folgenden Sperrzonen I in Estland:

- Hiiu maakond.

3. Lettland

Die folgenden Sperrzonen I in Lettland:

- Dienvidkurzemes novads, Nīcas pagasta daļa uz ziemeļiem no apdzīvotas vietas Bernāti, autoceļā V1232, A11, V1222, Bārtas upes, Otaņķu pagasts,
- Ropažu novads Stopiņu pagasta daļa, kas atrodas uz rietumiem no autoceļā V36, P4 un P5, Acones ielas, Daugulupes ielas un Daugulupītes.

4. Ungarn

Die folgenden Sperrzonen I in Ungarn:

- Békés vármegye 950150, 950250, 950350, 950450, 950550, 950650, 950660, 950750, 950850, 950860, 951050, 951150, 951250, 951260, 951350, 951450, 951460, 951550, 951650, 951750, 952150, 952250, 952350, 952450, 952550, 952650, 953250, 953260, 953270, 953350, 953450, 953550, 953560, 953950, 954050, 954060, 954150, 954950, 955050, 955550, 955650, 955750, 955760, 955950, 956050, 956060, 956150, 956160, 956250, 956350, 956450, 956550, 956650 és 956750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Bács-Kiskun vármegye 600150, 600850 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Budapest 1 kódszámú, vadgazdálkodási tevékenységre nem alkalmas területe,
- Fejér vármegye 400150, 400250, 400351, 400352, 400450, 400550, 401150, 401250, 401350, 402050, 402350, 402360, 402850, 402950, 403050, 403450, 403550, 403650, 403750, 403950, 403960, 403970, 404650, 404750, 404850, 404950, 404960, 405050, 405750, 405850, 405950,
- 406050, 406150, 406550, 406650 és 406750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Győr-Moson-Sopron vármegye 100550, 100650, 100950, 101050, 101350, 101450, 101550, 101560 és 102150 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Jász-Nagykún-Szolnok vármegye 750150, 750160, 750260, 750350, 750450, 750460, 750850, 750970, 750980, 751050, 751150, 751160, 751250, 751260, 751350, 751360, 751450, 751460, 751470, 751550, 751650, 751750, 751850, 751950, 752250, 752350, 752650, 752750, 752850, 752950, 753070, 753060, 753150, 753250, 753310, 753450, 753550, 753650, 753660, 753750, 753850, 753950, 753960, 754050, 754150, 754250, 754360, 754370, 754850, 755550, 755650 és 755750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

- Komárom-Esztergom vármegye 250150, 250250, 250450, 250460, 250550, 250650, 250750, 251050, 251150, 251250, 251350, 251360, 251650, 251750, 251850, 252250, kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Pest vármegye 571550, 572150, 572250, 572350, 572550, 572650, 572750, 572850, 572950, 573150, 573250, 573260, 573350, 573360, 573450, 573850, 573950, 573960, 574050, 574150, 574350, 574360, 574550, 574650, 574750, 574850, 574860, 574950, 575050, 575150, 575250, 575350, 575550, 575650, 575750, 575850, 575950, 576050, 576150, 576250, 576350, 576450, 576650, 576750, 576950, 577050, 577150, 577250, 577350, 577450, 577650, 578050, 578150, 578250, 578350, 578360, 578450, 578550, 579050, 580250 és 580450 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe.

5. Polen

Die folgenden Sperrzonen I in Polen:

w województwie kujawsko - pomorskim:

- gmina Bartniczka, Brzozie, Górzno, Świedziebnia, część gminy Osiek położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dzierzno – Kretki Małe – Osiek – Łapinówek w powiecie brodnickim,
- gminy Brzuze, Rypin, z miastem Rypin, część gminy Wąpielsk położona na południe od drogi łączącej miejscowości Osiek – Łapinówek – Radziki Małe – Radziki Duże – Szczawniki – Pólka Duże – Pusta Dąbrówka w powiecie rypińskim,
- gmina Radzyń Chełmiński w powiecie grudziądzkim,
- gminy Dębowa Łąka, Książki, Płużnica w powiecie wąbrzeskim,
- gmina Radomin, część gminy wiejskiej Golub - Dobrzyń położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pólka Duże – Pusta Dąbrówka – Cieszyń- Wrocki – Łobdowo oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 534 biegnącą od północnej granicy gminy do granicy miasta Golub Dobrzyń w powiecie golubsko – dobrzyńskim,
- gminy Drzycim, Osie, część gminy Pruszcz niewymieniona w części II załącznika I, część gminy Bukowiec niewymieniona w części II załącznika I w powiecie świeckim,
- część gminy Lisewo położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie chełmińskim,
- część gminy Łubianka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 551 łączącą miejscowości Nawra – Grzybno, część gminy Zławieś Wielka położona na północ od linii wyznaczonej przez ulicę Bierzysłowską w miejscowości Czarne Błoto biegnącą do granicy miejscowości Górsk, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez północno – zachodnią granicę miasta Górsk biegnącą od przecięcia z linią wyznaczoną przez ul. Bierzysłowską w m. Czarne Błoto do linii wyznaczonej przez rzekę Wisła, część gminy wiejskiej Chełmża położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dubielno – Chełmża biegnącą do granicy miasta Chełmża oraz na południe od linii wyznaczonej linią kolejową łączącą miejscowości Chełmża - Unisław biegnącą od zachodniej granicy miasta Chełmża do przecięcia z linią wyznaczoną przez rzekę Fryba, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Fryba biegnącą od przecięcia z linią kolejową do południowej granicy gminy, miasto Chełmża w powiecie toruńskim,
- gmina Osielsko, część powiatu miejskiego Bydgoszcz położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Pruszcz– Bydgoszcz – Chełmża, część gminy Dąbrowa Chełmińska niewymieniona w części II załącznika I, część gminy Dobrcz niewymieniona w części II załącznika I w powiecie bydgoskim,
- gminy Janowiec Wielkopolski i Rogowo w powiecie żnińskim,

— gmina Śliwice w powiecie tucholskim,

w województwie warmińsko-mazurskim:

— powiat szczycieński,

— powiat działdowski,

— powiat nidzicki,

— gmina Grodziczno, część gminy Kurzętnik położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowe Miasto Lubawskie – Marzęcice – Małe Bałówki – Tereszewo – Szafarnia – Strzemiuszczek w powiecie nowomiejskim,

— gmina Piecki w powiecie mrągowskim,

— gmina Ruciane-Nida w powiecie piskim,

w województwie podlaskim:

— część powiatu wysokomazowieckiego niewymieniona w części II załącznika I,

— część powiatu łomżyńskiego niewymieniona w części II załącznika I,

— część powiatu kolneńskiego niewymieniona w części II załącznika I,

— część powiatu zambrowskiego niewymieniona w części II załącznika I,

— powiat miejski Łomża,

— gminy Grodzisk, Perlejewo w powiecie siemiatyckim,

— gminy Brańsk, miasto Brańsk, Rudka w powiecie bielskim,

w województwie mazowieckim:

— gminy Lelis, Łyse, Kadzidło, Myszyniec w powiecie ostrołęckim,

— część powiatu żyrardowskiego niewymieniona w części II załącznika I,

— gminy Grodzisk Mazowiecki, Jaktorów, Żabia Wola, miasto Milanówek, miasto Podkowa Leśna w powiecie grodziskim,

— gminy Kuczbork-Osada, Lubowidz w powiecie żuromińskim,

— gminy Andrzejewo, Boguty-Pianki, Nur w powiecie ostrowskim,

— gmina Nowe Miasto nad Pilicą w powiecie grójeckim,

— część powiatu przysuskiego nie wymieniona w części II załącznika I,

— miasto Zielonka, miasto Ząbki w powiecie wołomińskim,

— część powiatu siedleckiego niewymieniona w części II załącznika I,

— powiat miejski Siedlce,

— powiat miński,

— gminy Bielany, Jabłonna Lacka, Repki, Sabnie, Stedryń, gmina wiejska Sokołów Podlaski w powiecie sokołowskim,

— gmina Ciepiałów w powiecie lipskim,

- gminy Tczów, Zwolen w powiecie zwoleńskim,
 - gminy Borowie, Górzno, Miastków Kościelny, Żelechów, misto Garwolin, część gminy wiejskiej Garwolin położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy wiejskiej Łaskarzew położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część miasta Łaskarzew położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Sobolew położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Trojanów położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie garwolińskim,
 - powiat pruszkowski,
 - powiat miejski Warszawa,
 - gmina Wiązowna w powiecie otwockim,
- w województwie podkarpackim:
- gmina Krempna w powiecie jasielskim,
 - gmina Grodzisko Dolne, część gminy wiejskiej Leżajsk położona na południowy wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 877 biegnącej od południowej granicy miasta Leżajsk do południowej granicy gminy w powiecie leżańskim,
 - część gminy Jeżowe położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 878 w powiecie niżańskim,
 - gminy Bojanów, Stalowa Wola w powiecie stalowowolskim,
 - gmina Ostrów, część gminy Sędziszów Małopolski położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr A4 w powiecie ropczycko – sędziszowskim,
 - gminy Chłopice, Pawłosiów, Jarosław z miastem Jarosław w powiecie jarosławskim,
 - gminy Fredropol, Krasiczyn, Krzywcz, Przemyśl, Medyka, Żurawica, część gminy Orły położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 77, w powiecie przemyskim,
 - powiat miejski Przemyśl,
 - gminy Adamówka, Sieniawa, Tryńcza, Przeworsk z miastem Przeworsk, część gminy Zarzecze położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Mlecza w powiecie przeworskim,
 - powiat kolbuszowski,
 - gmina Czarna, część gminy Żyraków położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Róża – Zasów – Mokre – Żyraków - Wola Żyrakowska – Bobrowa - Brzeźnica, część gminy wiejskiej Dębica położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Dębicę – Sędziszów Małopolski, część miasta Dębica położona na północ do linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Dębicę – Sędziszów Małopolski w powiecie dębickim,
 - gminy Dukla, Jaśliska w powiecie krośnieńskim,
 - gmina Ostrów, część gminy Sędziszów Małopolski położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr A4 w powiecie ropczycko – sędziszowskim,
 - gmina Komańcza w powiecie sanockim,
 - gmina Cisna w powiecie leskim,
 - gminy Lutowiska, Czarna, Ustrzyki Dolne w powiecie bieszczadzkim,
 - gmina Wadowice Górne w powiecie mieleckim,

- gminy Głogów Małopolski, Trzebowniko, część gminy Kamień niewymieniona w części II załącznika I, część gminy Sokołów Małopolski niewymieniona w części II załącznika I w powiecie rzeszowskim,

- gminy Białobrzegi, Czarna, Rakszawa, Żołynia w powiecie łańcuckim

w województwie świętokrzyskim:

- gmina Pacanów w powiecie buskim,
- część powiatu opatowskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- część powiatu sandomierskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- gminy Bogoria, Łubnice, Oleśnica, Połaniec, Rytwiany, Staszów w powiecie staszowskim,
- gmina Waśniów w powiecie ostrowieckim,
- powiat miejski Kielce,
- gminy Daleszyce, Miedziana Góra, Masłów, Mniów, Raków, Strawczyn w powiecie kieleckim,
- gminy Ruda Maleniecka, Radoszyce, Smyków w powiecie koneckim,

w województwie łódzkim:

- część gminy Inowłódz położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 726 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania tej drogi z ul. Brzustowską w miejscowości Inowłódz, następnie na południe od tego skrzyżowania od linii wyznaczonej przez ul. Brzustowską biegnącą do zachodniej granicy gminy, część gminy Rzeczyca położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 726 do przecięcia się tej drogi w miejscowości Rzeczyca z drogą łączącą miejscowości Rzeczyca - Lubocz, a następnie od tego skrzyżowania na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Rzeczyca - Lubocz - Roszkowa Wola - Domaniewice w powiecie tomaszowskim,
- gmina Kowiesy w powiecie skierniewickim,
- gminy Biała Rawska, Regnów i Sadkowie w powiecie rawskim,
- gminy Poświętne, Sławno, Paradyż, Żarnów, część gminy Opoczno położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w kierunku miejscowości Włoszczowa w powiecie opoczyńskim,
- gminy Bolesławiec, Łubnice w powiecie wieruszowskim,
- gminy Mokrsko, Skomlin, Pątnów, Wieluń w powiecie wieluńskim,

w województwie pomorskim:

- gminy Sulęczyno, Stężycza, w powiecie kartuskim,
- gmina Parchowo w powiecie bytowskim,

- gminy Karsin, Kościerzyna i miasto Kościerzyna, Stara Kiszewa w powiecie kościerskim,
- gminy Smołdzino, Ustka, miasto Ustka, część gminy Damnica położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą miejscowości Słupsk- Damnica- Potęgowo, część gminy Radzikowo położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą miejscowości Kobylnica- Słupsk- Damnica, część gminy Kobylnica położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą miejscowości Słupsk – Kobylnica – Widzino do przecięcia z drogą łączącą miejscowości Słonowice – Kończewo, a następnie na południe od tej drogi biegnącej od tego przecięcia oraz dalej na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Słonowice – Kończewo – Kuleszewo – Mielęcino, część gminy Kępice położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowy Żytnik – Osowo- Ciecholub- Darnowo - Tursko, część gminy Głównyże położona na zachód od linii wyznaczonej przez Kanał Kłęciński, biegnącą od zachodniej granicy gminy do przecięcia z drogą nr 213, następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 213 biegnącą od tego przecięcia do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Głównyże – Warblino – Szczypkowice – Michałowo - Stowięcino, dalej na zachód od linii wyznaczonej przez tę drogę biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 213 do miejscowości Stowięcino, następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Podole Wielkie – Stowięcino – Rzechcino, biegnącą od miejscowości Stowięcino do południowej granicy gminy w powiecie słupskim,
- część miasta powiatowego Słupsk położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Kobylnica- Słupsk- Damnica,
- gmina Czersk w powiecie chojnickim,
- gminy Borzytuchom, Bytów, Koczygłowy, Trzebielino, część gminy Czarna Dąbrówka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 211 do skrzyżowania się z drogą 212, a następnie od tego skrzyżowania na południowy-wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 212 w powiecie bytowskim,

w województwie dolnośląskim:

- gminy Międzybórz, Syców, część gminy wiejskiej Oleśnica położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr S8, część gminy Dobroszyce położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie oleśnickim,
- gminy Jordanów Śląski, Sobótka, część gminy Żórawina położona na zachód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie wrocławskim,
- część gminy Domaniów położona na południowy zachód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie oławskim,
- gminy Borów i Wiązów w powiecie strzelińskim,
- część gminy Pielgrzymka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 do skrzyżowania z drogą w miejscowości Pielgrzymka łączącą miejscowości Wojcieszyn - Pielgrzymka – Proboszczów, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pielgrzymka – Proboszczów – Sokołowice, część gminy wiejskiej Złotoryja położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 biegnącą od zachodniej granicy gminy do granicy miasta Złotoryja oraz na południe od linii wyznaczonej od południowo-wschodniej granicy miasta Złotoryja, łączącej miejscowości Złotoryja – Leszczyna – Stanisławów w powiecie złotoryjskim,
- gminy Janowice Wielkie, Mysłakowice, Stara Kamienica, Szklarska Poręba w powiecie karkonoskim, część powiatu miejskiego Jelenia Góra położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 366,

- gminy Bolków, Paszowice, część gminy Męcinka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Leszczyna – Stanisławów - Pomocne - Myślinów – Myślibórz w powiecie jaworskim,
- gminy Dobromierz i Marcinowice w powiecie świdnickim,
- gminy Dzierżoniów, Pieszycy, miasto Bielawa, miasto Dzierżoniów w powiecie dzierżoniowskim,
- gmina Nowa Ruda i miasto Nowa Ruda w powiecie kłodzkim,
- gminy Kamienna Góra, Marciszów i miasto Kamienna Góra w powiecie kamiennogórskim,

w województwie wielkopolskim:

- gminy Koźmin Wielkopolski, Rozdrażew w powiecie krotoszyńskim,
- gminy Dolsk, Książ Wielkopolski w powiecie śremskim,
- gminy Borek Wielkopolski, Gostyń, Piaski, Pogorzela, w powiecie gostyńskim,
- gminy Czarniejewo, Gniezno z miastem Gniezno, Mieleszyn, Niechanowo w powiecie gnieźnieńskim,
- miasto Czarneków, część gminy Czarneków niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Trzcianka niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Lubasz położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie czarnkowsko – trzcieńskim,
- gminy Margonin i Szamocin w powiecie chodzieskim,
- gminy Damasławek, Gołańcz, Wapno, miasto Wągrowiec, część gminy Mieścisko położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190, część gminy Wągrowiec położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190 biegnącej od południowej granicy miasta Wągrowiec do południowej granicy gminy oraz na północ i na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od granicy z gminą Budzyń przez miejscowości Kamienica – Bartodzieje do granicy z miastem Wągrowiec w powiecie wągrowieckim,
- gminy Miłosław, Nekla, Września w powiecie wrzesińskim,
- gmina Dobrzyca w powiecie pleszewskim,
- gminy Odolanów, Przygodzice, Raszków, Sośnie, miasto Ostrów Wielkopolski, część gminy wiejskiej Ostrów Wielkopolski położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Sulisław – Łąkociny – Wierzbno i na zachód od miasta Ostrów Wielkopolski oraz część gminy wiejskiej Ostrów Wielkopolski położona na wschód od miasta Ostrów Wielkopolski w powiecie ostrowskim,
- gmina Kobyła Góra w powiecie ostrzeszowskim,
- gminy Baranów, Bralin, Perzów, Łęka Opatowska w powiecie kępińskim,
- część powiatu średzkiego niewymieniona w części II załącznika I,
- gminy Białosłowie, Miasteczko Krajeńskie, Szydłowo, Wysoka w powiecie pilskim,
- gminy Krajenka, Tarnówka, Jastrowie w powiecie złotowskim,

w województwie opolskim:

- część gminy Gogolin położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę A4 w powiecie krapkowickim,
- gmina Rudniki w powiecie oleskim,
- część gminy Grodków położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie brzeskim,

- gminy Łambinowice, Pakosławice, Skoroszyce, część gminy Korfantów położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 407 w powiecie nyskim,
- część gminy Biała położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 407 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 414 i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 414 biegnącej od tego skrzyżowania do skrzyżowania z drogą nr 409, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 409 biegnącą od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy w powiecie prudnickim,
- gminy Komprachcice, Prószków, Tarnów Opolski, część gminy Łubniany położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Świerkle – Masów, ulicę Leśną w miejscowości Masów oraz na południe od ulicy Kolanowskiej biegnącej do wschodniej granicy gminy w powiecie opolskim,
- powiat miejski Opole,
- część gminy Strzelce Opolskie położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Jemielnica biegnącej od zachodniej granicy gminy do przecięcia się z ulicą Powstańców Śląskich w miejscowości Kadłub, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez ulicę Powstańców Śląskich do skrzyżowania z ulicą Piaskową, a następnie na południe i wschód od linii wyznaczonej przez ulicę Piaskową do granicy gminy, część gminy Izbicko położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości: Raszowa, Krośnica, Borycz do przecięcia z rzeką Jemielnica, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Jemielnica do granicy gminy, część gminy Ujazd położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie strzeleckim.

w województwie zachodniopomorskim:

- gminy Radowo Małe, Resko, Węgorzyno w powiecie łobeskim,
- gminy Karnice, Płoty, część gminy Gryfice nie wymieniona w części III załącznika w powiecie gryfickim,
- gminy Wolin, Międzyzdroje, Dziwnów, część gmin Kamień Pomorski oraz część gminy Świerzno nie wymieniona w części III załącznika I w powiecie kamieńskim,
- część powiatu miejskiego Świnoujście położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Stara Świna biegnącą od wschodniej granicy gminy do przecięcia z rzeką Świna, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Świna biegnącą od przecięcia z linią wyznaczoną przez rzekę Stara Świna do ujścia do morza Bałtyckiego,
- gminy Czaplinek, Drawsko Pomorskie, Złocieniec, część gminy Wierzchowo położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą miejscowości Złocieniec - Mirosławiec w powiecie drawskim,
- gmina Borne Sulinowo w powiecie szczecineck,

w województwie małopolskim:

- gminy Uście Gorlickie, Sękowa w powiecie gorlickim,
- gminy Krynica-Zdrój, Muszyna, Piwniczna-Zdrój w powiecie nowosądeckim,
- gminy Czorsztyn, Krościenko nad Dunajcem, Szczawnica w powiecie nowotarskim,
- gminy Radgoszcz, Szczucin w powiecie dąbrowskim,
- część gminy Lisia Góra położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 984 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania się z drogą w kierunku miejscowości Stare Żukowice, następnie od tego skrzyżowania z drogą nr 984 na wschód od linii łączącej miejscowości Stare Żukowice – Zaczarnie - Wola Rzędzińska biegnącej do południowej granicy gminy w powiecie tarnowskim,

w województwie lubelskim:

- część powiatu łukowskiego nie wymieniona w części II załącznika I.

w województwie śląskim:

- gminy Krzepice, Panki, Przystajń, część gminy Wręczyca Wielka położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie kłobuckim,
- gminy Herby, Kochanowice, miasto Lubliniec, część gminy Koszęcin położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Doły - Cieszowa, biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 906, a następnie od tego skrzyżowania na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 906 do skrzyżowania się z drogą nr 907, i dalej na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 907 biegnącą od skrzyżowania dróg nr 906 i 907 do południowej granicy gminy w powiecie lublinieckim,
- gmina Krupski Młyn, część gminy Tworóg położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 907 w powiecie tarnogórskim,
- gminy Toszek, Wielowieś w powiecie gliwickim,

w województwie lubuskim:

- powiat ślubicki.

6. **Słowakei**

Die folgenden Sperrzonen I in der Slowakei:

- the whole district of Nové Zámky except municipalities included in zone II ,
- in the district of Komárno the municipalities of Zlatná na Ostrove, Okoličná na Ostrove, Čalovec, Kameničná, Vrbová nad Váhom, Nesvady, Imeľ,
- the whole district of Ružomberok,
- in the district of Martin, municipalities of Blatnica, Folkušová, Necpaly, Belá-Dulice, Ďanová, Turčianske Jaseno, Záborie, Sklabiňa, Sklabinský Podzámok, Turčianska Štiavnička, Podhradie, Nolčovo, Krpeľany, Šútovo, Turany, Sučany, Turčianske Kľačany, Lipovec,
- in the district of Dolný Kubín, the municipalities of Kraľovany, Žaškov, Jasenová, Vyšný Kubín, Oravská Poruba, Leštiny, Osádka, Malatiná, Chlebnice, Krivá,
- in the district of Tvrdošín, the municipalities of Oravský Biely Potok, Habovka, Zuberec,
- in the district of Žilina, the municipalities of Strečno, Nezbudská Lúčka, Varín, Gbeľany, Mojš, Nededza, Teplička nad Váhom, Kotričná Lúka, Žilina, Rosina, Lietavská Lúčka, Lietava, Porúbka, Lietavská Svinná, Zbyňov, Kanská, Kľače, Jasenové, Malá Čierna, Veľká Čierna, Podhorie,
- the whole district of Nitra, except municipalities included in part II,
- in the district of Bánovce nad Bebravou, the municipalities of Chudá Lehota, Dolné Naštice, Rybany, Pečeňany, Borčany, Šišov, Libichava, Veľké Hoste, Malé Hoste, Pochabany, Zlatníky, Otrhánky, Veľké Chlievany, Haláčovce, Dvorec, Veľké Držkovce, Cimenná, Malá Hradná,
- in the district of Trenčín, the municipalities of Dubodiel, Veľká Hradná, Trenčianske Jastrabie, Neporadza, Trenčianske Mítice, Mníchova Lehota, Soblahov, Trenčín, Trenčianske Teplice, Trenčianska Teplá,
- in the district of Ilava, the municipalities of Nová Dubnica, Dubnica nad Váhom, Ilava, Horná Poruba, Košecké Podhradie, Košeca, Ladce,
- in the district of Púchov, the municipalities of Mojtín, Beluša,

- in the district of Považská Bystrica, the municipalities of Pružina, Dolný Lieskov, Slopná, Bodiná, Prečín, Počarová, Malé Lednice, Domaníža, Podskalie, Ďurďové, Čelkova Lehota, Sádočné,
- in the district of Nové Mesto nad Váhom, the municipalities of Kálnica, Hôrka nad Váhom, Hrádok, Nová Lehota, Stará Lehota, Modrová,
- in the district of Piešťany, the municipalities of Hubina, Morava nad Váhom, Banka, Ratnovce, Sokolovce, Piešťany, Drahovce,
- in the district of Hlohovec, the municipalities of Jalšové, Horné Otrokovce, Horné Trhovište, Tekoldány, Dolné Otrokovce, Dolné Trhovište, Merašice, Pastuchov, Kľačany, Sasinkovo.
- the whole district of Gelnica,
- the whole district of Poprad
- the whole district of Spišská Nová Ves,
- the whole district of Levoča,
- the whole district of Kežmarok,
- the whole district of Michalovce, except municipalities included in part II
- the whole district of Medzilaborce
- the whole district of Košice-okolie,
- the whole district of Rožnava,
- the whole city of Košice,
- the whole district of Vranov nad Topľou,
- the whole district of Humenné,
- the whole district of Prešov,
- the whole district of Sabinov,
- the whole district of Svidník,
- the whole district of Stropkov,
- the whole district of Stará Ľubovňa,
- the whole district of Trebišov, except municipalities included in part II
- the whole district of Liptovský Mikuláš,
- the whole district of Bardejov.

7. **Italien**

Die folgenden Sperrzonen I in Italien:

Piedmont Region:

- in the province of Alessandria the following Municipalities: Quargnento, Casale Monferrato, Fubine, Altavilla Monferrato, Camino, Cerrina Monferrato, Gabiano, Mombello Monferrato, Moncestino, Solonghello, Villamiroglio, Serralunga di Crea, Ponzano Monferrato,

- in the province of Asti the following Municipalities: Antignano, Celle Enomondo, Revigliasco d'Asti, San Martino Alfieri, Asti, Coazzolo, Costigliole D'asti, Castagnole delle Lanze, Refrancore, Azzano d'Asti, Isola d'Asti, Scurzolengo, Portacomaro, Montemagno Monferrato, Mongardino, Castagnole Monferrato, Vigliano d'Asti, Viarigi, Moncalvo, Grazzano Badoglio, Casorzo, Calliano Monferrato, Grana, Penango,
- in the province of Cuneo the following Municipalities: Govone, Levice, Castelletto Uzzone, Castino, Cossano Belbo, Rocchetta Belbo, Gottasecca, Monesiglio, Camerana, Prunetto, Bosia, Torre Bormida, Mango, Gorzegno, Mombarcaro, Borgomale, Cravanzana, Lequio Berria, Cerreto Langhe, Neive, Trezzo Tinella, Feisoglio, Arguello, Neviglie, Bergolo, Saliceto,
- In the Province of Novara, the following Municiplities: Vinzaglio, Marano Ticino, Mezzomerico, Pombia, Agrate Conturbia, Boca, Bogogno, Borgomanero, Borgo Ticino, Briga Novarese, Castelletto Sopra Ticino, Cavallirio, Comignago, Cressa, Cureggio, Divignano, Fontaneto d'Agogna, Ghemme, Grignasco, Maggiore, Prato Sesia, Romagnano Sesia, Suno, Varallo Pombia, Gattico - Veruno,
- In the Province of Vercelli, the following Municipalities: Carisio, Borgo Vercelli, Alice Castello, Balocco, Borgo d'Ale, Buronzo, Cigliano, Crescentino, Fontanetto Po, Lamporo, Livorno Ferraris, Moncrivello, Palazzolo Vercellese, Rovasenda, Saluggia, San Giacomo Vercellese, Gattinara, Lenta, Lozzolo, Roasio, Serravalle Sesia, Valduggia
- In the Province of Torino, the following Municipalities: Azeaglio, Cossano Canavese, Maglione, Verrua Savoia, Settimo Rottaro, Villareggia, Borgomasino, Piverone,
- In the Province of Biella, the following Municipalities: Castelletto Cervo, Cavaglià, Cerrione, Dorzano, Giffenga, Massazza, Mottalciata, Roppolo, Salussola, Villanova Biellese, Viverone, Zimone, Benna, Brusnengo, Candelo, Cossato, Masserano, Sostegno, Verrone, Villa del Bosco, Lessona.

Liguria Region:

- In the Province of La Spezia, the following Municipalities: Pignone, Levante, Monterosso al Mare, Riccò del Golfo di Spezia, La Spezia, Bonassola, Vernazza, Riomaggiore, Ameglia, Lerici, Castelnuovo Magra, Luni,
- in the province of Savona the following Municipalities: Pallare, Cosseria, Mallare, Cengio, Altare, Millesimo, Plodio, Roccavignale, Bormida, Rialto, Calice Ligure, Pietra Ligure, Tovo San Giacomo, Magliolo, Loano, Giustenice, Borgio Verezzi

Emilia-Romagna Region:

- in the Province of Piacenza, the following Municipalities: Besenzone, Caorso, San Pietro in Cerro, Cortemaggiore, Villanova sull'Arda, Monticelli D'Ongina.
- in the Province of Parma, the following Municipalities: Soragna, Fontanellato, Parma, Fontevivo, Busseto, Neviano, Traversetolo, Lesignano De' Bagni, Montechiarugolo,
- in the Province of Reggio-Emilia, the following Municipalities: Ventasso, Castelnovo Ne' Monti, Vetto,

Toscana Region:

- In the Province of Massa Carrara, the following Municipalities: Carrara, Casola in Lunigiana, Massa;
- In the Province of Lucca, the following Municipalities: Minucciano, Piazza Al Serchio, Sillano Giuncugnano, Vagli Sotto;

Lombardia Region:

- In the Province of Cremona, the following Municipalities: Pizzighettone, Crotta d'Adda, Agnadello, Bagnolo Cremasco, Capergnanica, Casaletto Ceredano, Casaletto Vaprio, Castelleone, Chieve, Credera Rubbiano, Crema, Cremona, Dovera, Fiesco, Formigara, Gombito, Madignano, Monte Cremasco, Montodine, Moscazzano, Palazzo Pignano, Pandino, Pieranica, Quintano, Ripalta Arpina, Ripalta Cremasca, Ripalta Guerina, Rivolta D'adda, San Bassano, Spino D'adda, Torlino Vimercati, Trescore Cremasco, Vaiano Cremasco.
- In the Province of Pavia, all Municipalities not included in part II and III.
- In the Province of Milan, the following Municipalities: Albairate, Cassinetta di Lugagnano, Cislano, Cusago, Cesano Boscone, Bareggio, Settimo Milanese, Corsico, Cornaredo, Sedriano, Milano, Magnago, Arluno, Busto Garolfo, Corbetta, Dairago, San Giorgio su Legnano, Vanzaghella, Santo Stefano Ticino, Vittuone, Villa Cortese, Parabiago, Ossona, Casorezzo, Canegrate, Vizzolo Predabissi, Colturano, Dresano, San Donato Milanese, Tribiano, Mediglia, Pogliano Milanese, Pregnana Milanese, Vanzago, Legnano, San Vittore Olona, Nerviano, Paullo, Pantigliate, Pioltello, Segrate, Rodano, Settala, Peschiera Borromeo,
- In the Province of Lodi, the following Municipalities: Senna Lodigiana, San Rocco al Porto, Somaglia, Guardamiglio, Corno Giovine, Santo Stefano Lodigiano, Caselle Landi, Castelgerundo, Cornovecchio, Maccastorna, San Fiorano, Castelnuovo Bocca d'Adda, Maleo, Fombio, Terranova dei Passerini, Codogno, Meleti, Zelo Buon Persico, Abbazia Cerreto, Bertonico, Castiglione D'adda, Comazzo, Corte Palasio, Crespiatica, Merlino, Turano Lodigiano,

In the Province of Varese, the following Municipalities: Lonate Pozzolo, Cardano al Campo, Ferno, Fagnano Olona, Busto Arsizio, Castellanza, Cassano Magnago, Gallarate, Samarate, Casorate Sempione, Solbiate Olona, Vizzola Ticino, Somma Lombardo, Olgiate Olona.

Calabria Region:

- In Reggio Calabria Province the following Municipalities: Taurianova, Locri, Cittanova, Gerace, Rizziconi, Antonimina, Portigliola, Gioia Tauro, Sant'Ilario dello Ionio, Terranova Sappo Minulio, Malochio, Bagnara Calabria, Oppido Mamertina, Palmi, Melicuccà, Ardore, Seminara, Ciminà, Varapodio, San Procopio.

Basilicata Region:

- In Potenza Province the following Municipalities: Marsico Nuovo, Rivello, Sasso di Castalda, Brienza, Moliterno, Grumento Nova, Paterno, Lagonegro, Tramutola.

Campania Region:

- In Salerno Province the following Municipalities: Piaggine, Monte San Giacomo, Tortorella (escluso enclave), Teggiano, Sala Consilina, Valle Dell'angelo, San Giovanni a Piro, Vibonati, San Rufo, Roccagloriosa (escluso enclave), Laurito, Roscigno, Futani, Sapri, Polla, Ispani, Montano Antilia, Novi Velia, Laurino, Cannalonga, Celle di Bulgheria, Cuccaro Vetere, Corleto Monforte, Campora, San Pietro al Tanagro, Sacco, Torraca, Sant'angelo a Fasanella, Santa Marina, Sant'Arsenio, Atena Lucana, Bellosguardo, Pisciotta, Camerota, Centola, San Mauro La Bruca, Vallo Della Lucania, Moio Della Civitella, Ceraso, Ascea.

8. Tschechien

Die folgenden Sperrzonen I in Tschechien:

Liberecký kraj:

- v okrese Liberec katastrální území obcí Česká Ves v Podještědí, Družcov, Chrástná, Jablonné v Podještědí, Janův Důl, Lázně Kundratice, Markvartice v Podještědí, Osečná, Postřelná, Rozstání pod Ještědem, Heřmanice v Podještědí, Hodkovice nad Mohelkou, Jílové u Hodkovic nad Mohelkou, Paceřice, Petrašovice, Radoňovice, Radostín u Sychrova, Vlčetín u Bílé, Záskaří, Žďárek u Sychrova, Bílá u Českého Dubu, Český Dub, Chvalčovice, Kotel, Modlibohov, Smržov u Českého Dubu, Sobákov, Starý Dub, Zábrdí u Osečné,
- v okrese Česká Lípa katastrální území obcí Brniště, Břevniště pod Ralskem, Dubnice pod Ralskem, Hamr na Jezeře, Hlemýžď, Kamenice u Zákup, Luhov u Mimoně, Noviny pod Ralskem, Stráž pod Ralskem, Velenice u Zákup, Velký Grunov, Velký Valtinov, Mařeničky, Mařenice, Krompach, Horní Světlá pod Luží, Dolní Světlá pod Luží, Svor, Naděje, Cvikov, Kunratice u Cvikova, Trávník u Cvikova, Drnovec, Lindava,
- v okrese Jablonec nad Nisou katastrální území obcí Harrachov, Alšovice, Bezděčín u Jablonce nad Nisou, Bohdalovice, Bratříkov, Bzí u Železného Brodu, Dalešice u Jablonce nad Nisou, Desná II, Držkov, Frýdštejn, Haratice, Horská Kamenice, Hrubá Horka, Huť, Chlístov u Železného Brodu, Jenišovice u Jablonce nad Nisou, Jílové u Držkova, Jirkov u Železného Brodu, Jistebko, Kokonín, Lhotka u Zlaté Olešnice, Líšný, Loužnice, Maršovice u Jablonce nad Nisou, Mukařov u Jablonce nad Nisou, Nová Ves nad Nisou, Odolenovice u Jenišovic, Ondříkovice, Pelíkovice, Plavy, Příchovice u Kořenova, Pulečný, Radčice, Rejdice, Rychnov u Jablonce nad Nisou, Skuhrov u Železného Brodu, Sněhov, Stanový, Střevelná, Šumburk nad Desnou, Velké Hamry, Vlastiboř u Železného Brodu, Vranové I, Vranové II, Vráta, Vrkoslavice, Zásada, Zlatá Olešnice, Navarovská, Zlatá Olešnice Semilská, Železný Brod,
- v okrese Semily katastrální území obcí Buřany, Dolní Rokytnice, Františkov v Krkonoších, Horní Rokytnice nad Jizerou, Jablonec nad Jizerou, Jesenný, Paseky nad Jizerou, Rokytno v Krkonoších, Roztoky u Semil, Sklenařice, Stará Ves u Vysokého nad Jizerou, Trč, Vysoké nad Jizerou,

9. Griechenland

Die folgenden Sperrzonen I in Griechenland:

- in the regional unit of Kavala:
 - the municipal departments of Keramoti and Chrisoupoli, the community departments of Agiasma, Nea Karia, Piges, Gravouni, Eratino, Perni, Petropigi, Pontolivado and Chrisochori (Nestos Municipality),
 - the municipal departments of Nea Peramos, the community departments of Amisianes, Kokinochoma, Agios Andreas, Eleochori, Eleftheri, Mirtofito, Nea Iraklitsa (Paggaio Municipality),
 - the municipal departments of Kavala, Nea Karvali, Zigos the community departments of Chalkero, Amigdaleonas, Korifes, Krioneri, Palea Kavala, Polistilos and Filipi (Kavala Municipality),
- in the regional unit of Xanthi:
 - the municipal departments of Kimmerion and Xanthi (Xanthi Municipality),
 - the community departments of Satres, Thermes and the municipal departments of Myki, Echinis and Kotyli (Myki Municipality),

- the community departments of Sounio, Avdira, Mandra, Mirodato, Nea Kesani, Koutsos, Magiko, Pigadia, Polisito and Selino, the municipal department of Selero, Genisea and Diomidia (Avdira Municipality),
- the municipal department of Evlalo and the community departments of Avato, Exohi, Erasmio, Maggana and Olvio (Topiros Municipality),
- in the regional unit of Rodopi:
 - the municipal department of Komotini and the community departments of Anthochorio, Gratini, Thrylorio, Kalhas, Karydia, Kikidio, Kosmio, Pandrosos, Aigeiros, Meleti, Itea, Sidirades, Stilari and Mega Doukato (in Komotini municipality),
 - the municipal department of Organi and the community departments of Dilina, Kinira, Nikites, Plagia, Skaloma, Strofi, Agra, Ardia, Vragia, Dokos, Drosia, Drimi, Esochi, Kato Drosini, Lampro, Neo Kalintirio, Nevra, Omiriko, Passo, Paterma, Ragada, Skiada, Arriana, Darmeni, Fillyra, Ano Drosini, Kehros and (in Arriana municipality),
 - the municipal departments of Iasmos, Asomatoi, and the community departments of Sostis, Kerasea, Linos, Megas Postos, Mischos, Amvrosia, Amaxades, Polyanthos (in Iasmos municipality),
 - the municipal department of Amaranta and the community department of Nea Santa (in Maroneia Sapon municipality),
- in the regional unit of Evros:
 - the municipal departments of Soufli and Mikro Dereio and the community departments of Amorio, Lavara, Dadia, Kyriaki, Mandra, Mavrokklisi, Protokklisi, (in Soufli municipality),
 - the municipal departments of Nea Vyssa, Orestia and the community departments of Galini, Thourio, Neo Chimonio, Milea, Dikaia, Arzos, Elaia, Therapio, Komara, Marasia, Ormenio, Pentalofos, Petroti, Plati, Ptelea, Kyprinos, Zoni, Fulakio, Spilaio, Kavili, Kastanies, Rizia, Sterna, Ampelakia, Valtos, Megali Doxipara, Neochori and Chandras (in Orestia municipality),
 - the municipal departments of Ellinochori, Didymoteicho and the community departments of Asimenio, Isaakio, Petrades, Praggi, Pithio, Sofiko, Asvestades, Karoti, Koufovouno, Kiani, Mani, Sitochori, Alepochori, Asproneri, Metaxades, Vrysika, Doksa, Elafoxori, Ladi, Paliouri and Poimeniko (in Didymoteicho municipality).
- in the regional unit of Kilikis:
 - the community departments of Anthofito, Mikrokampos, Neo Agioneri, Paleo Agioneri, Gallikos, Pedino, Mavroneri, Neo Ginekokatsro, Xilokeratea (Kilikis Municipality),
 - the municipal departments of Agios Petros and Axiochori (Peonia Municipality),
- in the regional unit of Thessaloniki:
 - the community departments of Adam, Nea Kalindia and Petrokera (Langadas Municipality),
 - the municipal departments of Panorama, and Pilea (Pilaia-Chortiatis Municipality),

- the municipal department of Koufalia, Agios Athanasios, Vathilakos, Gefira, Nea Mesimvria, Prochoma, Adendro, Mikro Monastiri, Chalkidona and the community departments of Agchialos, Xirochori, Valtochori, Eleousa and Partheni (Chalkidona Municipality),
- the municipal departments of Vasilika, Neo Risio, Plagiari, Trilofos, Thermi and the community departments of Agia Paraskevi, Agios Antonios, Livadi, Peristera, Souroti, Tagarades, Kardias, Kato Scholari and Nea Redestos (Thermi municipality),
- the municipal departments of Liti and Oreokastro and the community departments of Nea Filadelfia, Neochorouda, Pentelofos, Mesaio, Melissochori (Oreokastro Municipality),
- the municipal departments of Ampelokipi and Menemeni (Ampelokipi-Menemeni Municipality),
- the municipal departments of Diavata, Kalochori, Nea Magnisia and Sindos (Delta Municipality),
- the municipality of Thessaloniki and the municipal department of Triandria (Thessaloniki Municipality)
- the municipality of Kalamaria (Kalamaria Municipality)
- the municipal department of Evosmos, Eleftherio-Kordelio (Kordelio-Evosmos Municipality)
- the municipal departments of Agios Pavlos, Neapoli, Pefka and Sikies (Neapoli-Sikeon Municipality)
- the municipal departments of Efkarpia, Polichni and Stavroupoli (Pavlos Melas Municipality),
- the municipal departments of Epanomi, Agia Triada, Nei Epivates, Perea, Nea Michaniona and community departments of Mesimeri, Aggelochori and Nea Kerasia (Thermaikos Municipality)
- in the regional unit of Chalkidiki:
 - the municipal departments of Megali Panagia, Ierisos and the community departments of Gomati, Pargadikia, Stratoniki and Stratoni (Aristotelis Municipality),
 - the municipal departments of Galatista, Ormilias, Poligiros and the community departments of Vavdos, Galarinos, Doumpia, Geroplatanos, Palaiochora, Riza, Metamorfosi, Agios Prodromos, Vrastama, Palaiokastros, Taxiarchis and Sana (Poligiros Municipality),
 - the community department of Metagkitsi (Sithonia Municipality),
 - the municipal departments of Nea Kallikratia, Simantra, Nea Triglia and community departments of Agios Pavlos, Lakkoma, Nea Gonia, Nea Silata, Agios Panteleimonas, Eleochori, Krini, Nea Tenedos, Nea Plagia and Petralona (Nea Propontida Municipality),
- in the regional unit of Pella:
 - the community departments of Grammatiko, and Flamouria (Edessa Municipality),
 - the municipal departments of Kria Vrasi, Pella and the community departments of Akrolimni, Agrosikia, Athira, Ditiko, Nea Pella, Rachona, (Pella Municipality),

- in the regional unit of Imathia:
 - the municipal departments of Kopanos and Naousa and the community departments of Lefkadia, Monospita, Chariesa, Aggelochori, Zervochori, Poliptalanos, Arkochori, Gianakochori, Rodochori, Stenimachos, Episkopi Naousis, Marina (Naousa municipality),
 - the municipal departments of Alexandria, Korifi, Plati and the community departments of Vrisaki, Kampochori, Loutros, Neochori, Nisi, Episkopi, Kavasila, Kefalochori, Xechasmeni, Paleo Skiliti, Stavros, Agathia, Kipseli, Prodomos, Arachos, Lianovegi, Platanos, Prasinada and Trikala (Alexandria Municipality),
 - the municipal departments of Macrochori, Veria and the community departments of Diavatos, Kouloura, Lykogianni, Nea Nikomideia, Kato Vermio, Agia Marina, Agios Georgios, Patrída, Trilofos and Fitia (Veria Municipality)
- in the regional unit of Kozani:
 - the municipal department of Ptolemaida and the community departments of Agios Christoforos, Ermakia, Kariochori, Spilia, Anatoliko, Komnina, Mesovouno, Pirgi, Vlasti, Anarrachi, Ardassa, Emporio, Milochori, Asvestopetra, Pentavrysos, Kardía, Komanos, Mavropigi, Pteleonas and Proastio (Eordea Municipality),
 - the community departments of Livera, Pontokomi, Sideras, Kleitos, Exohi and Charavgi (Kozani Municipality)
 - the municipal department of Galatini and the community departments of Sisani, Eratira, Namata, Pelekanos, Driovouni, Molocha, Platania, Simantro and Dragatsia (Voio Municipality),
- in the regional unit of Florina:
 - the community departments of Antigono, Farangi, Maniaki, Pelargos (Aminteo Municipality),
- in the regional unit of Kastoria:
 - the municipal departments of Mesopotamia, Maniaki, Kastoria and the community departments of Korisos, Lithia, Melisotopos, Metamorfosi, Oxia, Polikeraso, Sidirochori, Tichio, Aygi, Koromilia, Lefki, Omorfoklissia, Pentavriso, Tsakoni, Chiliodenro, Agia Kiriaki, Kalochori, Inoi, Pteria, Agios Antonios, Gavros, Kranionas, Mavrokampos, Chalara, Dispilio, Mavrochori and the community departments of Dendrochori and Ieropigi (Kastoria Municipality),
 - the community departments of Polianemo, Dipotamia, Komninades, Chionado, Kotili, Kipseli, Nestorio, Ptelea, Eptachori, Chrii and Gramos (Nestorio Municipality),
 - the municipal departments of Argos Orestiko and the community departments of Ampelokipoi, Vogatsiko, Germa, Kostarazi, Militsa, Vrachos, Kastanofito, Lagka, Lakkomata, Melanthio and Spilea (Orestidos Municipality).
- in the regional unit of Ioannina:
 - the community departments of Agios Minas, Aristi, Elafotopos, Mesovouni, Monodendri, Vradeto, Vrisochori, Kapesovo, Koukouli, Tsepelovo and Papigko (Zagori Municipality),
 - the community departments of Ligopsas, Soulopoulo, Dafnofito, Karitsa, Vrosina, Zaloggo, Vatataides, Vlachatano, Vasilopoulo, Raiko, Lithino, Aetopetra Dodonis, Voutsaras, Vrisoula, Gkrimpovo, Granitsopoula, Despotiko, Ekklishochori, Kalochori, Rizo and Fotino (Zitsa Municipality),

- the municipal departments of Konitsa and the community departments of Agia Varvara, Agia Paraskevi, Aetopetra Konitsas, Aidonochori, Amarantos, Ganadio, Elefthero, Exochi, Ililorachi, Kavasila, Kallithea, Klidonia, Mazi, Melissopetra, Molista, Molivdoskepastos, Monastiri, Nikanoras, Pades, Paleoselli, Pigi, Pournia, Pirgos, Asimochori, Vourmpiani, Gorgopotamos, Drosopigi, Kastanea, Kefalochori, Lagkada, Oxia, Plagia, Plikati, Pirsogianni, Chionades and the community departments of Aetomilitsa and Fourka (Konitsa Municipality),
- the community departments of Areti, Vrontismeni, Ieromnimi, Katarraktis, Kouklii, Mazaraki, Mavronoros, Parakalamos, Repetista, Riachovo, Sitaria, Agios Kosmas, Vasiliko, Kakolakkos, Kato Meropi, Kefalovriso, Meropi, Paleopirgos, Roupsia, Oreokastro, Agia Marina, Argirochori, Vissani, Delvinaki, Kastaniani, Kerasovo, Krioneri, Ktismata, Limni, Mavropoulo, Orinos Xirovaltos, Peristeri, Pontikates, Stratinista, Teriachi, Faraggi, Charavgi, Ano Ravenia, Geroplatanos, Doliana, Kalpaki, Kato Ravenia, Mavrovouni, Negrades, Chrisorrachi, Dimokori, Lavdani, Dolo, Drimades, Pogoniani and Stavroskiadi (Pogoni Municipality).
- in the regional unit of Thesprotia:
 - the municipal departments of Igoumenitsa and the community departments of Agia Marina, Dramesa, Koritiani, Agios Vlasios, Grekochori, Kastri, Kriovrisi, Ladochori, Mavroudi, Nea Selefkia, Geroplatanos, Drimitsa, Parapotamos and Plataria (Igoumenitsa Municipality),
 - the community departments of Pente Ekklesies, Plakoti and Polidroso (Souli Municipality),
 - the municipal department of Filiates and the community departments of Asprokklisi, Kestrini, Ragio, Sagiada, Smertos, Agios Nikolaos, Agii Pantes, Aetos, Ampelonas, Anavrito, Achladia, Vavouri, Vrisella, Gardiki, Giromeri, Gola, Kallithea Filiaton, Kato Xechoro, Keramitsa, Kerasochori, Kefalochori, Kokkinia, Kokkinolithari, Kouremadi, Krioneri, Kipariso, Leptokaria, Lia, Lista, Malouni, Milea, Xechoro, Paleokklisi, Paleochori, Palampas, Pigadoulia, Plaisio, Platanos, Raveni, Rizo, Sideri, Trikorifo, Tsamantas, Faneromeni, Finiki and Charavgi (Filiates Municipality).

10. Kroatien

Die folgenden Sperrzonen I in Kroatien:

Brodsko-posavska županija:

- općina Donji Andrijeveci
- općina Oprisavci
- općina Sikirevci
- općina Slavonski Šamac
- općina Velika Kopanica
- općina Vrpolje

Osječko-baranjska županija:

- Grad Đakovo, naselje Široko Polje
- općina Antunovac
- općina Drenje
- općina Satnica Đakovačka
- općina Trnava
- općina Levanjska Varoš

- općina Čepin
- općina Ernestinovo
- općina Gorjani
- općina Vladislavci
- općina Vuka
- općina Punitovci
- općina Šodolovci, naselja Palača i Silaš
- Grad Belišće:
 - naselje Gorica Valpovačka
 - naselje Veliškovci
 - naselje Tiborjanci
 - naselje Bocanjevci
- Općina Bilje:
 - naselje Vardarac
 - naselje Bilje
 - naselje Lug
 - naselje Kozjak
 - naselje Kopačevo
 - naselje Podunavlje
 - naselje Zlatna Greda
 - naselje Tikveš
- Općina Bizovac:
 - naselje Bizovac
 - naselje Habjanovci
 - naselje Cret Bizovački
 - naselje Brođanci
 - naselje Novaki Bizovački
 - naselje Selci
- Grad Donji Miholjac
 - naselje Sveti Đurađ
 - naselje Podgajci Podravski
- Općina Draž:
 - naselje Podolje
 - naselje Topolje
 - naselje Gajić

- naselje Duboševica
- naselje Batina
- naselje Draž
- Općina Kneževi Vinogradi:
 - naselje Jasenovac
 - naselje Kotlina
 - naselje Kneževi Vinogradi
 - naselje Sokolovac
 - naselje Mirkovac
 - naselje Suza
 - naselje Zmajevac
- Općina Marijanci:
 - naselje Čamagajevci
 - naselje Črnkovci
 - naselje Marijanci
 - naselje Marjanski Ivanovci
 - naselje Kunišinci
 - naselje Bočkinci
 - naselje Brezovica
- Grad Osijek:
 - grad Osijek
 - naselje Josipovac
 - naselje Višnjevaca
 - naselje Tvrđavica
 - naselje Podravlje
 - naselje Brijesće
 - naselje Brijest
 - naselje Klisa
 - naselje Nemetin
 - naselje Sarvaš
 - naselje Tenja
- Općina Popovac:
 - naselje Kneževo
 - naselje Branjina

- Grad Valpovo:
 - naselje Harkanovci
 - naselje Zelčin
- Vukovarsko-srijemska županija
 - općina Tordinci, naselje Korog

11. Litauen

Die folgenden Sperrzonen I in Litauen:

- Joniškio rajono savivaldybės: Gaižaičių, Gataučių, Kriukių, Rudiškių, Žagarės seniūnijos,
- Ignalinos rajono savivaldybės: Ceikinių, Dūkšto, Ignalinos, Ignalinos miesto, Kazitiškio sen. rytinė dalis nuo 102 kelio, Linkmenų, Naujojo Daugėlišio, Mielagėnų, Rimšės, Tverėčiaus, Vidiškių seniūnijos.
- Panevėžio miesto savivaldybė,
- Panevėžio rajono savivaldybės: Krekenavos seniūnijos vakarinė dalis nuo Nevėžio upės, Naujamiesčio seniūnija.

TEIL II

1. Bulgarien

Die folgenden Sperrzonen II in Bulgarien:

- the whole region of Haskovo,
- the whole region of Yambol,
- the whole region of Stara Zagora,
- the whole region of Pernik,
- the whole region of Kyustendil,
- the whole region of Plovdiv,
- the whole region of Pazardzhik,
- the whole region of Smolyan,
- the whole region of Dobrich,
- the whole region of Sofia city,
- the whole region of Sofia Province,
- the whole region of Blagoevgrad,
- the whole region of Razgrad,
- the whole region of Kardzhali,
- the whole region of Burgas,
- the whole region of Varna,
- the whole region of Silistra,
- the whole region of Ruse,
- the whole region of Veliko Tarnovo,

- the whole region of Pleven,
- the whole region of Targovishte,
- the whole region of Shumen,
- the whole region of Sliven,
- the whole region of Vidin,
- the whole region of Gabrovo,
- the whole region of Lovech,
- the whole region of Montana,
- the whole region of Vratza.

2. **Deutschland**

Die folgenden Sperrzonen II in Deutschland:

Bundesland Brandenburg:

- Landkreis Spree-Neiße:
 - Gemeinde Schenkendöbern mit einem Teil der Gemarkung Groß Gastrose,
 - Gemeinde Guben mit Teilen der Gemarkungen Schlagsdorf und Guben,
 - Gemeinde Jänschwalde mit Teilen der Gemarkung Griefßen,
 - Stadt Forst mit Teilen der Gemarkungen Horno, Briesnig, Bohrau, Naundorf, Forst (Lausitz), Groß Bademeusel und Klein Bademeusel,
 - Gemeinde Neiße-Malxetal mit einem Teil der Gemarkung Järischke,
 - Gemeinde Jämlitz-Klein Düben mit der Gemarkung Klein Düben und Teilen der Gemarkung Jämlitz,
 - Gemeinde Tschernitz mit der Gemarkung Wolfshain und einem Teil der Gemarkung Tschernitz,
 - Gemeinde Döbern mit Teilen der Gemarkung Döbern,
 - Gemeinde Felixsee mit Teilen der Gemarkungen Bohsdorf, Klein Loitz, Friedrichshain und Reuthen,
 - Gemeinde Spremberg mit der Gemarkung Lieskau und Teilen der Gemarkungen Schönheide, Graustein, Spremberg, Terpe, Pulsberg und Jessen,
 - Gemeinde Welzow mit Teilen der Gemarkungen Haidemühl und Proschim,
- Landkreis Uckermark:
 - Gemeinde Angermünde mit den Gemarkungen Crussow, Stolpe, Gellmersdorf, Neukünkendorf, Bölkendorf, Herzsprung, Schmargendorf und den Gemarkungen Angermünde südlich und südöstlich der B2 und Dobberzin südlich der B2,
 - Stadt Schwedt/Oder mit den Gemarkungen Criewen, Zützen, Schwedt, Stendell, Kummerow, Kunow, Vierraden, Blumenhagen, Oderbruchwiesen, Enkelsee, Gatow, Hohenfelde, Schöneberg, Flemsdorf und der Gemarkung Felchow östlich der B2, Berkholz-Meyenburg, Landin südlich der B2 und Jamikow,
 - Gemeinde Pinnow südlich und östlich der B2,

- Gemeinde Casekow mit der Gemarkung Woltersdorf und den Gemarkungen Biesendahlshof und Casekow östlich der L272 und südlich der L27,
- Gemeinde Hohenselchow-Groß Pinnow mit der Gemarkung Groß Pinnow und der Gemarkung Hohenselchow südlich der L27,
- Gemeinde Gartz (Oder) mit der Gemarkung Friedrichsthal, der Gemarkung Geesow östlich der B2 und den Gemarkungen Gartz und Hohenreinkendorf südlich der L27 und der B2 bis Kastanienallee, dort links abbiegend dem Schülerweg folgend bis Höhe Bahnhof, von hier in östlicher Richtung den Salveybach kreuzend bis zum Tantower Weg, diesen in nördlicher Richtung bis zu Stettiner Straße, diese weiter folgend bis zur B2, dieser in nördlicher Richtung folgend,
- Gemeinde Mescherin mit der Gemarkung Mescherin, der Gemarkung Neurochlitz östlich der B2 und der Gemarkung Rosow nördlich der K 7311,
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz:
 - Gemeinde Neu-Seeland mit der Gemarkung Lieske,
 - Gemeinde Senftenberg,
 - Gemeinde Schipkau mit der Gemarkung Hörlitz,
- Landkreis Märkisch Oderland:
 - Gemeinde Bleyen-Genschmar mit Teilen der Gemarkungen Bleyen und Genschmar,
 - Gemeinde Letschin mit Teilen der Gemarkungen Zelliner Loose, Mehrin Graben, Ortwig Graben, Sophienthal, Kienitz und Groß Neuendorf,

Bundesland Sachsen:

- Landkreis Bautzen,
 - Gemeinde Crostwitz mit den Gemarkungen Horka, Crostwitz, Caseritz, Prautitz,
 - Gemeinde Elsterheide,
 - Gemeinde Großdubrau mit den Gemarkungen Commerau/G, Göbeln, Jetscheba, Kauppa,
 - Gemeinde Königswartha,
 - Gemeinde Lohsa,
 - Gemeinde Malschwitz mit den Gemarkungen Halbendorf/Spree, Lieske, Neudorf/Spree,
 - Gemeinde Nebelschütz mit der Gemarkung Piskowitz,
 - Gemeinde Neschwitz,
 - Gemeinde Oßling,
 - Gemeinde Puschwitz,
 - Gemeinde Räckelwitz,
 - Gemeinde Radibor mit den Gemarkungen Brohna, Droben, Lippitsch, Lomske/M, Luppa, Milkel, Quoos, Radibor,
 - Gemeinde Ralbitz-Rosenthal,
 - Gemeinde Spreetal,

- Gemeinde Stadt Bernsdorf,
- Gemeinde Stadt Hoyerswerda,
- Gemeinde Stadt Lauta,
- Gemeinde Stadt Wittichenau,
- Landkreis Görlitz,
 - Gemeinde Boxberg/O.L.,
 - Gemeinde Gablenz,
 - Gemeinde Groß Düben,
 - Gemeinde Krauschwitz i. d. O.L. westlich des Verlaufes der B115 bis Bautzener Straße (B156), S123 (Geschwister-Scholl-Straße) bis Muskauer Straße, B115 (Görlitzer Straße) in südliche Richtung,
 - Gemeinde Kreba-Neudorf nordwestlich des Verlaufes der Verbindungsstraße Neuliebel - Tschernske, nordwestlich der Dorfstraße über Lindenstraße bis zur Kreuzung der S153 in Kreba-Neudorf (Boxberger Straße), westlich des weiteren Verlaufes der S153 in südlicher Richtung bis zur Kreuzung der S121, westlich des Verlaufes der S121 in südliche Richtung,
 - Gemeinde Rietschen westlich des Verlaufes der B115 von Norden kommend bis zum Abzweig der S131 in Rietschen, nordwestlich der S131 von Rietschen bis zum Abzweig der Verbindungsstraße Neuliebel - Tschernske, nordwestlich der Verbindungsstraße Neuliebel - Tschernske in südwestliche Richtung,
 - Gemeinde Schleife,
 - Gemeinde Stadt Bad Muskau westlich des Verlaufes der B115 von der Landesgrenze bis Kreuzung Weinbergweg,
 - Gemeinde Stadt Weißwasser/O.L.,
 - Gemeinde Trebendorf,
 - Gemeinde Weißkeißel westlich des Verlaufes der B115,

Bundesland Hessen:

- Landkreis Groß-Gerau:
 - Stadt Kelsterbach,
 - Stadt Rüsselsheim,
 - Stadt Raunheim,
 - Gemeinde Bischofsheim,
 - Stadt Ginsheim-Gustavsburg,
 - Gemeinde Trebur,
 - Gemeinde Nauheim,
 - Stadt Mörfelden-Walldorf,
 - Gemeinde Büttelborn,
 - Stadt Groß-Gerau,
 - Stadt Riedstadt,
 - Stadt Gernsheim,

- Gemeinde Biebesheim am Rhein,
- Gemeinde Stockstadt am Rhein
- Landkreis Bergstraße:
 - Stadt Heppenheim (Bergstraße),
 - Stadt Lampertheim,
 - Gemeinde Lautertal (Odenwald),
 - Stadt Viernheim,
 - Stadt Lindenfels,
 - Gemeinde Mörlenbach,
 - Teile der Gemeinde Fürth,
 - Gemeinde Rimbach,
 - Teile der Gemeinde Grasellenbach,
 - Gemeinde Birkenau,
 - Gemeinde Gorbheimertal,
 - Gemeinde Abtsteinach,
 - Teile der Gemeinde Wald-Michelbach,
 - Gemeinde Groß-Rohrheim,
 - Stadt Zwingenberg,
 - Stadt Bensheim,
 - Gemeinde Einhausen,
 - Gemeinde Biblis,
 - Stadt Lorsch,
 - Stadt Bürstadt,
- Landkreis Main-Taunus-Kreis:
 - Gemeinde Hochheim am Main,
 - Stadt Flörsheim,
 - Stadt Hattersheim,
 - Gemeinde Kriftel,
 - Teile der Stadt Hofheim am Taunus,
- Landkreis Offenbach:
 - Teile der Stadt Neu-Isenburg,
 - Stadt Langen,
 - Gemeinde Egelsbach,
 - Teile der Stadt Dreieich,
 - Teile der Stadt Rödermark,

- Stadt Darmstadt:
 - Stadtteil Darmstadt-Arheilgen,
 - Stadtteil Darmstadt-Kranichstein,
 - Stadtteil Darmstadt-Ost,
 - Stadtteil Darmstadt-Wixhausen,
 - Stadtteil Darmstadt-Nord,
 - Stadtteil Darmstadt-Mitte,
 - Stadtteil Darmstadt-Bessungen,
 - Stadtteil Darmstadt-Eberstadt,
 - Stadtteil Darmstadt-West,
- Landkreis Darmstadt-Dieburg:
 - Gemeinde Messel,
 - Stadt Dieburg,
 - Gemeinde Roßdorf,
 - Gemeinde Groß-Zimmern,
 - Stadt Reinheim,
 - Stadt Groß-Biebrau,
 - Gemeinde Fischbachtal,
 - Gemeinde Modautal,
 - Teile der Stadt Groß-Umstadt,
 - Teile der Gemeinde Eppertshausen,
 - Teile der Gemeinde Münster (Hessen),
 - Teile der Stadt Babenhausen,
 - Teile der Gemeinde Otzberg,
 - Stadt Ober-Ramstadt,
 - Gemeinde Mühlthal,
 - Gemeinde Seeheim-Jugenheim,
 - Gemeinde Erzhausen,
 - Stadt Weiterstadt,
 - Stadt Griesheim,
 - Gemeinde Alsbach-Hähnlein,
 - Gemeinde Bickenbach,
 - Stadt Pfungstadt,

- Stadt Frankfurt am Main:
 - Stadtteil Sindlingen,
 - Stadtteil Zeilsheim,
 - Teile des Stadtteils Höchst,
 - Teile des Stadtteils Unterliederbach,
 - Teile des Stadtteils Schwanheim,
- Stadt Wiesbaden:
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Biebrich,
 - Ortsbezirk Mainz-Amöneburg,
 - Ortsbezirk Mainz-Kastel,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Erbenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Delkenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Nordenstadt,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Breckenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Igstadt,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Mitte,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Rheingauviertel,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Südost,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Westend,
 - Ortsbezirk Mainz-Kostheim,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Dotzheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Frauenstein,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Bierstadt,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Auringen,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Klarenthal,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Kloppenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Schierstein,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Sonnenberg,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Medenbach,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Nordost,
- Landkreis Odenwaldkreis:
 - Teile der Gemeinde Brensbach,
 - Gemeinde Fränkisch-Crumbach,
 - Teile der Gemeinde Reichelsheim (Odenwald),

- Landkreis Rheingau-Taunus-Kreis:
 - Teile der Gemeinde Schlangenbad,
 - Teile der Gemeinde Taunusstein,
 - Teile der Gemeinde Bad Schwalbach,
 - Gemeinde Eltville am Rhein,
 - Gemeinde Kiedrich,
 - Teile der Gemeinde Oestrich-Winkel,
 - Teile der Gemeinde Geiseheim,
 - Gemeinde Walluf,

Bundesland Rheinland-Pfalz:

- Stadt Mainz
- Landkreis Mainz-Bingen:
 - Stadt Bingen, Naturschutzgebiet-7300-019 „Fulderaue-Ilmenau“,
 - Gemeinde Budenheim,
 - Stadt Gau-Algesheim,
 - Gemeinde Schwabenheim an der Selz,
 - Stadt Ingelheim am Rhein,
 - Gemeinde Dolgesheim,
 - Gemeinde Dorn-Dürkheim,
 - Gemeinde Hahnheim,
 - Gemeinde Hillesheim,
 - Gemeinde Klein-Winternheim,
 - Gemeinde Nieder-Olm (östlich der A63),
 - Gemeinde Ober-Olm (östlich der A63),
 - Gemeinde Sörrenloch,
 - Gemeinde Undenheim,
 - Gemeinde Weinolsheim,
 - Gemeinde Zornheim,
 - Gemeinde Bodenheim,
 - Gemeinde Dalheim,
 - Gemeinde Dexheim,
 - Gemeinde Dienheim,
 - Gemeinde Eimsheim,
 - Gemeinde Friesenheim,
 - Gemeinde Gau-Bischofsheim,

- Gemeinde Guntersblum,
- Gemeinde Harxheim,
- Gemeinde Königsheim,
- Gemeinde Lörzweiler,
- Gemeinde Ludwigshöhe,
- Gemeinde Mommenheim,
- Gemeinde Nackenheim,
- Stadt Nierstein,
- Stadt Oppenheim,
- Gemeinde Selzen,
- Gemeinde Uelversheim,
- Gemeinde Wintersheim,
- Landkreis Alzey-Worms:
 - Gemeinde Bechtolsheim,
 - Gemeinde Dittelsheim-Heßloch,
 - Gemeinde Framersheim,
 - Gemeinde Frettenheim,
 - Gemeinde Gau-Odernheim,
 - Gemeinde Monzernheim,
 - Gemeinde Westhofen,
 - Gemeinde Alsheim,
 - Gemeinde Bechtheim,
 - Gemeinde Mettenheim,
 - Gemeinde Osthofen,
 - Stadt Worms,
 - Gemeinde Eich,
 - Gemeinde Gimbsheim,
 - Gemeinde Hamm am Rhein,
- Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis:
 - Stadt Ludwigshafen a. Rh. (BASF Werksgelände, bebaute Ortslage Oppau, Stadtteil Edigheim),
 - Gemeinde Beindersheim,

- Gemeinde Bobenheim-Roxheim,
 - Stadt Frankenthal (Pfalz) (bebaute Flächen und östlich davon gelegene Freiflächen),
 - Gemeinde Großniedesheim,
 - Gemeinde Kleinniedesheim,
- Bundesland Baden-Württemberg:
- Stadt Mannheim,
 - Landkreis Rhein-Neckar-Kreis:
 - Gemeinde Laudenbach,
 - Stadt Hemsbach,
 - Stadt Weinheim,
 - Gemeinde Heddesheim,
 - Gemeinde Hirschberg,
 - Gemeinde Ilvesheim,
 - Stadt Ladenburg,
 - Stadt Schriesheim,
 - Gemeinde Wilhelmsfeld,
 - Gemeinde Heiligkreuzsteinach,
 - Gemeinde Dossenheim,
 - Gemeinde Edingen-Neckarhausen,
- Bundesland Nordrhein-Westfalen:
- Kreis Olpe:
 - Teile der Hansestadt Attendorn,
 - Teile der Gemeinde Finnentrop,
 - Teile der Gemeinde Kirchhundem,
 - Teile der Stadt Lennestadt,
 - Teile der Stadt Olpe,
 - Hochsauerlandkreis:
 - Teile der Gemeinde Eslohe (Sauerland),
 - Teile der Stadt Schmallenberg,
 - Kreis Siegen-Wittgenstein:
 - Teile der Stadt Bad Berleburg,
 - Teile der Gemeinde Erndtebrück,
 - Teile der Stadt Hilchenbach,
 - Teile der Stadt Netphen.

3. **Estland**

Die folgenden Sperrzonen II in Estland:

- Eesti Vabariik (välja arvatud Hiiu maakond ja III taseme piirangutsooni piirkonnad).

4. **Lettland**

Die folgenden Sperrzonen II in Lettland:

- Aizkraukles novads,
- Alūksnes novads,
- Augšdaugavas novads,
- Ādažu novads,
- Balvu novads,
- Bauskas novada Bārbeles, Brunavas, Ceraukstes, Gailišu, Iecavas pagasta daļa uz Ziemeļiem no dzelzceļa līnijas Krustpils-Jelgava, Īslīces, Kurmenes, Rundāles, Skaistkalnes, Stelpes, Svītenes, Valles, Vecsaules un Vecumnieku pagastiem un Viesturu pagasta daļa uz Rietumiem no autoceļa V1038 un Bauskas pilsēta,
- Cēsu novads,
- Dienvidkurzemes novada Aizputes, Cīravas, Lažas, Durbes, Dunalkas, Tadaikšu, Vecpils, Bārtas, Sakas, Bunkas, Priekules, Gramzdas, Kalētu, Virgas, Dunikas, Vaiņodes, Gaviezes, Grobiņas, Rucavas, Vērgales, Medzes, Embūtes, Kalvenes, Kazdangas pagasts, Nīcas pagasta daļa uz dienvidiem no apdzīvotas vietas Bernāti, autoceļa V1232, A11, V1222, Bārtas upes, Aizputes, Durbes, Pāvilostas, Priekules, Grobiņas pilsēta,
- Dobeles novada Annenieku, Augstkalnes, Auru, Bēnes, Bērzes pagasta daļa uz Ziemeļrietumiem no Bērzes un Ālaves upes, Bikstu, Bukaišu, Īles, Krimūnu pagasta daļa uz Rietumiem no Ālaves upes, Lielaucē, Naudītes, Penkules, Tērvetes, Ukru, Vecauces, Vītiņu, Zebrenes pagasts, Jaunbērzes pagasta daļa uz austrumiem no autoceļa, kas iet caur apdzīvotu vietu Mežinieki, Jaunbērze, gar Galiņi, Druvas, Lieldegaiņi, Mazdegaiņi, Puriņi, autoceļa P102, Dobeles, Auces pilsēta,
- Gulbenes novads,
- Jelgavas novada Cenu, Elejas, Jaunsvirlaukas pagasta daļa uz Dienvidrietumiem no autoceļa V1038 un uz Ziemeļrietumiem no Īslīces upes, Kalnciema, Lielplatones, Līvānu pagasta daļa uz Ziemeļiem no Bērzes upes, Ozolnieku, Platones pagasta daļa uz Austrumiem no autoceļa A8 līdz autoceļam V1085, uz Dienvidaustrumiem no autoceļa V1085, Salgaļes pagasta daļa uz Rietumiem no Lielupes, uz Ziemeļiem no autoceļa V1008 un uz Rietumiem no Garozas upes, Sesavas, Valgundes, Vilces un Vircavas pagasts,
- Jēkabpils novads,
- Krāslavas novads,
- Kuldīgas novads,
- Ķekavas novads,
- Limbažu novads,
- Līvānu novads,
- Ludzas novads,
- Madonas novads,
- Mārupes novads,

- Ogres novads,
- Olaines novads,
- Preiļu novads,
- Rēzeknes novads,
- Ropažu novada Garkalnes, Ropažu pagasts, Stopiņu pagasta daļa, kas atrodas uz austrumiem no autoceļa V36, P4 un P5, Acones ielas, Dauguļupes ielas un Dauguļupītes, Vangažu pilsēta,
- Salaspils novads,
- Saldus novads,
- Saulkrastu novads,
- Siguldas novads,
- Smiltenes novads,
- Talsu novads,
- Tukuma novada Cēres, Engures, Jaunpils, Jaunsātu, Kandavas, Lapmežciema, Matkules, Pūres, Sēmes, Smārdes, Tumes, Vānes, Viesatu, Zantes, Zemītes, Zentenes pagasts, Irlavas pagasta daļa uz rietumiem no autoceļa P104, Degoles pagasta daļa uz rietumiem no autoceļa P104, uz ziemeļiem no autoceļa V1455, Slampes pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa V1455, A10, uz austrumiem no autoceļa V1446 līdz Likaušķu str., Kandavas, Tukuma pilsēta,
- Valkas novads,
- Valmieras novads,
- Ventspils novads,
- Daugavpils valstspilsētas pašvaldība,
- Jelgavas valstspilsētas pašvaldības daļa uz Ziemeļiem no Miera un Platones ielas, uz Austrumiem no Salnas ielas līdz Šauļu rampai un Tērvetes ielai, uz Ziemeļaustrumiem no Augstkalnes, Mārtiņa, Dambja, Aspazijas, Satiksmes, Ganību ielas, 2. Līnijas, Meža ceļa, Šūmaņu ceļa.
- Jūrmalas valstspilsētas pašvaldība,
- Rēzeknes valstspilsētas pašvaldība,
- Rīgas valstspilsētas pašvaldība.

5. Litauen

Die folgenden Sperrzonen II in Litauen:

- Alytaus miesto savivaldybė,
- Alytaus rajono savivaldybė,
- Anykščių rajono savivaldybė,
- Akmenės rajono savivaldybė,
- Birštono savivaldybė,
- Biržų miesto savivaldybė,
- Biržų rajono savivaldybė,
- Druskininkų savivaldybė,

- Elektrėnų savivaldybė,
- Ignalinos rajono savivaldybės: Didžiasalio seniūnija,
- Jonavos rajono savivaldybė,
- Joniškio rajono savivaldybės: Kepalių seniūnija,
- Jurbarko rajono savivaldybė,
- Kaišiadorių rajono savivaldybė,
- Kalvarijos savivaldybė,
- Kauno miesto savivaldybė,
- Kauno rajono savivaldybė,
- Kazlų rūdų savivaldybė,
- Kelmės rajono savivaldybės: Kelmės apylinkių, Kelmės, Kražių, Kukečių, Liolių, Pakražančio, Šaukėnų, Užvenčio, Vaiguvos seniūnijos,
- Kėdainių rajono savivaldybė,
- Klaipėdos rajono savivaldybė,
- Kupiškio rajono savivaldybė,
- Kretingos rajono savivaldybė,
- Lazdijų rajono savivaldybė,
- Mažeikių rajono savivaldybė,
- Molėtų rajono savivaldybė,
- Marijampolės savivaldybė,
- Pagėgių savivaldybė,
- Pakruojo rajono savivaldybė,
- Panevėžio rajono savivaldybės: Krekenavos seniūnijos rytinė dalis nuo Nevėžio upės, Karsakiškio, Miežiškių, Pajstrio, Panevėžio, Ramygalos, Raguvos, Smilgių, Uptės, Vadoklių, Velžio seniūnijos
- Palangos miesto savivaldybė,
- Pasvalio rajono savivaldybė,
- Radviliškio rajono savivaldybės: Aukštelkų, Baisogalos, Pakalniškių, Radviliškio miesto, Radviliškio, Sidabravo, Skėmių, Šeduvos miesto, Šiaulėnų seniūnijos,
- Rietavo savivaldybė,
- Prienų rajono savivaldybė,
- Plungės rajono savivaldybė,
- Raseinių rajono savivaldybės: Ariogalos miesto, Ariogalos, Betygalos, Girkalnio, Kalnujų, Nemakščių, Pajojū, Paliepių, Raseinių miesto, Raseinių, Viduklės seniūnijos,
- Rokiškio rajono savivaldybė,
- Skuodo rajono savivaldybė,
- Šakių rajono savivaldybė,

- Šalčininkų rajono savivaldybė,
- Šiaulių miesto savivaldybė,
- Šiaulių rajono savivaldybės: Bubių, Ginkūnų, Gruzdžių, Kairių, Kuršėnų kaimiškoji, Kuršėnų miesto, Kužių, Meškuičių, Raudėnų, Šakynos seniūnijos ir Šiaulių kaimiškosios seniūnijos Aleksandrijos, Andrijavos, Aukštelkės, Beržynės, Bridų, Dainų, Daušiškių, Einoraičių, Gastyniškių, Gegužių, Giedrių, Gilvydžių, Juodinkių, Juozapaičių, Jurgeliškių, Kadugių, Karpiškių, Kėblių, Kuprių, Kušlambalio, Lieporių, Lingailių, Mėmlaukių, Meškiškės, Normančių, Pailių, Paitaičių, Pakapės, Pakarčiūnų, Pumpučių, Raizgių, Rėkyvos, Sirvučių, Sutkūnų, Šlepkių, Sukių, Toliočių, Vaiksnėgalos, Vaiksnėgališkės, Verdulių, Verduliukų, Vijolių, Vileikių, Vinkšnėnų, Voveriškių, Žaliūkių, Žylakių kaimai,
- Šilutės rajono savivaldybė,
- Širvintų rajono savivaldybė,
- Šilalės rajono savivaldybė,
- Švenčionių rajono savivaldybė,
- Tauragės rajono savivaldybė,
- Telšių rajono savivaldybė,
- Trakų rajono savivaldybė,
- Ukmergės rajono savivaldybė,
- Utenos rajono savivaldybė,
- Varėnos rajono savivaldybė,
- Vilkaviškio rajono savivaldybė,
- Vilniaus miesto savivaldybė,
- Vilniaus rajono savivaldybė,
- Visagino savivaldybė,
- Širvintų rajono savivaldybė,
- Zarasų rajono savivaldybė.

6. Ungarn

Die folgenden Sperrzonen II in Ungarn:

- Borsod-Abaúj-Zemplén vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Fejér vármegye 403150, 403160, 403250, 403260, 403350, 404250, 404550, 404560, 404570, 405450, 405550, 405650, 406450 és 407050 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Hajdú-Bihar vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Heves vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Jász-Nagykun-Szolnok vármegye 750250, 750550, 750650, 750750, 752150, 752450, 752460, 752550 és 752560 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Komárom-Esztergom vármegye 250350, 250850, 250950, 251450, 251550, 251950, 252050, 252150, 252350, 252460, 252450, 252550, 252650, 252750, 252850, 252860, 252950, 252960, 253050, 253150, 253250, 253350, 253450 és 253550 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

- Nógrád vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Pest vármegye 570150, 570250, 570350, 570450, 570550, 570650, 570750, 570850, 570950, 571050, 571150, 571250, 571350, 571650, 571750, 571760, 571850, 571950, 572050, 573550, 573650, 574250, 580050 és 580150 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Szabolcs-Szatmár-Bereg vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe.

7. Polen

Die folgenden Sperrzonen II in Polen:

w województwie kujawsko - pomorskim:

- część powiatu grudziądzkiego niewymieniona w części I i III załącznika I,
- gminy Jabłonowo Pomorskie, Bobrowo, Zbiczno, Brodnica z miastem Brodnica, część gminy Osiek położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dzierżno – Kretki Małe – Osiek – Łapinówek w powiecie brodnickim,
- część gminy Wąpielsk położona na północ od drogi łączącej miejscowości Osiek – Łapinówek – Radziki Małe – Radziki Duże – Szczawniki – Półka Duże – Cieszyń w powiecie rypińskim,
- część gminy wiejskiej Golub - Dobrzyń położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Półka Duże – Pusta Dąbrówka – Cieszyń- Wrocki – Łobdowo w powiecie golubsko – dobrzyńskim,
- część powiatu chełmińskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- gminy Dragacz, Jezewo, Świecie, Nowe, Warlubie, część gminy Pruszcz położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Bukowiec położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od południowej granicy gminy, łączącej miejscowości Gołuszyce - Różanna – Gawroniec – Dolny Młyn, biegnącej do skrzyżowania z drogą nr 240 i dalej na południe od tej drogi biegnącej od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy w powiecie świeckim,
- powiat miejski Grudziądz,
- część gminy Dąbrowa Chełmińska położona na północny-zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od wschodniej granicy gminy, od przecięcia z drogą łączącą Oktowo – Gzin – Gzin Dolny – Czarze do przecięcia z drogą łączącą miejscowości Boluminek – Janowo – Rafa, a następnie na północ od tej drogi, która biegnie do granicy miejscowości Rafa i dalej na północ od linii wyznaczonej przez południową granicę miejscowości Rafa do zachodniej granicy gminy, część gminy Dobrcz położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę S5 w powiecie bydgoskim,
- część gminy Łubianka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 551 łączącą miejscowości Nawra – Grzybno, część gminy wiejskiej Chełmża niewymieniona w części I załącznika I w powiecie toruńskim,

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gminy Kalinowo, Stare Juchy, Prostki oraz gmina wiejska Ełk w powiecie ełckim,
- powiat elbląski,
- powiat miejski Elbląg,
- powiat gołdapski,
- część powiatu piskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat bartoszycki,
- powiat olecki,

- powiat giżycki,
 - powiat braniewski,
 - powiat kętrzyński,
 - powiat lidzbarski,
 - część powiatu mrągowskiego niewymieniona w części I załącznika I,
 - powiat węgorzewski,
 - powiat olsztyński,
 - powiat miejski Olsztyn,
 - powiat ostródzki,
 - część powiatu iławskiego niewymieniona w części III załącznika I,
 - część powiatu nowomiejskiego niewymieniona w części I i III załącznika I,
- w województwie podlaskim:
- część powiatu bielskiego niewymieniona w części I załącznika I,
 - powiat grajewski,
 - powiat moniecki,
 - powiat sejneński,
 - część powiatu siemiatyckiego niewymieniona w części I i III załącznika I,
 - powiat hajnowski,
 - powiat białostocki,
 - powiat suwalski,
 - powiat miejski Suwałki,
 - powiat augustowski,
 - powiat sokółski,
 - powiat miejski Białystok
 - gmina Rutki w powiecie zambrowskim,
 - gminy Stawiski, Mały Płock w powiecie kolneńskim,
 - gminy Jedwabne, Piątnica, Przytuły, Wizna w powiecie łomżyńskim,
 - gminy Kobylin-Borzymy, Sokoły, Kulesze Kościelne w powiecie wysokomazowieckim,
- w województwie mazowieckim:
- gminy Korczew, Mordy, Paprotnia, Przesmyki w powiecie siedleckim,
 - część powiatu łosickiego niewymieniona w części III załącznika I,
 - gminy Kazanów, Przyłęk, Policzna w powiecie zwoleńskim,
 - powiat kozienicki,
 - powiat radomski,
 - gminy Chotcza, Solec nad Wisłą, Rzecznów, Sienno, Lipsko w powiecie lipskim,

- powiat miejski Radom,
- powiat szydlowiecki,
- część powiatu garwolińskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- część powiatu otwockiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat piaseczyński,
- część powiatu grójeckiego niewymieniona w części I załącznika I,
- gmina Mszczonów w powiecie żyrardowskim,
- powiat białobrzegi,
- gminy Borkowice, Gielniów, Przysucha, Rusinów, Wieniawa, część gminy Odrzywół położona na południe od drogi nr 48 biegnącą od zachodniej do wschodniej granicy gminy, część gminy Klwów położona na południe od drogi nr 48 biegnącej od zachodniej do wschodniej granicy gminy, część gminy Potworów położona na południe od drogi nr 48 biegnącej od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania tej drogi z drogą nr 740 a następnie na południe od tego skrzyżowania od linii wyznaczonej przez drogę 740 biegnącą do wschodniej granicy gminy w powiecie przysuskim,

w województwie lubelskim:

- część powiatu bialskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat miejski Biała Podlaska,
- powiat janowski,
- powiat puławski,
- powiat rycki,
- gminy Adamów, Krzywda, Serkomla, Wojcieszków w powiecie łukowskim,
- powiat lubelski,
- powiat miejski Lublin,
- część powiat lubartowski niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat łęczyński,
- powiat świdnicki,
- powiat biłgorajski,
- powiat hrubieszowski,
- powiat krasnostawski,
- powiat chełmski,
- powiat miejski Chełm,
- powiat tomaszowski,
- powiat kraśnicki,
- część powiat parczewskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat opolski,
- powiat włodawski,
- część powiat radzyńskiego niewymieniona w części III załącznika I,

- powiat miejski Zamość,
 - powiat zamojski,
- w województwie podkarpackim:
- część powiatu stalowowolskiego niewymieniona w części I załącznika I,
 - powiat lubaczowski,
 - gmina Stubno, część gminy Orły położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 77 w powiecie przemyskim,
 - gmina Laszki, Wiązownica, Radymno z miastem Radymno w powiecie jarosławskim,
 - część powiatu leżajskiego niewymieniona w części I załącznika I,
 - część powiatu niżańskiego niewymieniona w części I załącznika I,
 - powiat tarnobrzeski,
 - część gminy Kamień położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 878, część gminy Sokołów Małopolski położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od północnej granicy gminy łącząca miejscowości Górno, Wólka Sokołowska, Wólka Niedźwiecka do skrzyżowania z drogą nr 875 i dalej na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 875 biegnącej od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy w powiecie rzeszowskim,
 - powiat miejski Tarnobrzeg,
 - część powiatu mieleckiego niewymieniona w części I załącznika I,
 - część gminy Żyraków położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Róża – Zasów – Mokre – Żyraków - Wola Żyrakowska – Bobrowa - Brzeźnica w powiecie dębickim,
- w województwie pomorskim:
- powiat sztumski,
 - część powiatu kwidzyńskiego niewymieniona w części III załącznika I,
 - powiat malborski,
 - powiat nowodworski,
 - część powiatu miejskiego Gdańsk z wyłączeniem obszaru dzielnicy Nowy Port oraz Wyspy Portowej ograniczonej wodami Zatoki Gdańskiej, Martwej Wisły i Wisły Śmiałej oraz obszaru położonego na północ od linii wyznaczonej przez ulice: Przemysławą, biegnącą od Kanału Portowego do skrzyżowania z ul. Ignacego Krasickiego, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez ulicę Ignacego Krasickiego biegnącej od tego skrzyżowania do skrzyżowania z ul. Zdrojową i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez ul. Zdrojową biegnącą od skrzyżowania z ul. Ignacego Krasickiego do linii brzegowej Zatoki Gdańskiej,
 - powiat gdański,
 - powiat miejski Gdynia,
 - powiat miejski Sopot,
 - powiat pucki,
 - część powiatu wejherowskiego niewymieniona w części III załącznika I,
 - gminy Chmielno, Kartuzy, Przodkowo, Sierakowice, Somonino, Żukowo w powiecie kartuskim,
 - powiat tczewski,

- powiat starogardzki,
- gminy Dębica Kaszubska, Potęgowo, część gminy Głównice niewymieniona w części I załącznika I, część gminy Radzikowo niewymieniona w części I załącznika I, część gminy Kobylnica niewymieniona w części I załącznika I, część gminy Damnica niewymieniona w części I załącznika I w powiecie słupskim,
- część powiatu miejskiego Słupsk niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat lęborski,
- gminy Liniewo, Nowa Karczma w powiecie kościerskim,
- część gminy Czarna Dąbrówka niewymieniona w części I załącznika I w powiecie bytowskim,

w województwie świętokrzyskim:

- gminy Tarłów, Ożarów, Sadowie, Wojciechowice, część gminy Opatów położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 74 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 9 w miejscowości Opatów, a następnie od tego skrzyżowania na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 9 do południowej granicy gminy w powiecie opatowskim,
- gminy Dwikozy, Łoniów, Wilczyce, Zawichost, miasto Sandomierz, część gminy Obrazów położona na wschód od linii wyznaczonej przez ulicę Rolniczą w miejscowości Chwałki w powiecie sandomierskim,
- powiat starachowicki,
- część powiatu ostrowieckiego niewymieniona w części I załącznika I
- gmina Osiek w powiecie staszowskim,
- powiat skarżyski,
- gminy Bieliny, Bodzentyn, Górno, Łagów, Nowa Słupia, Zagnańsk w powiecie kieleckim,
- gminy Końskie, Gowarczów, Stąporków w powiecie koneckim,

w województwie lubuskim:

- powiat gorzowski,
- powiat miejski Gorzów Wielkopolski,
- powiat żarski,
- powiat żagański,
- powiat krośnieński,
- powiat zielonogórski
- powiat miejski Zielona Góra,
- powiat nowosolski,
- powiat sulęciński,
- powiat międzyrzecki,
- powiat świebodziński,
- powiat wschowski,
- powiat strzelecko – drewdenecki,

w województwie dolnośląskim:

- powiat zgorzelecki,
- powiat polkowicki,
- powiat wołowski,
- gmina Jeżów Sudecki w powiecie karkonoskim,
- powiat lubiński,
- powiat średzki,
- gmina Mściwojów, Wądroże Wielkie, miasto Jawor, część gminy Męcinka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Leszczyna - Stanisławów - Pomocne - Myślinów - Myślibórz w powiecie jaworskim,
- powiat miejski Legnica,
- powiat legnicki,
- powiat trzebnicki,
- powiat lubański,
- powiat miejski Wrocław,
- gminy Czernica, Długołęka, Siechnice, Mietków, Kąty Wrocławskie, Kobierzyce, część gminy Żórawina położona na wschód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie wrocławskim,
- gminy Jelcz - Laskowice, Oława z miastem Oława i część gminy Domaniów położona na północny wschód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie oławskim,
- gminy Bierutów, Dziadowa Kłoda, Twardogóra, miasto Oleśnica, część gminy wiejskiej Oleśnica położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr S8, część gminy Dobroszyce położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie oleśnickim,
- powiat bolesławiecki,
- powiat milicki,
- powiat górowski,
- powiat głogowski,
- gmina Świerzawa, Wojcieszów, Zagrodno, część gminy Pielgrzymka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 do skrzyżowania z drogą w miejscowości Pielgrzymka łączącą miejscowości Wojcieszyn - Pielgrzymka - Proboszczów, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pielgrzymka - Proboszczów - Sokołowiec, miasto Złotoryja, część gminy wiejskiej Złotoryja położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 biegnącą od zachodniej granicy gminy do granicy miasta Złotoryja oraz na północ od linii wyznaczonej od południowo-wschodniej granicy miasta Złotoryja, łączącej miejscowości Złotoryja - Leszczyna - Stanisławów w powiecie złotoryjskim,
- powiat lwówecki,
- powiat wałbrzyski,
- powiat miejski Wałbrzych,
- część powiatu świdnickiego niewymieniona w części I załącznika I,

w województwie wielkopolskim:

- powiat wolsztyński,
- powiat grodziski,
- część powiatu kościańskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- część powiatu śremskiego niewymieniona w części I i III załącznika I, gmina Zaniemyśl, część gminy Środa Wielkopolska położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 432 w powiecie średzkim,
- gminy Rychtal, Trzcinica w powiecie kępińskim,
- część powiatu międzychodzkiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat nowotomyski,
- część powiatu poznańskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat rawicki,
- gmina Duszniki, część gminy Wronki niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Kaźmierz niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Pniewy niewymieniona w części III załącznika I w powiecie szamotulskim,
- część powiatu gostyńskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- gminy Kobylin, Zduny, Krotoszyn, miasto Sulmierzyce w powiecie krotoszyńskim,
- część gminy wiejskiej Ostrów Wielkopolski położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Sulisław – Łąkociny – Wierzbo w powiecie ostrowskim,
- powiat leszczyński,
- powiat miejski Leszno,
- gminy Krzyż Wielkopolski, Drawsko, Wieleń, część gminy Lubasz położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Połajewo niewymieniona w części III załącznika I w powiecie czarnkowsko-trzcianeckim,
- część gminy Mieścisko położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190, część gminy Wągrowiec położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190 biegnącej od południowej granicy miasta Wągrowiec do południowej granicy gminy oraz na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od granicy z gminą Skoki do południowej granicy miasta Wągrowiec w powiecie wągrowieckim,

w województwie zachodniopomorskim:

- powiat myśliborski,
- część powiatu gryfińskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat policki,
- część powiatu miejskiego Szczecin położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr A6,
- gmina Stepnica, część gminy Nowogard niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Przybiernów niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Osina położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od zachodniej do wschodniej granicy gminy, część gminy Goleniów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogi nr S3 i S6 w powiecie goleniowskim,
- część powiatu drawskiego niewymieniona w części I i III załącznika I,
- część powiatu choszczeńskiego niewymieniona w części III załącznika I,

- powiat wałecki,
- część powiatu stargardzkiego niewymieniona w części III załącznika I
- powiat pyrzycki,
- gmina Dobra w powiecie łobeskim,

w województwie opolskim:

- gminy Brzeg, Lubsza, Lewin Brzeski, Olszanka, Skarbimierz, część gminy Grodków położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie brzeskim,
- gminy Chrzastowice, Dąbrowa, Dobrzeń Wielki, Popielów, Murów, Niemodlin, Tułowice, Turawa, Ozimek, część gminy Łubniany położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Świerkle – Masów, ulicę Leśną w miejscowości Masów oraz na północ od ulicy Kolanowskiej biegnącej do wschodniej granicy gminy w powiecie opolskim,
- powiat kluczborski,
- powiat namysłowski,
- część powiatu oleskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- gminy Kolonowskie, Jemielnica, Zawadzkie, część gminy Izbicko położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Raszowa – Krośnica - Borycz do przecięcia z rzeką Jemielnica, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Jemielnica do granicy gminy. część gminy Strzelce Opolskie położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Jemielnica biegnącej od zachodniej granicy gminy do przecięcia się z ulicą Powstańców Śląskich w miejscowości Kadłub, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez ulicę Powstańców Śląskich do skrzyżowania z ulicą Piaskową, a następnie na północ i zachód od linii wyznaczonej przez ulicę Piaskową do granicy gminy, w powiecie strzeleckim,

w województwie śląskim:

- gminy Ciasna, Pawonków w powiecie lublinieckim,

w województwie łódzkim:

- gminy Drzewica, Białaczów, część gminy Opoczno położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w kierunku miejscowości Włoszczowa w powiecie opoczyńskim.

8. **Słowakei**

Die folgenden Sperrzonen II in der Slowakei:

- the whole district of Snina,
- the whole district of Sobrance,
- in the district of Michalovce municipalities of Bajany, Vysoká nad Uhom, Pavlovce nad Uhom, Krišovská Liesková, Liesková, Liesková, Čierne Pole, Ižkovce, Beša, Čičarovce, Vojany, Veľké Kapušany, Maťovské Vojkovce, Budince, Ruská, Kapušianske Kľačany, Veľké Slemence, Ptruksa,
- in the district of Trebišov municipalities of Bačka, Biel, Boľ, Boľany, Čierna, Čierna nad Tisou, Dobrá, Klin nad Bodrogom, Kráľovský Chlmec, Kapoňa, Leles, Malé Trakany, Malý Horeš, Nový Horeš, Malý Kamenec, Poľany, Pribeník, Rad, Solníčka, Nová Vieska pri Bodrogu, Somotor, Věč, Strážne, Pavlovo, Svätá Mária, Streda nad Bodrogom, Svätuš, Svinice, Veľké Trakany, Veľký Horeš, Veľký Kamenec, Vojka, Zátin, Zemplín
- the whole district of Revúca,
- the whole district of Rimavská Sobota,

- the whole district of Veľký Krtíš,
- the whole district of Lučenec,
- the whole district of Poltár,
- the whole district of Zvolen,
- the whole district of Detva,
- the whole district of Krupina except the municipalities included in zone III,
- the whole district of Banská Štiavnica,
- the whole district of Žarnovica,
- the whole district of Banská Bystrica,
- the whole district of Brezno,
- the whole district of Zlaté Moravce,
- the whole district of Levice except municipalities included in zone III,
- the whole district Turčianske Teplice,
- the whole district of Martin except the municipalities included in zone I,
- in the district of Žilina, municipalities of Čičmany, Fačkov, Rajecká Lesná, Ďurčiná, Rajec, Šuja, Kamenná Poruba, Kunerad, Stránske, Rajecké Teplice, Turie, Višňové, Stráňavy,
- the whole district of Žiar nad Hronom,
- the whole district of Prievidza
- the whole district of Partizánske,
- in the district of Nitra, the municipalities of Pohranice, Hostová, Kolíňany, Malý Lapáš, Dolné Obdokovce, Čeladice, Veľký Lapáš, Babindol, Malé Chyndice, Golianovo, Klasov, Veľké Chyndice, Nová Ves nad Žitavou, Paňa, Vráble, Tajná, Lúčnica nad Žitavou, Žitavce, Melek, Telince, Čifáre, Horné Lefantovce, Dolné Lefantovce, Jelenec, Bádice, Žirany, Podhorany, Nitrianske Hrnčiarovce, Štitáre, Ľudovítová, Kapince, Malé Zálužie, Hruboňovo, Šurianky, Výčapy-Opatovce, Nitra, Jelšovce, Čakajovce, Zbehy, Nové Sady, Čab, Lukáčovce, Lehota, Alekšince, Veľké Zálužie, Vinodol,
- the whole district of Topoľčany,
- the whole district of Bánovce nad Bebravou except the municipalities included in part I,
- in the district of Trenčín, the municipalities of Svinná, Bobot, Horná, Motešice, Petrova Lehota, Omšenie, Dolná Poruba,
- in the district of Ilava, the municipality of Zliechov
- in the district of Nové Zámky, the municipalities of Mužla, Obid, Nána, Štúrovo, Gbelce, Belá, Šarkan, Ľuba, Kamenný most, Nová Vieska, Kamenica nad Hronom, Bajtava, Leľa, Chľaba, Malá nad Hronom, Strekov, Sikenička, Pavlová, Biňa, Kamenín, Salka, Malé Kosihy, Černík, Michal nad Žitavou, Kmeťovo, Maňa, Trávnica, Bardoňovo, Pozba, Dedinka, Mojzesovo, Úľany nad Žitavou, Hul, Dolný Ohaj, Vlkaš, Radava, Podhájska, Veľké Lovce, Bruty, Svodín, Rúbaň, Dubník, Jasová, Kolta,
- in the district of Komárno, the municipalities of Kravany nad Dunajom, Búč, Bátorove Kosihy, Moča, Radvaň nad Dunajom, Virt, Šrobárová, Mudroňovo, Modrany, Svätý Peter, Hurbanovo, Dulovce, Pribeta, Bajč, Patince, Iža, Chotín, Marcelová, Komárno, Martovce.

9. Italien

Die folgenden Sperrzonen II in Italien:

Piedmont Region:

- in the Province of Alessandria the following Municipalities: Alessandria, Tortona, Carbonara Scrivia, Frugarolo, Paderna, Spineto Scrivia, Castellazzo Bormida, Bosco Marengo, Castelspina, Casal Cermelli, Alice Bel Colle, Terzo, Bistagno, Cavatore, Castelnuovo Bormida, Cabella Ligure, Carrega Ligure, Francavilla Bisio, Carpeneto, Costa Vescovato, Grogna, Orsara Bormida, Pasturana, Melazzo, Mornese, Ovada, Predosa, Lerma, Fraconalto, Rivalta Bormida, Fresonara, Malvicino, Ponzzone, San Cristoforo, Sezzadio, Rocca Grimalda, Garbagna, Tassarolo, Mongiardino Ligure, Morsasco, Montaldo Bormida, Prasco, Montaldeo, Belforte Monferrato, Albera Ligure, Bosio, Cantalupo Ligure, Castelletto D'orba, Cartosio, Acqui Terme, Arquata Scrivia, Parodi Ligure, Ricaldone, Gavi, Cremolino, Brignano-Frascata, Novi Ligure, Molare, Cassinelle, Morbello, Avolasca, Carezzano, Basaluzzo, Dernice, Trisobbio, Strevi, Sant'Agata Fossili, Pareto, Visone, Votaggio, Tagliolo Monferrato, Casaleggio Boiro, Capriata D'orba, Castellania Coppi, Carrosio, Cassine, Vignole Borbera, Serravalle Scrivia, Silvano D'orba, Villalvernia, Roccaforte Ligure, Rocchetta Ligure, Sardigliano, Stazzano, Borghetto Di Borbera, Grondona, Cassano Spinola, Montacuto, Gremiasco, San Sebastiano Curone, Fabbrica Curone, Spigno Monferrato, Montechiaro d'Acqui, Castelletto d'Erro, Ponti, Denice, Pozzolo Formigaro, Cerreto Grue, Casasco, Montegioco, Montemarzino, Momperone, Merana, Pozzol Groppo, Villaromagnano, Sarezzano, Monleale, Volpedo, Casale Monferrato, Alluvioni Piovera, Alzano Scrivia, Bassignana, Berzano di Tortona, Castellar Guidobono, Castelnuovo Scrivia, Guazzora, Isola Sant'antonio, Molino dei Torti, Montecastello, Pecetto di Valenza, Pietra Marazzi, Pomaro Monferrato, Pontecurone, Rivarone, Sale, San Salvatore Monferrato, Valenza, Viguzzolo, Volpello, Gamalero, Bergamasco, Borgoratto Alessandrino, Carentino, Frascaro, Masio, Oviglio, Felizzano, Quattordio, Solero, Balzola, Camagna Monferrato, Castelletto Monferrato, Cella Monte, Cereseto, Coniolo, Conzano, Frassinello Monferrato, Lu e Cuccaro Monferrato, Morano sul Po, Olivola, Ottiglio, Ozzano Monferrato, Pontestura, Rosignano Monferrato, Sala Monferrato, San Giorgio Monferrato, Treville, Vignale Monferrato,
- in the province of Asti the following Municipalities: Moasca, Montaldo Scarampi, Castelnuovo Calcea, Calosso, Montegrosso d'Asti, Agliano Terme, Mombaldone, Castel Rocchero, Montabone, Sessame, Monastero Bormida, Roccaverano, Vesime, Cessole, Loazzolo, San Giorgio Scarampi, Olmo Gentile, Bubbio, Rocchetta Palafea, Cassinasco, Castel Boglione, Serole, Calamandrana, Castelletto Molina, Fontanile, Maranzana, Mombaruzzo, Quaranti, Bruno, Canelli, Castelnuovo Belbo, Cortiglione, Incisa Scapaccino, Nizza Monferrato, San Marzano Oliveto, Vaglio Serra, Belveglio, Castello di Annone, Cerro Tanaro, Mombercelli, Rocca d'Arazzo, Rocchetta Tanaro, Vinchio,
- In the Province of Cuneo, the following Municipalities: Castiglione Tinella, Cortemilia, Perletto, Pezzolo Valle Uzzone, Santo Stefano Belbo,

Liguria Region:

- in the province of Genova the following Municipalities: Bogliasco, Arenzano, Ceranesi, Ronco Scrivia, Mele, Isola del Cantone, Lumarzo, Genova, Masone, Serra Riccò, Campo Ligure, Mignanego, Busalla, Bargagli, Savignone, Torriglia, Rossiglione, Sant'Olcese, Valbrevenna, Sori, Tiglieto, Campomorone, Cogoleto, Pieve Ligure, Davagna, Casella, Montoggio, Crocefieschi, Vobbia, Fascia, Gorreto, Propata, Rondanina, Neirone, Montebruno, Uscio, Avegno, Recco, Tribogna, Moconesi, Favale Di Malvaro, Cicagna, Lorsica, Rapallo, Rezzoaglio, Fontanigorda, Rovegno, Coreglia Ligure, Mezzanego, Borzonasca, Orero, Ne, San Colombano Certenoli, Carasco, Santo Stefano D'aveto, Cogorno, Chiavari, Leivi, Camogli, Sestri Levante, Casarza Ligure, Lavagna, Zoagli, Santa Margherita Ligure, Portofino, Castiglione Chiavarese, Moneglia
- in the province of Savona the following Municipalities: Urbe, Sassello, Celle Ligure, Albisola Superiore, Albissola Marina, Quiliano, Bergeggi, Varazze, Stella, Cairo Montenotte, Savona, Pontinvrea, Vado Ligure, Mioglia, Altare, Dego, Carcare, Piana Crixia, Giusvalla, Finale Ligure, Spotorno, Noli, Orco Feglino, Vezzi Portio;

- In the Province of La Spezia the following Municipality: Varese Ligure, Maissana, Sesta Godano, Brugnato, Carro, Carrodano, Rocchetta di Vara, Zignago, Borghetto di Vara, Beverino, Calice al Cornoviglio, Deiva Marina, Framura, Arcola, Bolano, Sarzana, Santo Stefano di Magra, Follo, Vezzano Ligure.

Lombardia Region:

- In the Province of Pavia the following Municipalities: Langosco, Ponte Nizza, Bagnaria, Brallo di Pregola, Menconico, Zavattarello, Romagnese, Varzi, Val di Nizza, Santa Margherita di Staffora, Cecima, Colli Verdi, Godiasco, Casei Gerola, Frascarolo, Gambarana, Mede, Suardi, Torre Beretti e Castellaro, Villa Biscossi, Rocca de' Giorgi, Lomello, Montalto Pavese, Montesegale, Pieve del Cairo, Borgo Priolo, Bressana Bottarone, Barbianello, Ferrera Erbognone, Rivanazzano, Zinasco, Silvano Pietra, Torrazza Coste, Retorbido, Sannazzaro de' Burgondi, Calvignano, Carbonara al Ticino, Cava Manara, Codevilla, Cervesina, Galliavola, Corvino San Quirico, Corana, Mornico Losana, Casatisma, Bastida Pancarana, Castelletto di Branduzzo, Borgoratto Mormorolo, Casteggio, Fortunago, Rocca Susella, Redavalle, Lungavilla, Robecco Pavese, Rabattone, Pinarolo Po, San Martino Siccomario, Pizzale, Torricella Verzate, Mezzana Bigli, Montebello della Battaglia, Oliva Gessi, Pieve Albignola, Pancarana, Pietra de' Giorgi, Santa Giuletta, Verretto, Sommo, Voghera, Cornale e Bastida, Rea, Verrua Po, Montescano, Canneto Pavese, Casanova Lonati, Bosnasco, Santa Maria della Versa, Stradella, Lirio, Cigognola, Campospinoso, Castana, Broni, Golferenzo, Montù Beccaria, Montecalvo Versiggia, Zenevredo, Rovescala, San Damiano al Colle, Volpara,

Emilia-Romagna Region:

- in the province of Piacenza, the following Municipalities: Vernasca, Ottone, Zerba, Cerignale, Corte Brugnarella, Ferriere, Agazzano, Bobbio, Coli, Farini, Pianello Val Tidone, Piozzano, Alta Val Tidone, Borgonovo Val Tidone, Castel San Giovanni, Gragnano Trebbiense, Morfasso, Rottofreno, Sarmato, Ziano Piacentino, Calendasco, Castell'Arquato, Alseno, Fiorenzuola D'Arda, Pontenure, Cadeo, Piacenza, Lugagnano Val d'Arda, Carpaneto Piacentino.
- In the Province of Parma, the following Municipalities: Fornovo di Taro, Terenzo, Solignano, Varano de' Melegari, Noceto, Medesano, Salsomaggiore Terme, Pellegrino Parmense, Calestano, Bore, Tornolo, Bedonia, Compiano, Albareto, Bardi, Borgo Val di Taro, Varsi, Valmozzola, Berceto, Corniglio, Fidenza, Langhirano, Collecchio, Sala Baganza, Calestano, Felino, Palanzano, Monchio Delle Corti, Tizzano Val Parma;

Toscana Region:

- In the Province of Massa Carrara, the following Municipalities: Zeri, Pontremoli, Mulazzo, Filattiera, Tresana, Bagnone, Villafranca in Lunigiana, Licciana Nardi, Aulla, Podenzana, Fossdinovo, Fivizzano, Comano;

Calabria Region:

- In Reggio Calabria Province the following Municipalities: Cardeto, Motta San Giovanni, Montebello Ionico, Sant'eufemia D'aspromonte, Sant'Alessio in Aspromonte, Sinopoli, San Roberto, San Lorenzo, Melito di Porto Salvo, Laganadi, Calanna, Santo Stefano in Aspromonte, Reggio Calabria, Scilla, Condofuri, Bagaladi, Fiumara, Bova Marina, Villa San Giovanni, Campo Calabro, Roccaforte del Greco, Platì, Palizzi, Samo, Africo, Benestare, Brancaleone, Bianco, Careri, Casignana, Staiti, Scido, Delianuova, Cosoleto, Ferruzzano, Bruzzano Zeffirio, Bova, Bovalino, Caraffa del Bianco, San Luca, , Roghudi, Santa Cristina d'Aspromonte, Sant'Agata del Bianco.

Campania Region:

- In Salerno Province the following Municipalities: Sassano, Casaletto Spartano, Montesano sulla Marcellana, Casalbuono, Buonabitacolo, Sanza, Padula, Caselle in Pittari, Rofrano, Torre Orsaia, Alfano, Morigerati, Roccagloriosa (solo enclave), Tortorella (solo enclave).

10. Tschechien

Die folgenden Sperrzonen II in Tschechien:

Liberecký kraj:

- v okrese Liberec katastrální území obcí Andělská Hora u Chrastavy, Arnoltice u Bulovky, Hajniště pod Smrkem, Nové Město pod Smrkem, Dětrichovec, Bulovka, Horní Řasnice, Dlouhý Most, Dolní Hanychov, Dolní Pertoltice, Doubí u Liberce, Františkov u Liberce, Hluboká u Liberce, Horní Hanychov, Horní Růžodol, Horní Suchá u Liberce, Krásný Les u Frýdlantu, Jindřichovice pod Smrkem, Horní Pertoltice, Dolní Řasnice, Raspenava, Dolní Oldřiš, Ludvíkov pod Smrkem, Lázně Libverda, Háj u Habartic, Habartice u Frýdlantu, Kunratice u Frýdlantu, Víška u Frýdlantu, Poustka u Frýdlantu, Višňová u Frýdlantu, Předláňce, Černousy, Boleslav, Ves, Andělka, Frýdlant, Srbská, Hejnice, Bílý Potok pod Smrkem, Horní Vítkov, Dolní Vítkov, Václavice u Hrádku nad Nisou, Mníšek u Liberce, Mlýnice, Nová Ves u Chrastavy, Dolní Chrastava, Horní Chrastava, Chrastava I, Chrastava II, Oldřichov v Hájích, Albrechtice u Frýdlantu, Dětrichov u Frýdlantu, Heřmanice u Frýdlantu, Kristiánov, Polesí u Rynoltic, Loučná, Hrádek nad Nisou, Bílý Kostel nad Nisou, Petrovice v Lužických horách, Rynoltice, Grabštejn, Lvová, Janovice v Podještědí, Janův Důl u Liberce, Javorník u Českého Dubu, Javorník u Dlouhého Mostu, Jeřmanice, Jítrava, Donín u Hrádku nad Nisou, Oldřichov na Hranicích, Karlínky, Kněžice v Lužických horách, Kryštofovo Údolí, Křižany, Chotyně, Dolní Suchá u Chotyně, Dolní Sedlo, Fojtka, Kateřinky u Liberce, Krásná Studánka, Kunratice u Liberce, Liberec, Machnín, Minkovice, Nové Pavlovice, Novina u Liberce, Ostašov u Liberce, Panenská Hůrka, Pilínkov, Proseč pod Ještědem, Radčice u Krásné Studánky, Rašovka, Rochlice u Liberce, Rudolfův, Ruprechtice, Růžodol I, Staré Pavlovice, Starý Harcov, Stráž nad Nisou, Svárov u Liberce, Světlá pod Ještědem, Šimonovice, Vesec u Liberce, Vratislavice nad Nisou, Zdislava, Žibřidice,
- v okrese Jablonec nad Nisou katastrální území obcí Albrechtice v Jizerských horách, Antonínov, Bedřichov u Jablonce nad Nisou, Desná I, Desná III, Dolní Maxov, Horní Maxov, Hraničná nad Nisou, Jablonec nad Nisou, Jablonecké Paseky, Janov nad Nisou, Jindřichov nad Nisou, Jiřetín pod Bukovou, Jizerka, Josefův Důl u Jablonce nad Nisou, Karlov u Josefova Dolu, Loučná nad Nisou, Lučany nad Nisou, Lukášov, Mšeno nad Nisou, Polubný, Proseč nad Nisou, Rádlo, Rýnovice, Smržovka, Tanvald.

11. Griechenland

Die folgenden Sperrzonen II in Griechenland:

- in the regional unit of Serres:
 - the community departments of Ligaria and Sisamia (Visaltia Municipality),
 - the municipal departments of Neo Souli, Chryso, Neos Skopos and the community departments of Agio Pnevma, Dafnoudi, Emmanouil Pappas, Metalla, Pentapoli, Toumba, Valtotopi, Mesokomi, Monovrisi, Neochori Serron, Paralimni, Penthelino and Psychiko (Emmanouil Pappas Municipality),
 - the community departments of Melenikitsi, Nea Tirolloi, Palaiokastros and Skotousa (Irakleia Municipality),
 - the community departments of Agios Xristoforos, Agriani, Anastasia, Draviskos, Gazoros, Tholos, Nea Petra (Nea Zichni Municipality),
 - the municipal departments of Mitrousi, Lefkonas, Serres, Skoutari and the community departments of Kala Dendra, Christos, Orini, Elaionas, Eptamila, Oinoussa, Agia Eleni, Adelfiko, Vamvakousa, Kato Kamila, Kouvouklia, Koumaria, Konstantinatos, Peponia, Ano Vrontou, Ano Kamila and Monoklisia (Serres Municipality),
 - part of the municipal department of Sidirokastros and the community departments of Agkistro, Vamvakofito, Achladochori and Kapnofito (Sintiki Municipality),

- in the regional unit of Drama:
 - the community departments of Vathitopos, Granitis, Dasoto, Exohi, Katafito, Kato Vrontou, Ochiro and Perithorio (Kato Nevrokopi Municipality),
 - the community departments of Tholo, Adriani, Ano Pixari, Nikiforos, Platania, Platanovrisi, Ptelea Platania, Ipsili Rachi, Paranesti and Sili (Paranesti Municipality),
 - the municipal departments of Drama, Xiropotamos and Choritsi, the community department of Skaloti, Kalifito, Livadero, Makriplagio, Monastiraki, Milopotamos and part of the community department of Sidironero (Drama Municipality),
 - the municipal departments of Doxato, Kirgia and the community departments of Agora and Pigadia (Doxato Municipality),
 - the municipal departments of Petrousi and Prosotsani, the community departments of Anthochori, Grameni, Kali Vrissi, Kokinogia, Mikropoli, Panorama, Pirgi and Charitomeni (Prosotsani Municipality),
- in the regional unit of Kavala:
 - the community departments of Limnes and Polinero (Kavala Municipality),
 - the community departments of Elafochori and Platamonas (Nestos Municipality),
- in the regional unit of Kilikis:
 - the municipal departments of Axioupoli, Goumenissa, Polykastro, Evropos and the community departments of Gorgopi, Idomeni, Plagies, Rizia, Fanos, Grivas, Karpi, Pentalofoi, Stathis, Filiria, Mesia, Polypetro, Toumpa, Aspro, Vafiochori, Iriniko, Evzoni, Korona, Limnotopos, Mikro Dasos, Pefkodasos, Pontoirakleia, Skra, Kastaneri and Livadia (Peonia Municipality),
 - the community departments of Akritas, Vaptistis, Kastanies, Kristoni, Megali Vrissi, Mesiano, Chorigi, Iliolousto and Megali Sterna (Kilikis Municipality),
- in the regional unit of Kastoria:
 - the community departments of Vissinea, Macrochori, Kleisoura, and Vasileiada (Kastoria Municipality),
- in the regional unit of Kozani:
 - the community departments of Olympiada, Perdikkas, Galateia, Drosero and Fufas (Eordaia Municipality),
- in the regional unit of Florina:
 - the community departments of Aetos, Agios Panteleimonas, Kelli, Kleidi, Xino Nero, Petres, , Agraphidies, Pedino, Valtounera, Rodonas, Vegora, Levea, Filotas, Asprogeia, Sklithro, Limnochori, Lechovo, Anargiri, Variko, Fanos and municipal department of Amyntaio (Amyntaio Municipality),
 - the community departments of Vatochori, Krystallopigi, Kottas, Agios Achillios, Agios Germanos, Antartiko, Vrontero, Kallithea, Karies, Lemos, Lefkonas, Mikrolimni, Plati, Prasino and Psarades (Prespes Municipality),
 - the community departments of Achlada, Vevi, Lofoi, Meliti, and Skopos (Florina Municipality),

- in the regional unit of Pella:
 - the community departments of Aloros, Apsalos, Voreino, Garefi, Dorothea, Loutraki, Lykostomo, Megaplatanos, Xifiani, Orma, Piperies, Polikarpi, Promachi, Sarakinoi, Sosandra, Tsaki, Archagellos, Exaplatanos, Theodoraki, Thiriopetra, Ida, Konstantia, Milea, Neromili, Notia, Periklia, Filoteia, Foustani, Chrisi and municipal department of Aridea (Almopia Municipality),
 - the community departments of Agios Athanasios, Arnissa, Panagitsa, Perea, Agras, Vrita, Karydia, Mesimeri, Nisi, Platani, Rizari, Sotiras and municipal department of Edessa (Edessa Municipality),
 - the community departments of Ampelies, Melissi, Agios Loukas, Esovalta, Axos, Aravissos, Achladchori, Lakka, Paleos Milotopos, Plagiari, Agios Georgios, Drosero, Kariotissa, Liparo, Palefito, Trifilli and the municipal departments of Giannitsa, Milotopos and Galatades (Pella Municipality),
 - the community departments of Anidro, Kalli, Kallipoli, Kranea, Mandalos, Profitis Ilias, Arseni, Aspro, Dafni, Kalivia, Lipochori, Mavrovouni, Nea Zoi, Petrea, Rizo, Sevastiana and municipal departments of Skidra (Skidra Municipality).

TEIL III

1. Italien

Die folgenden Sperrzonen III in Italien:

Lombardia Region:

- In the Province of Lodi the following Municipalities: Marudo, Salerano sul Lambro, Casaletto Lodigiano, Castiraga Vidardo, Lodi Vecchio, Sant'angelo Lodigiano, Valera Fratta, Caselle Lurani, Orio Litta, Borghetto Lodigiano, Pieve Fissiraga, Graffignana, Villanova del Sillaro, Borgo San Giovanni, Brembio, Casalpusterlengo, Cavenago D'adda, Corneigliano Laudense, Livraga, Lodi, Mairago, Massalengo, Montanaso Lombardo, Ospedaletto Lodigiano, Ossago Lodigiano, San Martino In Strada, Secugnago, Sordio, Tavazzano con Villavesco, Boffalora D'adda, Casalmaiocco, Cervignano D'adda, Galgagnano, Mulazzano, Corte Palasio,
- In the Province of Milan the following Municipalities: Pieve Emanuele, Buccinasco, Lacchiarella, Rozzano, Trezzano sul Naviglio, Basiglio, Assago, Vernate, Inveruno, Abbiategrasso, Mesero, Rosate, Turbigo, Magenta, Robecchetto con Induno, Noviglio, Motta Visconti, Besate, Gaggiano, Morimondo, Bernate Ticino, Boffalora sopra Ticino, Robecco sul Naviglio, Zibido San Giacomo, Calvignasco, Cuggiono, Vermezzo con Zelo, Marcallo con Casone, Ozzero, Binasco, Bubbiano, Casarile, Gudo Visconti, San Zenone al Lambro, Locate di Triulzi, Carpiano, Melegnano, Cerro al Lambro, San Colombano al Lambro, Castano Primo, Arconate, Nosate, Buscate, Opera, San Giuliano Milanese,
- In the Province of Pavia, the following Municipalities: Confienza, Langosco, Palestro, Robbio, Rosasco, Giussago, Certosa di Pavia, Zerbolò, Rognano, San Giorgio di Lomellina, Marcignago, Ceretto Lomellina, Cernago, Mortara, Castello d'Agogna, Casorate Primo, Cozzo, Gambolò, Borgo San Siro, Bereguardo, Cilavegna, Olevano di Lomellina, Valle Lomellina, Trivulzio, Vellezzo Bellini, Gravellona Lomellina, Vigevano, Zeme, Tromello, Cassolnovo, Trovo, Semiana, Sant'Angelo Lomellina, Torre d'Isola, Vellezzo Lomellina, Nicorvo, Parona, Albonese, Battuda, Castelnovetto, Cura Carpignano, Copiano, Gerenzago, Torrevecchia Pia, Zeccone, Pavia, Marzano, Villanterio, Maghero, Albuzzano, Landriano, Torre d'Arese, Sant'Alessio con Vialone, Siziano, Vidigulfo, Vistarino, San Genesio ed Uniti, Borgarello, Bornasco, Filighera, Ceranova, Roncaro, Bascapè, Lardirago, Zerbo, Corteolona e Genzone, Inverno e Monteleone, Pieve Porto Morone, Santa Cristina e Bissone, Badia Pavese, Costa de' Nobili, Monticelli Pavese, San Zenone al Po, Chignolo Po, Miradolo Terme, Alagna, Dorno, Scaldasole, Villanova d'Ardenghi, Gropello Cairoli, Valeggio, Garlasco, Ottobiano, Valle Salimbene, Travacò Siccomario, Mezzanino, Linarolo, Belgioioso, Torre De' Negri, Arena Po, Portalbera, San Cipriano Po, Spessa, Albaredo Arnaboldi, Cerreto Lomellina, Sartirana Lomellina, Candia Lomellina, Breme,

Piedmont Region:

- In the Province of Novara, the following Municipalities: Casalbeltrame, Casalino, Casalvolone, Cerano, Galliate, Trecate, Romentino, Sozzago, Borgolavezzaro, Tornaco, Terdobbiato, Garbagna Novarese, Cameri, Granozzo con Monticello, Nibbiola, Novara, Vespolate, Vinzaglio, Barengo, Bellinzago Novarese, Biandrate, Briona, Caltignaga, Carpignano Sesia, Casaleggio Novara, Castellazzo Novarese, Cavaglietto, Cavaglio d'Agogna, Fara Novarese, Landiona, Mandello Vitta, Momo, Oleggio, Recetto, San Nazzaro Sesia, San Pietro Mosezzo, Sillavengo, Sizzano, Vaprio d'Agogna, Vicolungo,
- In the Province of Vercelli, the following Municipalities: Asigliano Vercellese, Borgo Vercelli, Caresana, Caresanablot, Pezzana, Prarolo, Stroppiana, Villata, Trino, Lignana, Sali Vercellese, Quinto Vercellese, Olcenengo, Crova, Desana, Tronzano Vercellese, Ronsecco, San Germano Vercellese, Salasco, Casanova Elvo, Tricerro, Oldenico, Rive, Pertengo, Costanzana, Collobiano, Bianzè, Santhià, Vercelli, Albano Vercellese, Arborio, Formigliana, Ghislarengo, Greggio, Villarboit, Motta De' Conti,
- In the Province of Alessandria, the following Municipalities: Villanova monferrato, Valmacca, Ticineto, Terruggia, Pomaro Monferrato, Occimiano, Mirabello Monferrato, Giarole, Frassineto Po, Casale Monferrato, Bozzole, Borgo San Martino,

Emilia – Romagna Region:

- In the Province of Piacenza, the following Municipalities: Ponte Dell'Olio, Gropparello, Gazzola, Travo, Gossolengo, Bettola, Rivergaro, Podenzano, Vigolzone, San Giorgio Piacentino.

2. **Polen**

Die folgenden Sperrzonen III in Polen:

w województwie lubelskim:

- gminy Konstantynów, Janów Podlaski, Rokitno, część gminy Leśna Podlaska położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od północnej granicy gminy łączącej miejscowości Nosów - Bukowice-Kolonia - Leśna Podlaska- Witulin - Cicibór Mały w powiecie białskim,
- gmina Siemień, część gminy Milanów położona na południowy - zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Wohyń – Kopina - Milanów do przecięcia się tej drogi z linią kolejową w miejscowości Milanów, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od miejscowości Milanów do południowej granicy gminy, część gminy Parczew położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowo- zachodniej granicy gminy w powiecie parczewskim,
- gmina Czemierniki, część gminy Borki położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 19, część gminy Radzyń Podlaski położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 19 biegnącą od południowej granicy miasta Radzyń Podlaski, następnie część gminy położona na południowy – wschód od granic miasta Radzyń Podlaski, dalej na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą Radzyń Podlaski - Zbulitów Duży - Zbulitów Mały, część gminy Wohyń położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Zbulitów Duży – Zbulitów Mały – Wohyń, następnie od linii wyznaczonej przez ulicę Radzyńską w miejscowości Wohyń i dalej na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą Wohyń - Kopina w powiecie radzyńskim,
- gmina Ostrówek, część gminy Niedźwiada położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Biłką biegnącej od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania się rzeki z drogą nr 815, a następnie na zachód od drogi nr 815, dalej na północ od skrzyżowania z drogą nr 815 drogi łączącej miejscowości – Niedźwiada – Legniąca – Gródek Szlachecki biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 815 w powiecie lubartowskim,

w województwie mazowieckim:

- część gminy Sarnaki obejmująca miejscowości Borsuki, Serpelice, Horoszki Duże, Horoszki Małe, Bonin, Bonin – Ogródki, Raczek, część gminy Stara Kornica położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od północnej granicy gminy na południe przez miejscowość Kazimierzów do skrzyżowania z drogą nr 698, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 698 od tego skrzyżowania do granicy wschodniej granicy gminy, oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 698 na wschodniej granicy gminy do południowej granicy gminy w powiecie łosickim

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gmina Kisielice, część gminy wiejskiej Ława położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 521 biegnącą od północnej granicy gminy do granicy miasta Ława oraz na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 536 biegnącą od południowej granicy miasta Ława do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Dziarnówko – Smolniki – Radomno i dalej na północny – zachód od linii wyznaczonej przez tę drogę, część miasta Ława położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 521 biegnącą od północnej granicy miasta do skrzyżowania z drogą nr 16, następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 16 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 521 do granicy miasta Ława oraz na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od granicy miasta Ława do przecięcia z linią wyznaczoną przez ulicę Lubawską i drogę nr 536 i dalej na południe od tej linii i drogi nr 536 biegnącej do południowej granicy miasta, część gminy Susz położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Gałdowo – Jakubowo Kisielickie – Krzywicz – Bałoszyce – Jawty Wielkie – Pólko w powiecie ławskim,
- gmina Biskupiec, część gminy Kurzętnik położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowe Miasto Lubawskie – Marzęcice – Małe Bałówki – Tereszewo – Szafarnia – Strzemiuszczek, część gminy wiejskiej Nowe Miasto Lubawskie położona na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Drwęca w powiecie nowomiejskim,

w województwie pomorskim:

- część gminy Prabuty położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Jawty Wielkie – Trumiejki – Klasztor, część gminy Gardeja położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Trumiejki – Jaromierz – Rozajny Małe – Rozajny – Cygany – Gardeja do skrzyżowania z drogą nr 55, dalej na wschód od drogi nr 55 do skrzyżowania z ulicą Dworcową w miejscowości Gardeja i na wschód od tej ulicy w powiecie kwidzyńskim,
- gminy Luzino, Wejherowo, miasto Wejherowo, część gminy Szemud położona na północny zachód od południowych granic miejscowości: Zęblewo, Łebno, Donimierz, Szemudzka Huta, Kamień, część gminy Linia położona na północny wschód wyznaczona przez linię biegnącą przez południowe granice miejscowości: Tępcz, Pobłocie, Lewino, część gminy Łęczyce położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości: Brodnica, Świetlino, Chmieleniec, Bożepole Wielkie, Jeżewo, Rozłazino, Nawcz, Osiek, w powiecie wejherowskim,

w województwie kujawsko - pomorskim:

- gmina Łasin, część gminy Gruta położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowa Góra – Piotrowo – Podgórze – Orle – Słup do skrzyżowania z drogą nr 538, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy, część gminy Świecie nad Osą położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od zachodniej granicy gminy i łączącą miejscowości Przesławice – Mędrzyce – Szarnoś – Lisnowo do skrzyżowania z drogą nr 538, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 538 biegnącej od tego skrzyżowania do północnej granicy gminy, część gminy Rogóźno położona na wschód od linii wyznaczonej przez ciek wodny biegnący od północnej granicy gminy w Parku Krajobrazowym Góry Łosiowe biegnącej do przecięcia z linią kolejową, następnie na południowy – wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową do przecięcia z drogą nr 535, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 535 biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 16, następnie na północ od drogi nr 16 od skrzyżowania z drogą nr 535 do przecięcia z rzeką Osą i dalej na wschód od rzeki Osa w powiecie grudziądzkim,

w województwie podlaskim:

- część gminy Mielnik obejmująca miejscowości Mętna, Adamowo - Zastawa, Mielnik, Sutno, Niemirów, Wajków w powiecie siemiatyckim

w województwie wielkopolskim:

- powiat obornicki,
- gminy: Obrzycko z miastem Obrzycko, Ostroróg, Szamotuły, część gminy Kaźmierz położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Przybroda - Chlewiska - Kaźmierz, w miejscowości Kaźmierz na północ od linii wyznaczonej przez ulicę Marii Konopnickiej, Jana Pawła II, Dworcową do skrzyżowania z ul. Nowowiejską w miejscowości Nowa Wieś, następnie na zachód od ulic Nowowiejskiej, Miecki, Kaźmierskiej do skrzyżowania z drogą nr 92, następnie na północ od drogi nr 92 biegnącej do zachodniej granicy gminy, część gminy Pniewy położona na wschód od linii wyznaczonych przez: drogę łączącą miejscowości: Podrzewie - Lubosinek - Przystanki, następnie ciek wodny biegnący do Jeziora Lubosińskiego Małego, dalej na wschód od zachodniej linii brzegowej jezior: Jezioro Lubosińskie Małe, Jezioro Lubosińskie Duże, Jezioro Buszewskie i na północ od linii wyznaczonych przez: ciek wodny biegnący na zachód od Jeziora Buszewskiego - kompleks bagienny - drogą nr 187 biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 116, następnie na wschód od drogi 116 biegnącej od skrzyżowania z drogą nr 187 do przecięcia z rzeką Oszczenica, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Oszczenica do zachodniej granicy gminy, miasto Wronki i część gminy Wronki położona na południe od linii wyznaczonych przez drogi: nr 182 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 150, następnie nr 150 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 182 do granicy miasta Wronki i na wschód od linii wyznaczonej przez drogi: nr 182 biegnącą od granicy miasta Wronki do skrzyżowania z drogą 186 łączącą miejscowości Ćmachowo-Wróblewo - Łucjanowo i dalej nr 186 do południowej granicy gminy w powiecie szamotulskim,
- część gminy Chrzypsko Wielkie położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości: Głuchowo - Orle Młyn - Orle Wielkie - do południowej granicy gminy w powiecie międzychodzkiem,
- gminy Budzyń i Chodzież z miastem Chodzież w powiecie chodzieskim,
- część gminy Połajewo położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Jędrzejewo - Młynkowo - Tarnówko - Chraplewo, część gminy wiejskiej Czarnków położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Kruszew- Sarbia - Gębice - Hutka - Huta - Komorzewo - Jędrzejewo oraz na północny - wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Radolin - Walkowice z przeprawą propomową Trzcianka Walkowice - Romanowo Górne - Kruszewo, część gminy Trzcianka położona na południowy - wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 180 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Wapniarnia Pierwsza - Biała - Radolin - Walkowice i na południowy - wschód od tej linii w powiecie czarnkowsko - trzcianeckim,
- gmina Kaczory, Ujście i miasto Piła w powiecie pilskim,
- gmina Czerwonak, Murowana Goślina, Mosina, Suchy Las, Swarzędz, Pobiedziska, Komorniki, miasto Luboń, miasto Puszczykowo, część gminy Kórnik położona na północny - zachód od linii wyznaczonej przez ulice Szkolna - Żernicka - Akcyjowa-Zbożowa - Małwowa - Szkolna w miejscowości Robakowo, biegnącą od północnej granicy gminy do przecięcia z linią kolejową, następnie na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od przecięcia z ul. Szkolną do skrzyżowania z drogą nr 434 i dalej na północny - zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 434 biegnącą od przecięcia z linią kolejową do skrzyżowania z drogą nr 431 i dalej na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 431 do zachodniej granicy gminy, część gminy Kleszczewo położona na zachód od linii wyznaczonej przez ulice Leśna - Kalinowa - Sportowa w miejscowości Tulce biegnącą od północnej do południowej granicy gminy, w powiecie poznańskim,

- gmina Brodnica, część gminy Śrem położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Czmoniec – Olkowo – Zbrudzewo do skrzyżowania tej drogi z ulicą J. Piłsudskiego w miejscowości Śrem, a następnie na zachód od tego skrzyżowania wzdłuż linii wyznaczonej przez ulicę J. Piłsudskiego - J. Kilińskiego do skrzyżowania się z drogą nr 432 i dalej od tego skrzyżowania na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 432 do południowej granicy gminy w powiecie śremskim,
- gmina Czemiń, część gminy Krzywiń położona na północ linii wyznaczonej przez południową granicę miejscowości Rąbiń, część gminy Kościan położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości: Jarogniewice - Kawczyn, - Kościan do północnej granicy miasta Kościan, a następnie na wschód od granic miasta Kościan, i dalej na północ od drogi nr 308 łączącej południowe granice miasta Kościan do wschodniej granicy gminy w powiecie kościańskim,
- powiat miejski Poznań,
- gminy Kiszkowo, Klecko, Łubowo w powiecie gnieźnieńskim,
- gmina Skoki, część gminy wiejskiej Wągrowiec niewymieniona w części I i II załącznika I w powiecie wągrowieckim,

w województwie zachodniopomorskim:

- gmina Golczewo, część gminy Kamień Pomorski położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 103 do przecięcia się z drogą nr 107, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę 107 do południowej granicy gminy, część gminy Świerzno położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 103 biegnącą od zachodniej granicy gminy do przecięcia się jej z drogą nr 105, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 105 biegnącą do wschodniej granicy gminy w powiecie kamieńskim,
- część gminy Gryfice położonej na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 105 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania się z linią kolejową a następnie od tego przecięcia na zachód od linii kolejowej łączącej Gryfice – Płoty w powiecie gryfickim,
- gmina Stare Czarnowo w powiecie gryfińskim,
- gmina Maszewo, część gminy Goleniów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr S3 i S6, część gminy Osina położona na południe od linii kolejowej biegnącej od wschodniej do zachodniej granicy gminy, część gminy Przybiernów, położona na wschód od wschodniej granicy miejscowości Kartlewo – Przybiernów, następnie na północ od linii wyznaczonej przez północną granicę miejscowości Sosnowice – Świętoszewo oraz na północ od linii wyznaczonej przez południową granicę miejscowości: Buk, , część gminy Nowogard biegnąca na zachód od linii wyznaczonej przez ciek wodny biegnący od zachodniej granicy gminy do połączenia z rzeką Wołczenica, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Wołczenica do zachodniej granicy gminy w powiecie goleniowskim,
- gminy Kobylanka, Stara Dąbrowa, Stargard, miasto Stargard, część gminy Marianowo położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od południowej granicy gminy i łączącą miejscowości Barzkowice - Marianowo – Trąbki do skrzyżowania z drogą nr 20, następnie na zachód od linii wyznaczonej przez rzeki Krępa i Krępiel biegnącej od przecięcia z drogą nr 20 do zachodniej granicy gminy w miejscowości Kępy, część gminy Dobrzany położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Długie – Biała – Kozy – Dobrzany – Sadzko – Tarnowo, część gminy Ińsko położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Kamionka – Ińsko – Studnica – Ziemsko, część gminy Suchań położona na wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Rzeczyca do jej przecięcia z ul. Młyńską w miejscowości Suchań i dalej na wschód ul. Młyńskiej od tego przecięcia do przecięcia ul. Młyńskiej z drogą nr 10 i dalej na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 10 do przecięcia z drogą nr 160 i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 160 w powiecie stargardzkim,
- część powiatu miejskiego Szczecin położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr A6,

- część gminy Kalisz Pomorski położona na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Drawa biegnącej od przecięcia się rzeki Drawa z drogą nr 175 do południowej granicy gminy w powiecie drawskim,
- gmina Recz, część gminy Drawno położona na północny - zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 175 w powiecie choszczeńskim.

3. **Rumänien**

Die folgenden Sperrzonen III in Rumänien:

- Zona oraşului Bucureşti,
- Judeţul Constanţa,
- Judeţul Satu Mare,
- Judeţul Tulcea,
- Judeţul Bacău,
- Judeţul Bihor,
- Judeţul Bistriţa Năsăud,
- Judeţul Brăila,
- Judeţul Buzău,
- Judeţul Călăraşi,
- Judeţul Dâmboviţa,
- Judeţul Galaţi,
- Judeţul Giurgiu,
- Judeţul Ialomiţa,
- Judeţul Ilfov,
- Judeţul Prahova,
- Judeţul Sălaj,
- Judeţul Suceava
- Judeţul Vaslui,
- Judeţul Vrancea,
- Judeţul Teleorman,
- Judeţul Mehedinţi,
- Judeţul Gorj,
- Judeţul Argeş,
- Judeţul Olt,
- Judeţul Dolj,
- Judeţul Arad,
- Judeţul Timiş,
- Judeţul Covasna,

- Județul Brașov,
- Județul Botoșani,
- Județul Vâlcea,
- Județul Iași,
- Județul Hunedoara,
- Județul Alba,
- Județul Sibiu,
- Județul Caraș-Severin,
- Județul Neamț,
- Județul Harghita,
- Județul Mureș,
- Județul Cluj,
- Județul Maramureș.

4. **Griechenland**

Die folgenden Sperrzonen III in Griechenland:

- in the regional unit of Drama
 - the municipal departments of Agios Athanasios, Kalampaki and community departments of Kefalari, Agia Paraskevi, Kalamona, Nerofraktis and Ftelia (Doxato Municipality)
 - the municipal department of Kato Nevrokopi and the community departments of Achladea, Mikrokleisoura, Pagoneri, Potamoi, Volakas, Lefkogeia, Mikromilea and Chrysokefalo (Kato Nevrokopi Municipality),
 - the community departments of Kalos Agros, Koudounia, Mavrovatos, Microchori, Nikotsaras and part of the community department of Sidironero (Drama Municipality),
 - the community departments of Kallithea, Argiroupoli, Mavrolefki, Megalokampos, Microkampos, Perichora, Sitagroi and Fotolivos (Prosotsani Municipality)
- in the regional unit of Serres:
 - the municipal department of Irakleia and the community departments of Valtero, Dasochori, Karperi, Koimisi, Lithotopos, Limnochori, Pontismeno, Chrysochorafa, Ammoudia, Gefiroudi, Triada, Cheimaros, Zeugolatio, Kalokastro, Livadochori and Strimoniko (Irakleia Municipality),
 - the municipal departments of Kerkini, Neo Petritsi and the community departments of Kamaroto, Anatoli, Livadia, Makrynitsa, Neochori Sintikis, Platanakia, Kastanousi, Rodopoli, Ano Poroia, Kato Poroia, Akritochori, Vyroneia, Megalochori, Mandraki, Strymonochori, Charopo, Chortero, Gonimo, part of the municipal department of Sidirokastro and Promahonas (Sintiki Municipality),
 - the community departments of Anagennisi, Vamvakia and Provatas (Serres Municipality),

- the municipal departments of Nigrita, Terpni and the community departments of Ampeloi, Vergi, Dimitritsi, Nikokleia, Triantafilia, Agios Dimitrios, Aidonochori, Eukarpia, Ivira, Mavrothalasa, Tragilos, Achinos, Dafni, Zervochori, Lefkotopos, Patrikios, Sitochori, Choumniko, Agia Paraskevi, Anthi, Therma, Flampouro and Kastanochori (Visaltia Municipality),
- the municipal department of Rodolivos, and the community departments of Amfipoli, Messolakia, Nea Kerdilia, Palaioikomi, Iliokomi, Kormisti, Nea Bafra, Simvoli, Aggisti, Krinides, Proti, Domiros and Mikro Souli (Amfipoli Municipality),
- the municipal departments of Alistrati, Nea Zichni and the community departments of Agiochori, Lefkothea, Mandili, Skopia, Stathmos Aggistis, Dimitra, Draviskos, Mavrolofos, Messorachi, Mirkinos, Mirrini and Sfelino (Nea Zichni Municipality),
- in the regional unit of Kilkis:
 - the municipal departments of Kilkis and the community departments of Kampani, Mandres, Nea Santa, Chrisopetra, Vathi, Agios Markos, Pontokerasea, Drosato, Amaranta, Antigoneia, Gerakario, Kokkinia, Tripotamos, Fyska, Myrioftyto, Kentriko, Mouries, Agia Paraskevi, Stathmos Mourion, Kato Theodoraki, Melanthio, Anavrito, Elliniko, Eptalofos, Eukarpia, Theodosia, Isoma, Koiladi, Koronouda, Lipsidrio, Stavrochori, Plagia, Cherso and Terpillios (Kilkis Municipality),
- in the regional unit of Thessaloniki:
 - the municipal departments of Sochos, Assiros, Zagliveri, Langadas, Lagina and the community departments of Krithia, Exalofos, Lofiskos, Irakleio, Chrisavgi, Vertiskos, Ossa, Karteres, Lahanas, Leukochori, Nikopoli, Xilopoli, Krioneri, Askos, Sarakina, Agios Vasileios, Ardameri, Vasiloudi, Gerakarou, Lagadikia, Analipsi, Kavalari, Kolchiko and Perivolaki (Langadas Municipality),
 - the municipal departments of Asprovalta, Vrasna, Nea Apolonia, Stavros and the community departments of Arethousa, Mavrouda, Skepasto, Stefanina, Melisourgos, Peristeronas, Nimfopetra, Profitis, Apolonia, Modi, Nea Maditos, Ano Stavros, Volvi, Nikomidino, Stivos, Evaggelismos, Scholari, and Philadelphio (Volvi Municipality),
 - the municipal departments of Asvestochori, Filiro, Chortiatiss, and the community department of Exochi (Pilaia-Chortiatiss Municipality),
 - the municipal department of Drimos (Oreokastro Municipality),
- in the regional unit of Chalkidiki:
 - the municipal departments of Arnaia and the community departments of Varvara, Neochori, Palaiochori, Stanos, Olimpiada and Stagira (Aristotelis Municipality),
 - the community departments of Krimni and Marathousa (Poligiros Municipality).
- in the regional unit of Kavala:
 - the community departments of Agios Kosmas, Dipotamos, Disvato, Kechrokampos, Lekani, Makrichori, Avramilia, Gerontas, Dialekto, Zarkadia, Xerias and Paradeisos (Nestos Municipality),
 - the municipal department of Krinides and the community department of Lidia (Kavala Municipality)

- the municipal departments of Eleftheroupoli, Nikisiani and the community departments of Antifillipoi, Kipoi, Xrysokastro, Folea, Akropotamos, Galipsos, Kariani, Orfanio, Ofrynio, Podochori, Georgianoï, Paleochori, Avli, Domatia, Melissokomio, Mesia, Messoropi, Moustheni, Platanotopos and Sidirochori (Paggeo Municipality),
- in the regional unit of Xanthi:
 - the municipal department of Evmiro and the community departments of Gerakas, Dafnonas, Karyofito, Komnhna, Neochori, Pasxalia and Stavroupoli (Xanthi Municipality),
 - the municipal department of Toxotes and community department of Galani (Topeiros Municipality),
 - the community department of Oreο (Miki Municipality).
- in the regional unit of Florina:
 - the community department of Nimfeo (Aminteo Municipality),
 - the community of Pissoderi (Prespes Municipality),
 - the municipal department of Florina and the community departments of Agia Paraskevi, Akritas, Ano Kalliniki, Ano Klines, Ethniko, Kato Kalliniki, Kato Klines, Kladorrachi, Krateros, Marina, Mesokampos, Mesochori, Neos Kafkasos, Niki, Parorio, Polyplatanos, Itea, Neochorakio, Palaistra, Papagiannis, Sitaria, Tripotamos, Agios Vartholomaios, Ammochori, Ano Idrousa, Atrapos, Drosopigi, Kolchiki, Leptokarya, Perasma, Polypotamos, Triantafyllea, Tropaiouchos, Idrousa, Flampouro, Alona, Armenochori, Korifi, Mesonisi, Proti, Skopia and Trivouno (Florina Municipality),
- in the regional unit of Kastoria:
 - the community department of Mela (Kastoria Municipality),

5. Kroatien

Die folgenden Sperrzonen III in Kroatien:

Vukovarsko srijemska županija:

- općina Drenovci
- općina Gunja
- općina Privlaka
- općina Babina Greda
- grad Županja
- grad Otok
- grad Vinkovci
- općina Vrbanja
- općina Nijemci
- općina Bošnjaci
- općina Cerna
- općina Štitar
- općina Gradište
- općina Stari Jankovci

- općina Andrijaševci
- općina Tompojevci
- općina Bogdanovci
- općina Vođinci
- općina Nuštar
- općina Ivankovo
- općina Tovarnik
- općina Jarmina
- općina Stari Mikanovci
- općina Markušica
- općina Borovo
- općina Lovas
- općina Negoslavci
- grad Ilok
- grad Vukovar
- općina Tordinci, naselja Antin, Mlaka Antinska i Tordinci
- općina Trpinja
- Brodsko-posavska županija
- općina Gundinci
- Osječko-baranjska županija
- općina Semeljci
- općina Viškovci
- općina Strizivojna
- grad Đakovo, naselja Budrovci, Đakovo, Đurđanci, Ivanovci Đakovački, Kuševac, Novi Perkovci, Piškorevci i Selci Đakovački
- općina Šodolovci, naselja Ada, Koprivna, Paulin Dvor, Petrova Slatina i Šodolovci
- Grad Beli Manastir:
 - grad Beli Manastir
 - naselje Branjin Vrh
 - naselje Šećerana
 - naselje Šumarina
- Grad Belišće:
 - grad Belišće
 - naselje Bistrinci

- naselje Kitišanci
- naselje Gat
- naselje Vinogradci
- Općina Bizovac:
 - naselje Cerovac
 - naselje Samatovci
- Općina Čeminac:
 - naselje Kozarac
 - naselje Mitrovac
 - naselje Čeminac
 - naselje Grabovac
 - naselje Novi Čeminac
- Općina Darda:
 - naselje Uglješ
 - naselje Mece
 - naselje Darda
 - naselje Švajcarnica
- Općina Jagodnjak:
 - naselje Bolman
 - naselje Majške Međe
 - naselje Jagodnjak
 - naselje Novi Bolman
- Općina Kneževi Vinogradi:
 - naselje Kamenac
 - naselje Karanac
- Općina Petlovac
 - naselje Baranjsko Petrovo Selo
 - naselje Luč
 - naselje Novo Nevesinje
 - naselje Torjanci
 - naselje Novi Bezdan
 - naselje Petlovac
 - naselje Sudaraž
 - naselje Širine
 - naselje Zeleno Polje

- Općina Petrijevci:
 - naselje Satnica
 - naselje Petrijevci
- Općina Popovac:
 - naselje Popovac
- Općina Erdut
- Grad Valpovo:
 - grad Valpovo
 - naselje Marjančaci
 - naselje Ladimirevci
 - naselje Ivanovci
 - naselje Nard
 - naselje Šag

6. **Slowakei**

- in the district of Levice, the municipality of Dolné Semerovce, Horné Semerovce, Hkovce, Horné Turovce, Veľké Turovce, Tupá, Šahy, Hrkovce, Preseľany nad Ipľom, Vyškovce nad Ipľom, Kubáňovo, Sazdice, Sikenica, Malý Pesek, Kukučínov, Zbrojníky, Hontianska Vrbica, Demandice, Santovka, Bory, Domadice, Hontianske Trstáň, Plášťovce,
- in the district of Krupina, the municipality of Dudince, Hontianske Moravce, Hontianske Tesáre, Terany, Sudice, Súdivce, Rykynčice.

7. **Lettland**

- Dobeles novada Dobeles pagasts, Jaunbērzes pagasta daļa uz rietumiem no autoceļa, kas iet caur apdzīvotu vietu Mežinieki, Jaunbērze, gar Galiņi, Druvas, Lieldegaiņi, Mazdegaiņi, Puriņi, autoceļa P102, Bērzes pagasta daļa uz Dienvidaustrumiem no Bērzes un Ālaves upes, Krimūnu pagasta daļa uz Austrumiem no Ālaves upes.
- Tukuma novada Džūkstes pagasts, Lestenes pagasts, Irlavas pagasta daļa uz austrumiem no autoceļa P104, Degoles pagasta daļa uz austrumiem no autoceļa P104, uz dienvidiem no autoceļa V1455, Slampes pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa V1455, A10, uz rietumiem no autoceļa V1446 līdz Likaušķu str.
- Jelgavas valstspilsētas pašvaldības daļa uz Dienvidiem no Miera un Platones ielas, uz Rietumiem no Salnas ielas līdz Šauļu rampai un Tērvetes ielai, uz Dienvidrietumiem no Augstkalnes, Mārtiņa, Dambja, Aspazijas, Satiksmes, Ganību ielas, 2. Līnijas, Meža ceļa, Šūmaņu ceļa.
- Jelgavas novada Glūdas, Svētes, Zaļenieku pagasts, Līvberzes pagasta daļa uz Dienvidiem no Bērzes upes, Platones pagasta daļa uz Rietumiem no autoceļa A8 līdz autoceļam V1085, uz Ziemeļrietumiem no autoceļa V1085 un Jaunsvirlaukas pagasta daļa uz ziemeļaustrumiem no autoceļa V1038 un uz dienvidaustrumiem no Īslīces upes, Salgales pagasta daļa uz austrumiem no Lielupes, uz dienvidiem no autoceļa V1008 un uz austrumiem no Garozas upes.
- Bauskas novada Iecavas pagasta daļa uz dienvidiem no dzelzceļa līnijas Krustpils-Jelgava, Dāviņu pagasts, Codes pagasts, Mežotnes pagasts, Viesturu pagasta daļa uz austrumiem no autoceļa V1038 un Iecavas pilsēta.

8. Estland

- The following towns in Mulgi vald:
 - Möisaküla linn
 - Abja-Paluoja linn
- The following villages in Mulgi vald:
 - Vabamatsi
 - Vana-Kariste
 - Maru
 - Sarja
 - Räägu
 - Umbsoo
 - Kamara
 - Lasari
 - Laatre
 - Veelikse
 - Abja-Vanamõisa
 - Penuja
 - Abjaku
 - Atika
 - Põlde
 - Pornuse
 - Kulla
 - Paigiste
- Luunja vald
- The following village in Tartu vald:
 - Kükitaaja
 - Raadi alev
 - Vahi alevik
 - Kõrveküla alevik
 - Lombi
 - Vasula alevik
 - Haava
 - Erala
 - Sootaga
 - Lääte alevik

- Vedu
- Kukulinna
- Salu
- Toolamaa
- Igavere
- Jõusa
- Nigula
- Soeküla
- Kikivere
- Kobratu
- Väägvere
- Aovere
- Arupää
- Viidike
- Tammistu
- Taabri
- Vilussaare
- Vesneri
- Möllatsi
- The following villages in Kastre vald:
 - Aardlapalu
 - Aardla
 - Möra
 - Haaslava
 - Kaagvere
 - Metsanurga
 - Vana-Kastre
 - Sudaste
 - Võruküla
 - Koke
 - Kurepalu
 - Igevere
 - Kõivuküla
 - Päkste
 - Ignase

- Uniküla
- Roiu
- Paluküla
- Kurista
- Kriimani
- Issaku
- Hammaste
- Mäletjärve
- Poka
- Võnnu
- Kannu
- Melliste
- Tammevaldma
- Tigase
- Võõpste
- Aruaia
- Mäksa
- Veskimäe
- Kaarlimõisa
- The following villages Peipsiääre vald:
 - Keressaare
 - Undi
 - Ätte
 - Matjama
 - Kusma
 - Kauda
 - Kuusiku
 - Papiaru
 - Vara
 - Alajõe
 - Pilpaküla
 - Mustametsa
- The following villages in Rapla vald:
 - Juula
 - Ülejõe

- Valtu
- Raela
- Raikküla
- Kaigepere
- Põima
- Purku
- The following villages in Kehtna vald:
 - Kärpla
 - Laeste
 - Lellapere
 - Lellapere-Nurme
 - Soosaluste
 - Kābikūla
 - Kumma
 - Metsääre
 - Valtu-Nurme
 - Saksa
 - Saunaküla
 - Kaerepere alevik
 - Kaerepere
 - Hertu
 - Pae
 - Lau
 - Põrsaku
 - Keava alevik
 - Kehtna alevik
 - Kehtna-Nurme
 - Koogimäe
 - Linnaaluste
 - Paluküla
 - Ohekatku
 - Nadalama
 - Kalbu
 - Rõue
 - Hiie

- Vastja
- Haakla
- Põllu
- Lalli
- Palasi
- Lelle alevik

9. **Litauen**

Die folgenden Sperrzonen III in Litauen:

- Joniškio rajono savivaldybės: Joniškio, Satkūnų, Saugėlaukio, Skaistgirio seniūnijos,
 - Kelmės rajono savivaldybės: Tytuvėnų, Tytuvėnų apylinkių seniūnijos,
 - Radviliškio rajono savivaldybės: Tyrulių, Šaukoto seniūnijos,
 - Raseinių rajono savivaldybės: Šiluvos seniūnija,
 - Šiaulių rajono savivaldybės: Šiaulių kaimiškosios seniūnijos Minaičių, Tvibaičių, Tvibiukų kaimai.“
-



Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2025/636 der Kommission vom 25. März 2025 zur Änderung von Anhang III und Anhang V der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen, der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen und der privaten Bestätigung in Bezug auf den Eingang in die Union oder die Durchfuhr durch die Union in ein Drittland von Sendungen bestimmter Kategorien von zum menschlichen Verzehr bestimmten Tieren und Waren

(Amtsblatt der Europäischen Union L, 2025/636, 30. April 2025)

Seite 152, Anhang I, Änderung von Anhang III Kapitel 27, Überschrift von Nummer II.1a. der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235

Anstatt: „^{(1) (6)} [II.1a. **Attestierung in Bezug auf die Delegierte Verordnung (EU) 2023/905 der Kommission** (zu streichen, wenn die Union nicht der endgültige Bestimmungsort der Tierdarmhüllen ist)“

muss es heißen: „^{(1) (7)} [II.1a. **Attestierung in Bezug auf die Delegierte Verordnung (EU) 2023/905 der Kommission** (zu streichen, wenn die Union nicht der endgültige Bestimmungsort der Tierdarmhüllen ist)“